



FORUM



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag
**Konferenz »Mitteleuropa 2015:
Stabilität und Krise?«**
am 21. September 2015
auf Stift Klosterneuburg



Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:



Heft 1 (Deutsch)
Aufaktveranstaltung
„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden



Heft 2 (Deutsch)
Podiumsdiskussion
„Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 3 (Deutsch)
Konferenz
„Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 4 (Deutsch/Tschechisch)
Konferenz
„Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag



Heft 5 (Deutsch/Polnisch)
Konferenz
„Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau



Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter www.landtag.sachsen.de. Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

FORUM

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag **Konferenz »Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?«** am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als politischer Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2015 bedanken wir uns für die Gastfreundschaft des Stifts Klosterneuburg in Niederösterreich. Hier nahmen wir die aktuellen politischen Entwicklungen zum Anlass und diskutierten im internationalen Rahmen, wie die Stabilität in Mitteleuropa erhalten werden kann und wie mögliche Krisen zu überwinden sind. Der Band dokumentiert die Konferenz „Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

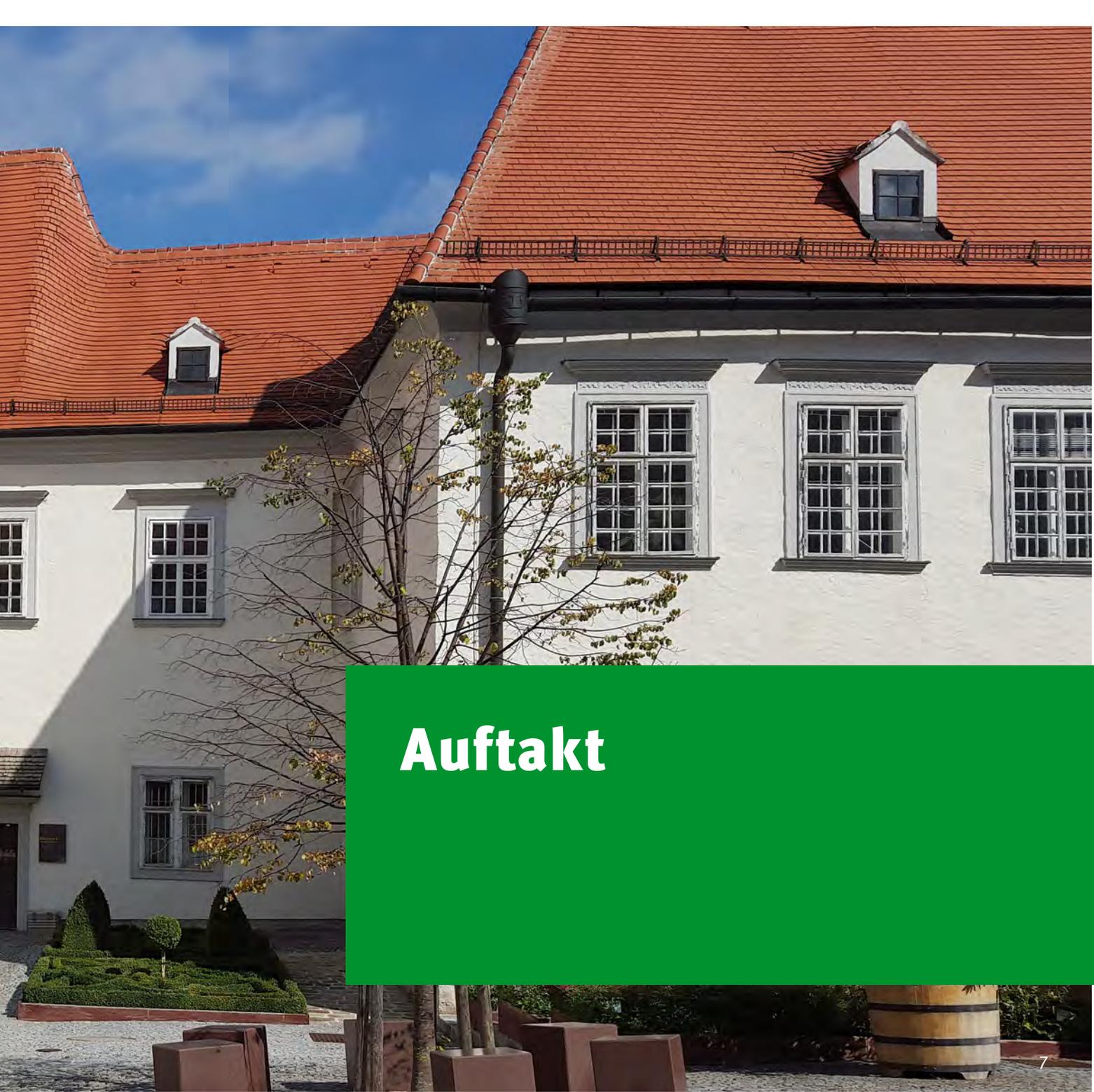
Inhalt

Auftakt	6
Ing. Hans Penz	8
<i>Begrüßung</i>	
Mag. Stefan Schmuckenschlager	14
<i>Begrüßung</i>	
Dr. Matthias Rößler	16
<i>Begrüßung</i>	
Impulsreferat	22
Dr. Johannes Hahn	24
<i>Wir stehen an einer Wegscheide</i>	
Podiumsdiskussion I	32
<i>Was hält Mitteleuropa zusammen? Wirtschaft. Bildung. Infrastruktur.</i>	
Podiumsdiskussion II	50
<i>Was hält Mitteleuropa zusammen? Kultur und Sprache als Quellen der Vielfalt!</i>	
Ausblick	74
Dr. Erhard Busek	76
<i>Wir haben noch sehr viel vor uns</i>	
Dr. Matthias Rößler	81
<i>Wir haben gemeinsame Interessen und Werte</i>	
Vitae	84

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden
V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Fotos: Atelier Trat. Sächsischer Landtag (S. 5, Rücktitel).
Stift Klosterneuburg/Michael Zechany (Titel)
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de
erhältlich.







Auftakt

Begrüßung

Ing. Hans Penz

» Sehr verehrter Herr Kommissar, sehr verehrter Herr Vizekanzler, sehr verehrter Herr Präsident, lieber Matthias Rößler, werte Kolleginnen des Landtagspräsidiums von Salzburg und der Steiermark, sehr verehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Leitfaden eines jeden Gastredners steht als erster Satz: „Ich freue mich, hier zu sein.“ Selten liegt darin viel Wahrheit. Heute jedoch stimmt dieser Satz. Er passt, weil ich gern nach Klosterneuburg gekommen bin; aus Gründen der persönlichen Wertschätzung und Freundschaft gegenüber Präsident Rößler sowie aus Hochachtung vor der Initiative des Sächsischen Landtags, sein diesjähriges Forum Mitteleuropa in Niederösterreich abzuhalten.

Mit Klosterneuburg hat der Sächsische Landtag einen besonderen Ort für diese Konferenz gewählt. Der Ort und das Stift Klosterneuburg verdanken ihre Existenz dem heiligen Leopold. Der Babenberger war von 1095 bis 1136 Markgraf der bairischen Marcha orientalis, auch als Ostarriichi bekannt. Er gilt als Begründer der österreichischen Stammlande. Seine 18 Kinder – zumindest sind das die, von denen wir Kenntnis haben – wurden unter anderem verheiratet mit Häusern und Geschlechtern in Polen, Schlesien, Ungarn, Bayern, Pfalz und Böhmen. Fast könnte man meinen, wenn man auf die Einladung der heutigen Konferenz schaut, der heilige Leopold habe die Umrisse Mitteleuropas vorhergesehen. In fast alle Länder, die wir auf der Einladung sehen, wurden seine Kinder verheiratet. Es wurden damit Bande geknüpft, es wurde der Austausch gepflegt, Politik, ja auch

Machtpolitik wurde so betrieben. Der bloße Blick auf die Einladung schematisiert das, was gemeinhin unter Mitteleuropa verstanden oder gesehen wird (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn). Gleichzeitig wirft dies die nicht ganz unerhebliche Frage auf:

Was ist denn Mitteleuropa überhaupt? Was verstehen wir unter diesem Begriff? Wie wird er definiert? Und dann ist da zudem die Frage: Was hält dieses, was hält unser Mitteleuropa in den aktuellen Spannungsfeldern zusammen? Ein unfassbar weites Feld tut sich hier auf.

Schon bei der Definition von Mitteleuropa, egal über welchen Zugang man sich der Thematik nähert, ob historisch, geografisch, kulturell, religiös oder politisch, gibt es keine letztgültige Variante. Wikipedia kennt diese Problematik, nimmt aber in den Mitteleuropabegriff die Schweiz und Slowenien mit hinein, was wohl die (nieder)österreichische Lesart des Begriffs Mitteleuropa nicht ganz verfehlen dürfte. Bei fast allen Staaten gibt es im angrenzenden Bereich Spielräume über die Zugehörigkeit zum mitteleuropäischen Raum. Geografisch scheint Mitteleuropa ungefähr zwischen Rhein und Bug (an der Grenze zu Weißrussland) und zwischen den beiden Meeren im Norden und dem Balkan im Süden angesiedelt.

Zivilisatorisch-kulturell dagegen kann Mitteleuropa wohl dort festgemacht werden, wo „Renaissance, Reformation und Aufklärung markante Spuren hinterlassen haben“, wie dies der polnische Publizist und Deutschlandkenner Adam Krzemiński einst formulierte; Spuren die letztlich zum Aufbau von wis-

senschaftlicher Kompetenz, technologischer Leistungsfähigkeit und einer modernen Staatsorganisation geführt haben. Es ist wahr, dass dieses Mitteleuropa verwischte Konturen und eine unklare Substanz hat. Trotzdem existiert es. Trotz der markanten Trennlinien, die wir auch 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gelegentlich spüren, weil man nicht über Nacht ideologische Systeme überwinden kann, die Jahrzehnte den ganzen Kontinent getrennt haben.

Aber die Geschichte Mitteleuropas beginnt nicht mit dem Eisernen Vorhang. Die Geschichte Mitteleuropas liest sich neben den kulturellen, wissenschaftlichen, politischen und religiösen Versatzstücken auch wie ein Katalog der europäischen Tragödien. Viele davon waren sehr schmerzhaft. Obwohl in den Tragödien und Katastrophen viel Trennendes steckt, verbindet uns gerade das gemeinsame Wissen um die Genesis dieser Tragödien, das gemeinsame Wissen um die historischen Fehler und der daraus resultierende gemeinsame Wunsch nach Frieden und Freiheit. Wahrscheinlich ist dieser Wunsch nach Frieden und Freiheit die stärkste aller Klammern im mitteleuropäischen Gefüge, denn Mitteleuropa ist bei allen Gemeinsamkeiten auch sehr unterschiedlich. Das wird gerade in diesen Tagen deutlich.

Gemeinsam ist den Ländern Mitteleuropas der Ruf nach Solidarität – jeder auf seine Weise, jeder in seiner spezifischen Interessenlage.

Die östlichen Nachbarn, besorgt ob des Krieges in der Ukraine und der Moskauer Muskelspiele, rufen zu Recht nach Solidarität zu Gunsten ihrer äußeren Sicherheit. Die westlichen und

südlichen Länder Mitteleuropas sehen sich einer fast beispiellosen Flüchtlingswelle gegenüber und verlangen ebenso zu Recht nach mehr mitteleuropäischer und europäischer Solidarität bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme. Man ist versucht zu sagen, die im Gange befindliche Völkerwanderung spaltet Europa und Mitteleuropa in einem Maße, das bei Lichte betrachtet ein existenzielles Risiko für die Entwicklung des Kontinents und für die europäische Integration darstellt.

Es werden Trennlinien sichtbar. So hat der FAZ-Redakteur Thomas Gutschker plausibel analysiert, dass die ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas über verhältnismäßig homogene ethnische Bevölkerungsstrukturen verfügen, im Gegensatz zu den westmitteleuropäischen Ländern, die sich in den letzten 70 Jahren ethnisch doch inhomogener entwickelt haben. Auf Deutsch könnte man sagen, die einen sind bunter geworden, vielleicht auch einen Tick toleranter. Für die anderen, für die noch jungen Nationalstaaten, sei genau das, so Gutschker, eine besondere Herausforderung. Dort leben kaum Menschen aus anderen Kulturkreisen, erst recht nicht Muslime, Moscheen sind eine Seltenheit. Besonders ausgeprägt sind indes das Nationalbewusstsein, das Bedürfnis nach Abgrenzung und das Gefühl, lange zu kurz gekommen zu sein. Die Fremdenfeindlichkeit auch in Ostdeutschland dürfte ähnliche Gründe haben. Darauf, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte man hierzulande nicht verächtlich herabschauen.

Toleranz lässt sich lernen. Mitgefühl ist aber keine geographische Eigenschaft. Es geht um europäische Werte.

Der ausgestreckte Zeigefinger Richtung Osten wird die Probleme nicht lösen. Im Gegenteil, überwundene Probleme und Vorbehalte treten dann wieder stärker zutage. In dem ausgestreckten Zeigefinger steckt nämlich die Gefahr der Überheblichkeit. Überheblichkeit, vor allem eine moralisch motivierte, vermag nie zu überzeugen. Daher – bezogen auf die Flüchtlingsproblematik – wird es wichtig sein, das Gespräch, das Argument mit den europäischen Partnern zu suchen. Nur so kann Überzeugungskraft Platz greifen.

Aber wir wollen nicht naiv sein, und als gelernter Österreicher darf ich sagen, es wird auch Geld gebraucht, Geld in Form von Zuwendungen aus den europäischen Töpfen. Auf der Suche nach europäischen Lösungen dürfen wir die Nachbarn nicht alleine lassen. Denn das europäische Haus, das wir in 70 Jahren als Friedensprojekt in vielen kleinen Schritten erbaut haben, ist weit davon entfernt, fertig zu sein. Es ist nach wie vor eine Baustelle, aber es ist das einzige Haus, das wir haben, und es ist zu wertvoll, als dass wir den Weiterbau scheitern lassen könnten.

Wir dürfen aber auch in die andere Richtung nicht naiv sein: Ja, es stimmt, das Recht auf politisches Asyl, der Schutz vor Verfolgung und Tod, kann keine Obergrenze kennen. Gleichzeitig gibt es faktische Belastungsgrenzen, ab denen ein weiterer Zustrom nicht mehr vertretbar ist. Schließlich haben auch potenzielle Flüchtlinge nichts von einer Destabilisierung Europas. Und die Bevölkerungen unserer Länder erwarten von der Politik zu Recht, dass diese Grenzen nicht nur benannt, sondern vollzogen werden.

Zurück in die Zukunft: Die Länder und Regionen Mitteleuropas beginnen, sich zusehends zu emanzipieren. Wir versu-



chen gemeinsam, Großregionen zu bilden, etwa Niederösterreich mit den slowakischen und ungarischen Nachbarn. Auf der Makroebene werden Initiativen wie die Donauroomstrategie vorangetrieben. Wieso gehen wir diese Schritte in Richtung Großregionen? Ganz einfach, weil der Wettbewerb in 20, 30 oder 40 Jahren nicht ein Wettbewerb zwischen Staaten oder zwischen Nationen sein wird, die es dann zweifellos immer noch geben wird. Vielmehr wird es ein Wettbewerb der Regionen sein. Und kleine Länder, die sich nicht interregional vernetzen, sich nicht vergrößern durch Handschlag, die werden in diesem Wettbewerb unterliegen.

Es gibt, so hat die Europäische Kommission ausgerechnet, 275 Regionen in der Europäischen Union. Man kann also davon ausgehen, dass es in 30 oder 40 Jahren nur noch 60 bis 70 Regionen in Europa geben wird, die miteinander den Wettbewerb betreiben, aber freundschaftlich. Und ich sage Ihnen ganz offen, ich hätte gern, dass Niederösterreich dabei ist. Ich hätte gern, dass Sachsen mit dabei ist und unsere Nachbarn vielleicht in der Makroregion Mitteleuropa oder vernetzt im Donauroom mit dabei sind. In der Tat setzt das Europa der Nationen das Europa der Regionen voraus, es bedingt es regelrecht.

Unsere regionalen Parlamente, unsere Landtage, arbeiten ebenfalls in diese Richtung. Daher haben wir gemeinsam mit unseren deutschen Kollegen auf Ebene der Präsidenten der deutschen und österreichischen Landtage eine Initiative gestartet, mit der Europäischen Kommission in den Dialog zu treten. Hier stehen grundlegende Fragen im Mittelpunkt:

Wie wollen wir künftig gemeinsam mit dem Subsidiaritätsprinzip umgehen? Wie können wir die bestehenden Instrumente der Subsidiaritätsprüfung im Vertrag von Lissabon weiter entwickeln?

Europa wächst schließlich nicht von oben nach unten. Europa wächst von unten nach oben. Jeder Landwirt weiß, ein Getreidehalm wächst nicht von oben, er sprießt aus dem Boden. Wer Europa sagt, der muss also versuchen, Europa durch die Regionen zu verstehen. Deshalb ist die Frage der Finanzierung der Regionen außerordentlich wichtig. Deshalb ist die Regionalpolitik für Europa von erheblicher Bedeutung. Und deshalb kommt es auch bei der zukünftigen Festlegung mittelfristiger Finanzperspektiven der Europäischen Union sehr darauf an, dass man die Förderkulisse nicht aus einem übertriebenen Sparwillen heraus zerstört.

Man muss ferner dem Eindruck entgegentreten, als befände sich die Europäische Union auf dem Wege zielorientierter, konsequenter Verstaatlichung. Die Europäische Union, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird nie ein Staat werden, weil wir gern Österreicher und Niederösterreicher und Sie gern Deutsche und Sachsen sind. Das geht den Polen,

den Ungarn, den Tschechen und den Slowaken nicht anders. Jeder braucht den direkten Bezug zu seinem Land. Ich bin nicht dagegen, dass aus der Europäischen Union ein weltweit anerkannter starker „player“ wird, aber ich bin sehr dagegen, dass aus der Europäischen Union ein Superstaat mit den einhergehenden Bürokratiemonstern und mit den Kompetenzirrunge wird. Das Regionale ruft uns tagtäglich in unserem Umgang dazu auf, dass wir das Prinzip der Solidarität und das der Subsidiarität hochhalten.

Außerdem helfen uns die Regionen, uns gegenseitig besser kennenzulernen. Wenn wir ehrlich sind, meine Damen und Herren, dann kennen wir uns in Europa und Mitteleuropa nicht sehr gut. Wir legen oft einheitliche Regeln für einen Gesamtkontinent fest, ohne genau zu wissen, wie sich diese Regeln mit der Empfindsamkeit anderer Menschen in anderen Teilen Europas in Verbindung bringen lassen. Was



wissen die Schweden aus dem hohen Norden über die Lebensverhältnisse in Südsizilien und umgekehrt? Und in Wahrheit findet man dieses Unwissen schon im mitteleuropäischen Raum. Was wissen denn Niederösterreicher wirklich von den Umständen und Befindlichkeiten in Ostpolen? Ich sage das bewusst provokant, weil wir als Niederösterreichischer Landtag eine Partnerschaft mit der Woiwodschaft Podlaskie pflegen. Trotzdem bilden wir uns sehr oft ein, wir könnten unsere Regelwerke in derselben Form zu anderen bringen.

Wenn wir über Mitteleuropa reden, dann müssen wir weniger über Regelwerke reden, dann sind Werte wichtig. Über Werte redet ja niemand mehr, vielmehr wird so getan, als ob das ein obszöner Ausdruck wäre: Werte. Aber Europa hat etwas mit Werten zu tun. Mitteleuropa hat etwas mit Werten zu tun. Es hat zu tun mit einem bestimmten Menschenbild, mit einem christlich geprägten Menschenbild. Und dieses Menschenbild müssen wir tagtäglich kultivieren. Nicht um alle zu überrennen mit unseren Wertvorstellungen, sondern damit unsere Wertvorstellungen zukünftig im Gespräch bleiben, damit wir in der Krise human und werteorientiert agieren, damit Zuwanderer unser Menschenbild respektieren, ja sogar teilen können.

So lange jeden Tag tausende Menschen aus dem Nahen Osten vor marodierenden islamistischen Mörderbanden fliehen müssen, so lange ist Europa mit seiner Aufgabe noch nicht am Ende angelangt. Umso mehr, als die Europäer ein im Verschwinden begriffener Teil der Weltbevölkerung sind. Am Anfang des 20. Jahrhunderts hat es 20 Prozent Europäer gegeben, auf die Weltbevölkerung gemessen. Am Anfang

dieses Jahrhunderts waren es noch elf Prozent. Im Jahr 2050 wird es noch sieben Prozent Europäer geben, und am Ende des 21. Jahrhunderts werden noch vier Prozent der Menschen Europäer sein.

Ich meine daher, Europa darf nicht als Problem wahrgenommen werden. Mehr Europa ist die Lösung, aber auf der richtigen Ebene – mit dem Gedanken der Subsidiarität gedacht.

Das zeigt sich in den jüngsten Krisen, die Europa zu meistern hat: in der Schuldenkrise wie in der Flüchtlingskrise. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist ebenso dringend notwendig wie eine gemeinsame Fiskalpolitik, wiewohl ich mir dessen bewusst bin, dass wir davon mehr als ein Stück weit entfernt sind. Die Dramatik der Ereignisse an der europäischen Peripherie führt uns die Notwendigkeit dieses besseren Europas deutlicher vor Augen als je zuvor.

Wir brauchen vor allem ein Mehr an Europa, auch in Mitteleuropa. Weil mehr Nationalstaat, bei aller Heimatliebe, in diesem Sinne ausgedient hat. Weil der Nationalstaat, wenn er allein auf sich gestellt ist, nicht mehr die großen Probleme lösen kann. Vielleicht sollten wir, wie einst der heilige Leopold, mehr auf die Nachbarländer blicken, zwar nicht zum Zweck der Zwangsheirat, aber mit dem aufrichtigen Wunsch nach Kooperation, Austausch und Verständnis auf Augenhöhe.

In diesem Sinne freue ich mich wirklich, heute hier zu sein. «

A man in a dark suit, glasses, and a patterned tie stands behind a podium. He is wearing a lanyard with a badge. The background is a plain, light-colored wall.

Begrüßung

Mag. Stefan Schmuckenschlager

- » Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen in Klosterneuburg.

Klosterneuburg empfängt Sie heute an einem herrlichen Herbsttag. Ich darf mich bedanken, ein paar kurze Grußworte an Sie richten zu können, denn ich möchte Ihnen schon mitteilen, dass wir uns sehr freuen, dass Sie in Klosterneuburg tagen und sich hier zum Thema Mitteleuropa vertiefen. Ich glaube, Klosterneuburg ist der geeignete Ort, um dies zu tun, denn wir haben den schicken Beinamen „Stadt der Völkerverständigung“. Dementsprechend sind Sie hier gut aufgehoben. Des Weiteren glaube ich, dass Klosterneuburg zudem Spannungsfelder bietet, die mit in Ihr Thema einfließen, denn wir sind sowohl Stadt als auch Land. Wir haben

alle Entwicklungen, die auf Bundesebene stattfinden, bis hin zum Mikrokosmos dörflicher Probleme. Alles das trifft in Ihren Ländern genauso zu. Im Speziellen haben wir aber auch eine Frage zu lösen, die vielleicht heute mit beantwortet werden kann.

Was hält Mitteleuropa zusammen heißt auch, was hält im Grunde die Menschen zusammen und im Speziellen, was hält die Politik mit den Menschen zusammen.

Klosterneuburg bot hierfür in den letzten Monaten ein Anschauungsbeispiel der Sonderklasse, denn wir hatten eine noch nie dagewesene Wahlbeteiligung für den Gemeinderat

von nur 50 Prozent. Das heißt einerseits, jeder Zweite findet es nicht notwendig, unsere Gemeindevertretung zu bestimmen. Andererseits hatten wir einen riesigen Zulauf bei ei-



nem speziellen Projekt der Stadtentwicklung. Hier haben wir uns bewusst an die Menschen gewandt und hatten damit großartigen Erfolg. Ich hoffe, dass das vielleicht später in den politischen Gremien für Veränderungen sorgen kann, wenn es heute anscheinend nötig ist, dass man anders an die Menschen herantreten muss, um sie für die Politik zu erreichen. Ich glaube, das ist wichtig, wenn man wissen will, was Mitteleuropa zusammenhält.

Ansonsten wünsche ich Ihnen ein angenehmes Mittagessen, denn wahrscheinlich haben Sie die Möglichkeit, ein gutes Glas Klosterneuburger Wein zu trinken. Wenn Sie das tun sollten, dann blicken Sie auf die Berge. Sollten Sie pünktlich fertig sein, dann laden die Weinberge derzeit für herrliche Spaziergänge ein. Und ich garantiere Ihnen, die Winzer dieser Stadt sind nicht sehr neidisch. Sie können sicher die eine oder andere Traube mitnehmen, direkt verkosten und so schon abschätzen, was Sie in den kommenden Jahren für guten Wein erwarten können, wenn Sie wiederkehren.

Danke schön, dass Sie alle gekommen sind.◀◀



Begrüßung

Dr. Matthias Rößler

» Sehr geehrte Präsidentinnen, liebe Frau Kollegin Pallauf, liebe Kollegin Vollath, sehr geehrter Herr Präsident, lieber Hans Penz, Herr Vizekanzler, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, die Sie in reicher Zahl aus Sachsen und Niederösterreich hier versammelt sind, verehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr, Sie zu unserer Konferenz begrüßen zu können. Ganz besonders freue ich mich auf Ihr Impulsreferat,

Herr Kommissar Dr. Johannes Hahn, und ich darf Sie nochmals in unseren Reihen begrüßen. Herzlichen Dank, dass Sie anwesend sind – zumal in solchen Zeiten.

Ich danke Herrn Landtagspräsidenten Hans Penz und Herrn Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager recht herzlich für Ihre Worte. Es ist sicher noch nicht zu spät, Ihnen, Herr Bürgermeister, zu Ihrem gestrigen Geburtstag zu gratulieren.

Und wir haben noch ein Geburtstagskind unter uns, Herrn Dr. Herbert Wagner, Oberbürgermeister a. D. von Dresden. Er hat heute Geburtstag – herzlichen Glückwunsch.

Ein weiteres Jubiläum steht in wenigen Tagen an. Vor ziemlich genau vier Jahren entstand in Dresden das „Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag“. Im seinem Gründungsdokument heißt es unter anderem: „Vor uns in Europa liegen große Aufgaben, aber auch vielfältige Chancen.“ Wir alle waren uns damals der guten Möglichkeiten bewusst, aus dem Herzen Europas heraus Impulse für ein stärkeres Miteinander in der Europäischen Union zu geben – Impulse für eine freiheitliche Bürgergesellschaft, die sich solidarisch zeigt, Impulse für lebendige mitteleuropäische Traditionen sowie Impulse für gelebte europäische Werte in einem Mitteleuropa, das intensiv kooperiert. Und ich meine, meine Damen und Herren, wir haben dies seither auch getan.

Indes konnten wir im Jahr 2011 die Dimension der heutigen außen- und innenpolitischen Aufgaben Europas allenfalls erahnen. Mit dem 2014 aufgebrochenen militärischen Konflikt zwischen der Ukraine und den von Russland unterstützten Separatisten im Osten des Landes, dem nunmehr seit vier Jahren tobenden Bürgerkrieg in Syrien und dem Wüten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ sind großes menschliches Leid und unbändige Gewalt an unsere Peripherie herangerückt. Der sogenannte „Arabische Frühling“, der gescheiterte Export westlicher Werte, hat in den Ländern des südlichen Mittelmeers in vielen Fällen Destabilisierung hinterlassen. Europa spürt dies, Deutschland spürt dies – deutlich.

Hinzu kommen beispiellose innere Herausforderungen für Europa. Lassen Sie mich davon drei nennen: die fortgehende griechische Staatskrise, das angekündigte Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU und – wohl für uns alle am unmittelbarsten – die stetig wachsenden Flüchtlings- und Migrationsströme aus den destabilisierten Regionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrikas, aber auch aus europäischen Ländern, in denen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse prekär und der Rechtsstaat und die Demokratie – gelinde gesagt – oftmals defekt sind.

Es ist daher berechtigt, wenn wir zu unserer vierten Konferenz die zentrale Frage aufwerfen: „Quo vadis Mitteleuropa?“. Die Entscheidung, hinter die Aussage „Stabilität und Krise“ ein Fragezeichen zu setzen, war den Kuratoren wichtig; sagt dieses Fragezeichen doch etwas aus über die Ambivalenz, mit der viele Menschen Mitteleuropa heute beurteilen: Stabilität und Krise, beide sind spürbar.

Mit dieser Ambivalenz konfrontiert, schwindet bei so manchem Beobachter die Zuversicht in die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union. Andere sehen in ihren Strukturen und Prozessen selbst das Problem und plädieren für Reformen an Haupt und Gliedern. Wiederum andere richten in dieser Situation ihre Blicke auf das Land in der Mitte Europas, auf Deutschland.

Seine Rolle im Verbund der europäischen Staaten wird seit einiger Zeit verstärkt diskutiert. Dass das vereinte Deutsch-



land dabei in Europa eine „besondere Rolle“ spielt, das hat schon der französische Intellektuelle Alfred Grosser Ende der 1990er Jahre formuliert. Während er die „besondere Rolle“ zuvörderst mit dem europaweiten Export der politischen Ethik verband, auf der die Bundesrepublik nach 1945 aufgebaut wurde, sehen andere Auguren Deutschland wegen seiner Lage und Größe in der politischen Pflicht, in und für Europa zu handeln.

Zweifellos: Das vereinigte Deutschland ist „in die Mitte Europas zurückgekehrt“, wie Arnulf Baring es einmal so schön formuliert hat. Es wurde mitteleuropäischer, ohne seine westeu-

ropäische Prägung zu verlieren. Und: Es steht wieder einmal im „Schnittpunkt“ der politischen Auseinandersetzung in Europa, wo es Heinrich von Brentano schon früher einmal verortet hat. In der integratorischen Debatte ist es herausgefordert, eine relevante europapolitische Rolle zu spielen.

Schon 1960 hatte es Heinrich von Brentano als zentrales Ziel deutscher Europapolitik bezeichnet, im „Zusammenschluss der europäischen Völker“ nationale Gegensätze auf friedliche Weise auszugleichen. Seine Worte von der „Vielfalt in der Einheit“ nahmen zudem das heutige Europamotto „In Vielfalt geeint“ vorweg.

Noch immer reichen die nationalstaatlichen Fundamente im vereinten Europa tief. Der von ihnen ausgehende Pluralismus stabilisiert, wenn auf ihrer Basis besonnen europäische Politik gestaltet wird. Nationale und regionale Egoismen wird es dabei immer geben, entscheidend ist am Ende deren Ausgleich. Besteht dazu kein Wille, droht Instabilität.

Nation, und auch Region, sowie Integration sind in meinen Augen keine Gegensätze, sofern sie in einem funktionierenden institutionellen Rahmen austariert werden. Deutschlands Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht, sein stetiger Wandel zu einem „europäischen Deutschland“, wie Thomas Mann es einst genannt hat, geht nicht zuletzt auch damit einher.

Dabei ergehe ich mich nicht in der Illusion, die alte Furcht vor der unkontrollierbaren Hegemonie eines geeinten Deutschlands sei vor diesem Hintergrund in Mitteleuropa verschwunden. Wiewohl, ich halte sie heute für unbegründet. Unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs konnte ich die Bedenken teilweise noch gut nachvollziehen. Welche Rolle würde das größere Deutschland künftig spielen? Die heute engen Partnerschaften und Freundschaften zwischen den mitteleuropäischen Staaten zeigen, dass es eine ebenso versöhnliche wie solidarische Rolle und – ferner – eine stabilisierende Rolle war.

Deutschland ist heute in Europa eine „Macht in der Mitte“. Der Berliner Politologe Herfried Münkler hat diesen Terminus wieder in die politische Diskussion eingeführt und – so glaube ich – klug begründet. Es sei Deutschlands wesentli-

che Aufgabe, die mühsam gesponnenen europäischen Fäden in den heutigen Zeiten starker Fliehkräfte zusammenzuhalten. Dies setze vor allem viel Verhandlungsgeschick, Disziplin und Geduld, zuweilen aber auch eine gewisse Bestimmtheit voraus.

Mitte heißt in diesem Sinne zugleich Mäßigung im Denken und im Handeln – gegen ein Zuviel und gegen ein Zuwenig. Es geht also um die richtige Mitte, um Besonnenheit im Tun, um Augenmaß. Mitte und Mäßigung meinen hingegen nicht Mittelmäßigkeit, erst recht nicht drücken sie Schwäche oder Selbstaufgabe aus. Im Gegenteil: Als Prinzipien sollen sie mit Bestimmtheit angewendet werden.

Deutschland steht für eine solche Europapolitik der Mäßigung durch Dialog. Stabilität und Solidarität sind dabei die Begriffe der Stunde, denn allein kann kein europäischer Staat die gegenwärtigen Probleme bewältigen. Damit Solidarität nicht zur Phrase verkommt und das europäische Gemeinwesen stabil bleiben kann, müssen die europäischen Interessengegensätze in praktikierbare Politik verwandelt werden. Für nationalen Egoismus ist da ebenso wenig Platz wie für einen „naiv anmutenden Humanitarismus, der sich von allen Realitäten löst“, wie der Zeithistoriker Andreas Rödder jüngst formuliert hat. Das Machbare, nicht das Wünschbare muss im Vordergrund stehen, wenn Solidarität als ein stabilisierender Regelungsmechanismus in Europa wirken soll.

Daneben sollten wir die heutzutage oftmals geschmähte Souveränität im Sinne einer nationalen oder europäischen

Auftakt

Staatshoheit nicht aus den Augen verlieren. Ein Zuwenig wie ein Zuviel an staatlicher Souveränität gefährden Europas Stabilität. Der offene Staat darf im vereinten Europa nicht zum verlorenen oder entgrenzten Staat mutieren.

Meine Damen und Herren, vor allem Mitteleuropa darf sich ob der momentanen Fährnisse nicht entzweien. Die von mir im letzten Jahr auf unserer Konferenz in Breslau beschworene „Solidarität der Völker Mitteleuropas“ ist aktuell gefrag-

ter denn je. Wir alle sind aufeinander angewiesen. Freiheit, Frieden, Wohlstand, Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und die Würde des Menschen sind unverrückbare Ziele und Werte, die den europäischen Einigungsprozess von Beginn an gelenkt haben. Sie sind Teil der europäischen Idee, und mit ihr sind sie heute vielfältig herausgefordert. Werden sie geschwächt, dann besteht die Gefahr, dass Europa an Integrationskraft verliert und in seiner Integrität und damit in seiner Stabilität Schaden nimmt.



Dies durch eine kluge, maßvolle und verantwortliche Politik zu verhindern, dazu ist nicht nur Deutschland aufgefordert, dazu sind wir in ganz Europa aufgefordert.

Eine wichtige Rolle fällt bei all dem der Europäischen Kommission zu, deren Präsident Jean-Claude Juncker jüngst befand, die Europäische Union sei „in keinem guten Zustand“. Wir alle können daher auf den Impulsvortrag von Dr. Johannes Hahn gespannt sein. Es ist mir eine große Freude, dass Sie auf unserer Konferenz sprechen. Dr. Johannes Hahn, sollte ihn jemand im Publikum nicht kennen, ist gebürtiger Wiener und seit 2014 Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, nachdem er von 2010 an Kommissar für Regionalpolitik war. Davor wirkte er politisch unter anderem als österreichischer Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Ich bin gespannt auf seine Antworten auf die europäischen Herausforderungen.

Ich darf vielleicht noch etwas sagen zu den nachfolgenden Podiumsdiskussionen. Jene am Vormittag ist überschrieben mit „Was hält Mitteleuropa zusammen? Wirtschaft. Bildung. Infrastruktur.“ Hier geht es um die sogenannten harten Faktoren, besonders um die ökonomische Vernetzung und den Wissensaustausch zwischen den Staaten und Regionen Mitteleuropas. Wir haben hierfür profunde Kenner der Materie gewinnen können. Es moderiert Tomasz Kycia. Er ist freier Journalist und in seiner Profession ebenso wie in seiner Biografie grenzüberschreitend mitteleuropäisch.

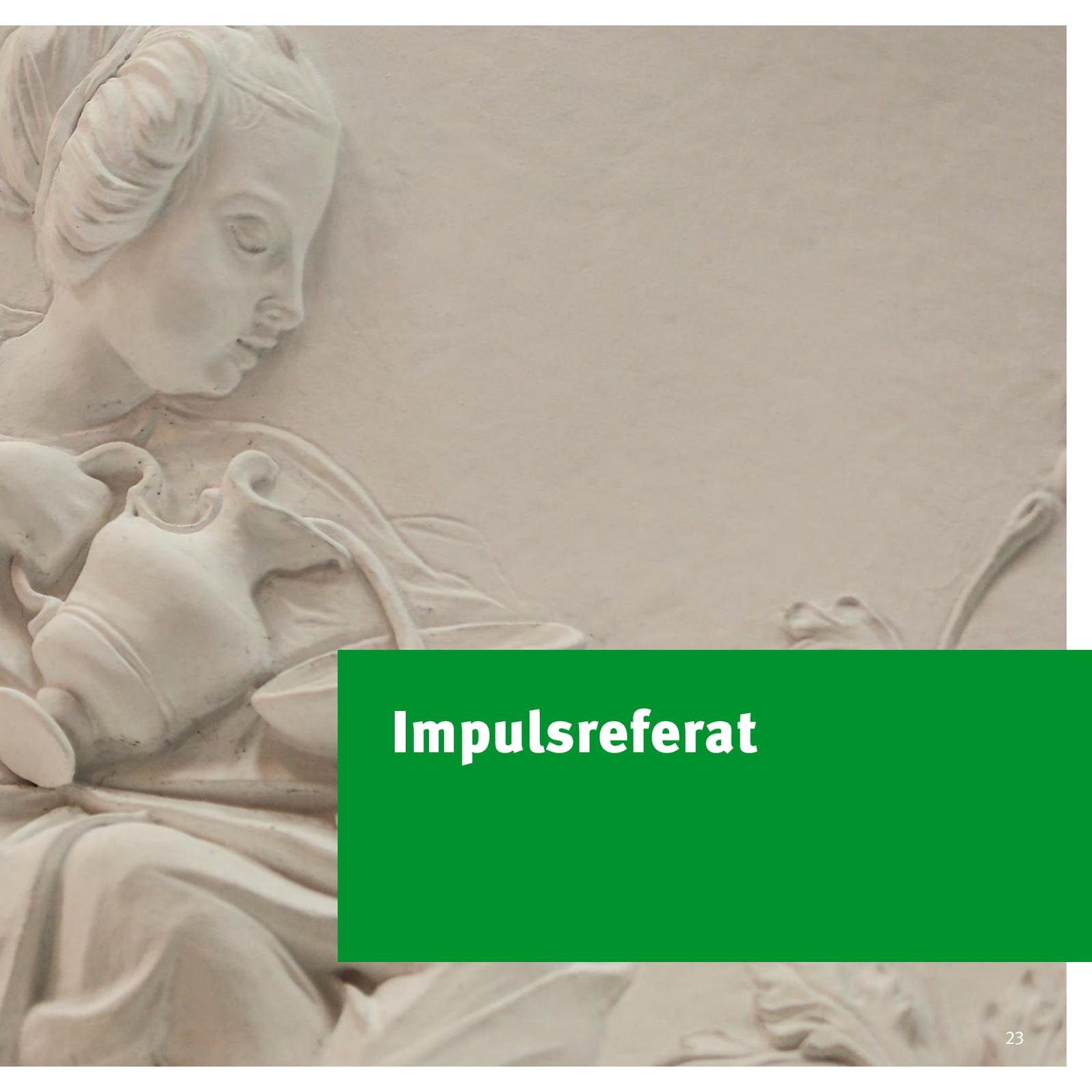
Nach der Mittagspause widmet sich unser Podium der Thematik „Was hält Mitteleuropa zusammen? Kultur und Sprache als Quellen der Vielfalt!“ Hier stehen nach meinem Da-

fürhalten ebenfalls harte Faktoren zur Debatte, hart im Sinne von historisch robust und einflussreich. Mitteleuropa ist ein mannigfaltiger Kultur- und Sprachraum, für den die Diskutanten allesamt ausgewiesene Experten sind. Als Moderator unterstützt uns Gerald Schubert. Der gebürtige Wiener ist ein erwachsener Mitteleuropäer, arbeitete er doch von 2002 bis 2015 in der deutschen Redaktion von Radio Prag und ist seit jüngster Zeit bei der Tageszeitung „Der Standard“ für das Auslandsressort zuständig.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie alle hierhergekommen sind und möchte noch einen Punkt ansprechen. Lieber Hans Penz, lieber Herr Präsident, ich denke, dieses besondere und enge Verhältnis zwischen Niederösterreich, ja den Österreichern insgesamt und Sachsen hat ja tiefe historische Wurzeln, die uns immer wieder beschäftigt haben. Wir fühlen uns hier – das darf ich auch im Namen unserer Delegation sagen – ganz besonders gut aufgenommen, in diesem wunderbaren, charmanten, gastfreundlichen, offenen Österreich.

Vielen Dank, dass wir heute hier sein dürfen. «





Impulsreferat

A photograph of Dr. Johannes Hahn, a middle-aged man with grey hair and a beard, wearing a dark suit and a pink tie. He is pointing his right hand towards the left side of the frame. The background is a wood-paneled wall with a decorative pattern. A green horizontal bar is overlaid on the bottom left of the image, containing the text 'Wir stehen an einer Wegscheide'.

Wir stehen an einer Wegscheide

Dr. Johannes Hahn

» Meine Damen und Herren Präsidenten, Herr Bürgermeister, es stimmt, ich bin ein Wiener. Ich habe die ersten Lebensjahre in Klosterneuburg verbracht, wurde in der hiesigen Martinskirche getauft. Ich gebe aber offen zu, dass ich mich daran nicht mehr ganz genau erinnern kann. Ich glaube, wir sind in meinem dritten Lebensjahr wieder nach Wien gezogen. Erhebliche Wurzeln sind also vorhanden, und das ist ja im guten Sinne auch Grenzüberschreitung.

Man ist heute immer wieder motiviert zu rasonieren, was ist Mitteleuropa. Der Berufenste dazu ist wahrscheinlich Erhard Busek. Er hat diesen Begriff schon in den 1980er Jah-

ren ganz massiv politisch geprägt. Aber ich denke, es gibt immer wieder einen Grund, ihn neu zu definieren und sich selbst den Standpunkt und den Standort klarzumachen. Rein geografisch liegt der Mittelpunkt Europas ungefähr 20 Kilometer nordöstlich von Vilnius in Litauen. Der Mittelpunkt der Europäischen Union wiederum ist in Unterfranken im Landkreis Aschaffenburg. So könnte man verschiedene Berechnungen und Definitionen anstellen, wo denn genau Europas Mitte zu finden sei. Wie auch immer solche Überlegungen ausgehen, so will ich doch eines sagen: Wer sich als Mitteleuropäer verpflichtet fühlt, der übernimmt eine ganz besondere Aufgabe. Das Wort „mittel“ signali-

siert doch schon einmal, dass sich der Mitteleuropäer in der Mitte befindet.

Und wenn man in der Mitte ist, dann resultieren daraus wohl auch das Verständnis und die Verpflichtung, zwischen denen im Norden und im Süden sowie zwischen denen im Osten und im Westen zu vermitteln, weil man wahrscheinlich von jedem etwas Ahnung hat.

Das ist genau das, was wir gegenwärtig in Europa brauchen. Hans Penz hat es soeben gesagt, Europas Problem ist vielfach, dass wir uns gegenseitig zu wenig kennen, dass wir zu wenig die geschichtlichen Zusammenhänge, die geschichtlichen Ursachen bestimmter regionaler Problemstellungen kennen und dass wir vor diesem Hintergrund zu wenig Verständnis für einander haben. Deswegen ist aus meiner Warte etwa das Erasmus-Programm eines der gigantischsten Projekte der Europäischen Union. Und wie so oft bei besonders nachhaltigen und besonders wirksamen Initiativen verhält es sich mit dem finanziellen Engagement dafür umgekehrt proportional zum großen Erfolg. Wir geben für manche Dinge viel mehr Geld aus, bei denen ich viel weniger Nachhaltigkeit sehe. Das Erasmus-Programm haben in über 25 Jahren mittlerweile, so denke ich, zwei Millionen Menschen genutzt. Man kann gar nicht mehr sagen, dass es nur junge Menschen sind, denn diejenigen, die am Beginn dabei waren, sind heute fast schon im Großväter- und Großmütteralter.

Aber es hat etwas erzeugt, was unglaublich wichtig ist, nämlich Beziehungen, Verständnisse, Netzwerke, auf die

man ein Leben lang bauen kann und die einen wesentlichen Friedensbeitrag leisten. Denn nur wer das vis-à-vis und seine Befindlichkeiten kennt, der kann sich auch darauf einstellen und damit umgehen. Man kann dann als „Advokat“ in Erscheinung treten, wenn es darum geht, die Situation in einer bestimmten Region, die auf eine andere Region in Europa Auswirkungen haben mag, zu erklären.

Das, was wir Europäer am wenigsten haben, das ist Selbstbewusstsein. Ich würde mir manchmal die Marketingfähigkeiten der Amerikaner für uns Europäer wünschen. Es ist schon gesagt worden, wir stellen gegenwärtig sieben Prozent der Weltbevölkerung mit abnehmender Tendenz, haben aber immer noch die weltweit größte Wirtschaftsleistung. Europa ist mit Abstand der internationalste Kontinent. Wir haben die meisten Auslandsinvestitionen, und nach Europa kommen – global gesehen – die meisten Investitionen. Es gibt dieses berühmte Sprichwort: Wir sind „the biggest payer“, aber „the smallest player“. Bis zu einem gewissen Grad stimmt das. Wenn Sie sich anschauen, was die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten etwa in der Entwicklungshilfe leisten, dann sind wir mit Abstand die größten Geldgeber weltweit. Aber bei dem damit verbundenen Einfluss gibt es noch Entwicklungspotenzial.

In meinem Büro in Brüssel hängt eine Landkarte, die ich mir einst in Neuseeland gekauft habe. Sie ist insofern interessant, weil sie die Weltbetrachtung, das Weltbild Australiens und Neuseelands widerspiegelt. Auf dieser Weltkarte liegen diese beiden Länder nämlich oben in der Mitte. Europa befindet sich rechts unten als ein kleines Anhängsel Asiens. Dieses Bild greife ich gern auf, weil es wichtig ist, gelegentlich die Dimensionen und die unterschiedlichen Sichtwei-

sen, von denen aus man einen Kontinent, eine Region betrachten kann, in Erinnerung zu rufen. Unser Empfinden, unsere Weltkarte zeigt Europa folglich dort, wo andere Landkarten eben Australien oder Neuseeland zeigen – in einer Randlage.

Das sage ich, weil die Dinge, die Europa in den letzten Jahren herausgefordert haben und gegenwärtig herausfordern – die Wirtschaftskrise, aber auch die Flüchtlingsproblematik –, weil diese Dinge keine europäischen Krisen sind, sondern internationale Krisen, deren Auswirkungen wir jedoch handhaben müssen. Die Wirtschaftskrise ging nicht von Europa aus. Sie nahm bekanntlich ihren Anfang in den USA. Und die Flüchtlingstragödie, die uns in Europa massiv beschäftigt, hat in Syrien, im Nahen Osten, ihren Ausgang genommen.

Das, was Europa beschäftigt und was uns so attraktiv macht, ist Europas „soft power“. Ich sage immer wieder, ich kenne nichts Attraktiveres als die europäische „soft power“, die offenkundig jeder „hard power“, jeder Aggression überlegen ist. Was macht diese „soft power“ aus?

Es sind die europäischen Werte, es ist das Bekenntnis zum Individuum, zu seiner Freiheit, zu seinen Entfaltungsmöglichkeiten, zu seiner Eigenständigkeit, und ganz stark daraus resultierend ist es die verlässliche Rechtsstaatlichkeit, die Europa auszeichnet.

Diese Rechtsstaatlichkeit mag sich kurzfristig unter Anführungszeichen gegen uns richten. Mittel- und langfristig ist

sie indes eines unserer höchsten Güter, unserer größten Erzungenschaften. Ich sage Ihnen das deswegen, weil ich gelegentlich von Menschen – durchaus verständlich – gefragt werde: Warum schicken wir nicht einfach die Flüchtlinge nach Libyen zurück, zurück an die libysche Küste?

Meine Damen und Herren, wenn wir dem Rechtsstaat, wenn wir internationalen Gesetzen und dem Völkerrecht verpflichtet sind, was andere ja bekanntlich gern brechen, dann kann ich nicht auf das Territorium eines anderen Staates gehen, ohne mich mit ihm darüber verständigt zu haben. Dann muss ich zur Kenntnis nehmen, wenn dieses Land, etwa Libyen, einen Mangel an staatlichen Autoritäten hat und wir Schwierigkeiten haben, dort staatliche Gesprächspartner zu bekommen, dass das trotzdem nicht dazu führen kann, dass wir die Gelegenheit nutzen, wie das vielleicht andere tun. Dann fischen wir im wahrsten Sinne des Wortes die Menschen aus dem Mittelmeer und bringen sie an die libysche Küste zurück, wo wir sie dann wieder aussteigen lassen. Das mag für manchen ein verlockender Gedanke sein, aber vor dem Hintergrund rechtsstaatlicher Prinzipien und dem Bekenntnis zum internationalen Recht geht das nicht. Entweder wir haben eine Vereinbarung mit diesem Land oder es gibt ein UN-Mandat, das sind die Möglichkeiten.

Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass wir mit dieser Art von Schwierigkeiten konfrontiert sind. Das Gleiche bezieht sich auf andere Aspekte der Flüchtlingskrise. Ich war vor wenigen Tagen an der mazedonisch-griechischen Grenze in einem Flüchtlingscamp. Wir sehen uns dort mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Viele Flüchtlinge werfen ihre Dokumente weg, wissen sie doch, welche Konsequenzen das hat. Oder sie behaupten, sie haben keine



Dokumente. Denn wer keine Dokumente hat, der kann auch nicht rückgeführt werden, selbst wenn sich herausstellt, dass das Heimatland ein sicheres Land ist und dass es keinen Asylgrund gibt.

Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Wir müssen mit diesen Flüchtlingsströmen umgehen. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir die Dinge nur dann in den Griff bekommen, wenn wir uns hinreichend um Stabilisierung in unserem Nachbarraum bemühen. Wir zählen in der europäischen Nachbarschaft ungefähr 20 Millionen Flüchtlinge, darunter auch Binnenflüchtlinge. Denn

nicht alle Flüchtlinge sind in ein anderes Land geflohen, viele flüchten auch innerhalb eines Landes. Die Ukraine ist so ein Beispiel. In der Ukraine gibt es etwa 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ostukraine, die in andere Landesteile geflüchtet sind. Wir haben in Syrien insgesamt 12 bis 13 Millionen Flüchtlinge, von denen sich etwa noch acht Millionen im Lande aufhalten. Vier bis fünf Millionen verteilen sich im Wesentlichen auf die Türkei, den Libanon und auf Jordanien.

Im Libanon haben wir heute bereits mehr syrische Schülerinnen und Schüler als libanesischen. Gearbeitet wird dort im Zweischichtbetrieb. Am Vormittag werden die libanesischen Kinder unterrichtet, am Nachmittag die syrischen. Entsprechend gibt es Engpässe sowohl bei den Schulgebäuden als auch bei den Lehrerinnen und Lehrern. Wir beschäftigen mittlerweile schon eine erhebliche Zahl von syrischen Flüchtlingen als Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben vor kurzem als Europäische Union die Errichtung bzw. den Ausbau einer Mülldeponie im Norden Jordaniens finanziert, einfach deswegen, weil sich in diesem Gebiet durch die Flüchtlinge die Bevölkerungszahl in kurzer Zeit verdoppelt hat. Im Libanon gibt es 4,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, hinzu kommen circa zwei Millionen Flüchtlinge. Das sind fast 50 Prozent der Bevölkerung.

Vergleichen Sie das bitte mit Europa und dann stellen Sie sich die Frage: Schaffen wir es nicht, mit diesen Flüchtlingsströmen zurende zu kommen? Eigentlich sollte das kein Problem sein. Es ist dann kein Problem oder ein limitiertes Problem, wenn alle 28 Mitgliedsländer es gemeinsam angehen. Es fängt aber schon damit an, dass man rechtzeitig die Probleme erkennt und auf sie reagiert, wenn es noch nicht



stürmt. Es macht für einen Segler – und ich selbst segle leidenschaftlich gern – einen Unterschied, ob er sich auf einen Sturm vorbereitet, wenn dieser noch nicht da ist, oder ob er sein Schiff erst dann herrichtet, wenn es schon stürmt. Die Möglichkeit, dies richtig und ordentlich während eines Sturmes zu tun, ist weit geringer, als wenn man als guter Seemann rechtzeitig die Dinge erkennt und angeht. Das gilt auch für Länder und macht den Unterschied aus, ob man über Staatsmänner und Staatsfrauen oder über Politikerinnen und Politiker redet, denn Voraussicht ist bekanntlich eine Grundqualität staatsmännischen Handelns.

Dass wir 20 Millionen Flüchtlinge um Europa herum haben, das ist schließlich kein Phänomen der letzten Monate. Wenn ich die Ukraine abziehe, und selbst der dortige Konflikt ist schon zwei Jahre alt, dann haben wir seit Jahren Millionen von Flüchtlingen in unserer unmittelbaren Umgebung, die sich nun seit wenigen Monaten aus den verschiedensten Gründen in Richtung Europa bewegen. Die Wahrscheinlichkeit, dass das eintreten würde, was eingetreten ist, war also relativ hoch. Wir hätten einiges abfedern können, wenn europäische Solidarität und Weitsicht früher Platz gefunden hätten.

Vor allem müssen Mittel bereitgestellt werden, damit wir den Ländern, in denen sich die Flüchtlinge aufhalten, helfen können, mit diesen Herausforderungen fertigzuwerden. Die Menschen, die sich dort schon seit Jahren als Flüchtlinge aufhalten, halten sich ja deswegen in der Umgebung ihrer Heimat auf, weil sie immer noch die Hoffnung haben, eines Tages schnell zurückkehren zu können. Sie wollen nicht entwurzelt werden und nach Europa auswandern bzw. flüchten müssen, denn das ist nämlich in gewisser Hinsicht Entwurzelung.

Das, was für manche unserer Mitgliedsländer zu einem Problem wird, oder von dem sie behaupten, es würde ein Problem werden, dass vermehrt Menschen mit islamischen Religionsbekenntnissen zu uns kommen, die diese Gesellschaft nicht gewohnt sind, das ist nicht zuletzt für diese Menschen eine Herausforderung. Deswegen haben diese Menschen ja zuvörderst das Bedürfnis, in ihrer Region zu bleiben, dort, wo sie eben auch kulturell und religiös eingebettet sind. Von daher ist es nur klug, wenn wir sie dabei unterstützen.

Wir beobachten das erste Mal in fast 70 Jahren, dass Palästinenserinnen und Palästinenser versuchen, nach Europa zu kommen. Wir haben seit 1948 palästinensische Flüchtlinge, insgesamt rund fünf Millionen in der Region. Diese Flüchtlinge sind immer in der Region geblieben, jetzt schon in der dritten oder vierten Generation, weil immer die Hoffnung auf einen eigenen Staat vorhanden war. Wenn diese Hoffnung jetzt schwindet, weil sich die Rahmenbedingungen verschlechtern, dann ergibt sich einfach der Drang und

das Bedürfnis, dort hinzugehen, wo vermeintlich oder tatsächlich die Lebensbedingungen besser sind.

Die United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees (UNRWA), die sich seit 1950 der Betreuung palästinensischer Flüchtlinge verschreibt, hatte Mitte dieses Jahres ein Finanzierungsloch von etwa 100 Millionen Euro, um palästinensischen Kindern einen Schulbesuch zu ermöglichen. Ihr Generalsekretär, der Schweizer Pierre Krähenbühl, war daraufhin bei mir und ich habe ihm von Seiten der Europäischen Union durch Umschichtung 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das hat dazu geführt, was selten vorkommt, dass sich die Golfstaaten mit 50 Millionen beteiligt haben und die Amerikaner etwa mit 20 bis 25 Millionen Euro. Die Schweizer und die Norweger haben auch etwas dazugegeben. Jedenfalls haben wir es binnen weniger Wochen geschafft, dieses Finanzierungsloch zu schließen.

Was sind die Konsequenzen daraus, meine Damen und Herren? Ich fange mit den unmittelbaren Folgen an. Fast 600 Schulen können weiter betrieben werden, 22.000 Lehrerinnen und Lehrer haben einen Job und, das ist das Wichtigste, 500.000 Schülerinnen und Schüler können die Schule besuchen. Stellen Sie sich vor, diese 500.000 Kinder würden nicht zur Schule gehen. Abgesehen davon, dass sie keine Bildung erfahren würden, wären sie die erste Adresse für Extremisten. Das heißt, mit dem vergleichsweise bescheidenen, ich möchte fast sagen lächerlichen Beitrag von 25 Millionen Euro aus der Schatulle der EU haben wir ihnen diese Möglichkeit geschaffen. Ich möchte das den sechs Milliarden Euro gegenüberstellen, die die deutsche Bundesregierung aufbringen will, um die Flüchtlingssituation

im Lande zu bewältigen, und den 600 Millionen Euro, die der österreichische Finanzminister für Österreich bereitstellt. Und da rede ich jetzt nicht nur von der finanziellen Dimension, sondern auch von der humanitären. Wir würden mit einem wesentlich geringeren Pro-Kopf-Aufwand wesentlich mehr erreichen können – auch im Hinblick auf die menschliche Dimension. Aber wenn man zu spät mit der Abhilfe beginnt, dann ist die Situation wie sie eben ist.

Vor einem halben Jahr habe ich die 28 europäischen Mitgliedstaaten angeschrieben, weil wir einen Fonds aufgesetzt haben, der den Ländern rund um Syrien helfen soll, mit der Flüchtlingssituation zurecht zu kommen. Zwei Staaten – Deutschland und Italien – haben positiv geantwortet, 26 andere haben abgelehnt. Daher mein Appell: Die Europäische Union kann nur funktionieren, wenn wir zusammenstehen, wenn wir uns einbringen. Ich halte es für das gegenwärtig größte Defizit, dass nationale oder regionale Politikerinnen und Politiker symbolhaft nach Brüssel reisen, um entweder etwas zu verhindern oder etwas durchzusetzen. Ich würde mir stattdessen wünschen, dass sie nach Brüssel reisen mit dem Ansatz, etwas zum Gelingen des europäischen Miteinanders beizutragen. Manchmal muss man etwas geben, ohne dass man direkt etwas zurückbekommt. Man kann sich dann aber darauf verlassen, dass man zu einem späteren Zeitpunkt etwas zurückbekommt, wenn man es dann vielleicht selbst benötigt. Die gegenwärtige Flüchtlingskrise, die in Deutschland und Österreich das Thema schlechthin ist, ist – ob Sie das beruhigt oder nicht – in vielen anderen Ländern kein Thema. Dann gibt es auch wieder umgekehrte Situationen, dass in anderen Ländern etwas ein großes Thema ist, was bei uns nicht vorkommt.

Europa funktioniert nur, wenn wir uns gegenseitig unterstützen. Wenn wir aufhören zu sagen – die EU. Oft sagen Menschen zu mir, die EU müsse etwas tun. Ich frage dann immer: Wer ist die EU? Die Reaktionen darauf schwanken zwischen Stottern und betretenen Blicken zu Boden. Manche sind ehrlich und sagen: „Wir alle.“ Und das ist die Antwort, meine Damen und Herren. Wir alle sind die EU. Genauso wie alle Österreicher Österreicher sind, wie alle Deutschen Deutsche sind usw. Jeder hat das Verständnis,



ein Teil davon zu sein. Wenn man das Verständnis hat, ein Teil von etwas zu sein, dann muss man auch so agieren. Ich bin bei all jenen, die gesagt haben, dass wir eine solide Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Ebenen brauchen. Was macht die lokale Ebene, was die regionale, die nationale und was macht die europäische Ebene? Aber erst keine Kompetenzen abzutreten und anschließend zu sagen, die EU möge es richten, das ist wie der Ruf nach der „eierlegenden Wollmilchsau“. Und die gibt es bekanntlich nicht.

Auch wenn der folgende Vergleich bis zu einem gewissen Grad hinkt, aber man kann eben den Mannschaften beim Fußball nicht die Diskussion darüber überlassen, ob ein Elfer zu geben ist oder nicht. 90 Minuten Spielzeit würden dafür nicht ausreichen. Entsprechend gibt es einen Schiedsrichter. Nicht immer sind dessen Entscheidungen richtig, aber es wird in gewissen Situationen zügig und endgültig entschieden. Auch das ist notwendig in einem geeinten Europa, Entscheidungen zu treffen. Manche unserer Probleme ergeben sich nur daraus, dass wir aufgrund rechtlicher Konstruktionen zu keinen oder zu sehr verzögerten Entscheidungen kommen. In der europäischen Außenpolitik haben wir das Prinzip der Einstimmigkeit. Bei 28 Mitgliedsländern Einstimmigkeit herbeizuführen, das kann – wie wir sehen – dauern. Daher muss man sich hier etwas überlegen. Ich bin kein Tempofanatiker. Aber in gewisser Hinsicht brauchen wir mehr Tempo, um Entscheidungen herbeizuführen, um letztlich auch international agieren zu können.

Abschließend möchte ich eine Bitte an Sie richten, an Sie, die sich als Mitteleuropäerinnen bzw. Mitteleuropäer verstehen. Es ist die Bitte, genau in diesen Punkten zu vermitteln.

Wir stehen an einer Wegscheide als Europäische Union. Ich bin überzeugt, dass wir die Flüchtlingsproblematik – wie alles in irgendeiner Art und Weise – in den Griff bekommen werden. Die Frage ist nur: Was sind die Verwundungen, was sind die Verletzungen, die dann hinterher übrigbleiben?

Ich mache mir Sorgen, wenn heute einige Länder Europas versuchen, die wohlgerne in erheblichem Maße von der Mitgliedschaft in der EU profitiert haben, sich mit dem unglaublichen Argument, sie hätten keine Tradition mit Flüchtlingen, abseits zu stellen. Das mag sein, das hat auch seine Gründe, denn wer flüchtete gern hinter den Eisernen Vorhang. Bekanntlich war es die Tendenz, auf die andere Seite zu flüchten. Dann kann man jedoch sagen, man muss eben damit beginnen, den Umgang mit Flüchtlingen zu lernen. Wenn es hier Schwierigkeiten gibt, dann mache ich mir Sorgen, dass in den Köpfen wieder ein Eiserner Vorhang herabgelassen wird, den wir noch vor einem Vierteljahrhundert physisch imstande waren, niederzureißen.

Das ist meine Sorge und da vertraue bzw. verlasse ich mich auf die Mitteleuropäerinnen und Mitteleuropäer, dass sie diese Überzeugungsarbeit leisten. Dass sie verhindern, dass das, was wir damals geschafft haben, den Eisernen Vorhang physisch niederzureißen, in Vergessenheit gerät und sich ein neuer Eiserner Vorhang in den Köpfen etabliert. Denn bekanntlich dauert es eine geraume Zeit, solche Vorhänge wieder abzubauen, die geistigen ganz besonders.

Vielen herzlichen Dank. ⬅





Podiumsdiskussion I

Was hält Mitteleuropa zusammen?
Wirtschaft. Bildung. Infrastruktur.



Prof. Dr.
Andreas Breinbauer

Prof. Dr.
Gabriel Felbermayr

Tomasz Kycia
(Moderation)

Dr. Jacqueline Boysen



→ **Tomasz Kycia** (Moderation):

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zu unserer ersten Podiumsdiskussion beim Forum Mitteleuropa in Klosterneuburg begrüßen. Seit gestern kristallisiert sich das Hauptthema unseres Forums heraus, das Thema, das alle Menschen emotional in Mitteleuropa bewegt, nämlich das F-Wort. Sie ahnen es schon, es ist der Fußball. Es gibt nichts anderes, das die Menschen so emotional bewegt in Mitteleuropa und in Europa insgesamt. Natürlich meine ich das mit einem Augenzwinkern, aber ich will damit sagen, die Flüchtlingskrise oder Flüchtlingsproblematik, wie man sie nennt, ist nicht das einzige Thema in Europa. Herr Präsident Rößler hat

es schon erwähnt. Das Forum Mitteleuropa wurde gegründet, als es diese Problematik noch nicht in dieser Art gab. Deshalb wollen wir heute nicht vergessen, dass in Mitteleuropa und in Europa noch andere gewichtige Themen existieren, über die es sich in einer Podiumsrunde zu diskutieren lohnt.

Begrüßen Sie mit mir Frau Dr. Jacqueline Boysen. Sie stammt aus Berlin und ist Buchautorin und Journalistin. Sie studierte Geschichtswissenschaften und ist Kennerin der russischen Sprache, da sie auch Russisch studiert hat. Vier Jahre hat sie in der Evangelischen Akademie zu Berlin als Studienleiterin gearbeitet. Ihnen ein herzliches

Runde kann er unsere Thematik hoffentlich ebenso spezifisch wie breitfächerig erörtern. Ein herzliches Willkommen auch an Sie.

Vor einer Woche gab der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke, den Startschuss für das sogenannte Polenmobil. Das Polenmobil soll in den deutschen Bundesländern die polnische Sprache promoten, die Schüler dazu animieren, polnisch zu lernen. Prof. Vogt, ich frage Sie, weil Sie in Görlitz an der Grenze zu Polen arbeiten und Mitteleuropa dort ja lebendig ist. Warum ist 25 Jahre nach dem Freundschaftsvertrag zwischen Polen und Deutschland noch immer Polnisch nicht als Fremdsprache in den deutschen Schulen fest verankert? Wenn wir uns hier im Forum Mitteleuropa unterhalten, dann ist es doch vor allem die Sprache, die uns verbinden sollte. Zwischen den Deutschen und den Polen an der Grenze ist es in dieser Hinsicht immer noch schwierig.

→ Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt:

Die Antwort heißt: Das fehlende Bewusstsein von Gemeinsamkeit. Schauen Sie bitte einmal auf dieses Podium. Sie haben einen Erzengel, sie haben vier Apostel. Das heißt, von den Namensgebungen können Sie überhaupt nicht ableiten, aus welcher unterschiedlichen Sprache wir kommen. Das geschieht nicht bewusst. Was bewusst ist, das sind die unendlichen Stereotype über die „Polacken“ aus der Kaiserzeit und der Hitlerzeit und aus den unverbrüderlichen Haltungen nach 1945. Das Ganze hat zum Ergebnis, dass wir hier noch immer eine krasse Differenz haben. Hier im Raum sind einige Koautoren der Sächsischen Verfassung. Im Gohrischen Entwurf und in der dann verabschiedeten Verfassung für



Prof. Dr.
Matthias Theodor Vogt



Willkommen. Prof. Dr. Andreas Breinbauer ist Rektor der Fachhochschule des bfi Wien und dort auch Leiter des Studiengangs Logistik und Transportmanagement. Ich freue mich, dass wir mit ihm die Thematik der Infrastruktur hier in Mitteleuropa besprechen können. Vielen Dank für Ihre Teilnahme. Prof. Dr. Gabriel Felbermayr ist Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft am Münchener ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Wir dürfen auf seine aktuelle Analyse der Wirtschaftsfaktoren gespannt sein. Seien Sie herzlich willkommen. Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt ist Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen an der Hochschule Zittau/Görlitz. Er ist Professor für Kulturpolitik und Kulturgeschichte. Wie alle in der

Sachsen wurden die Verbindungen mit den mitteleuropäischen Nachbarstaaten, die nun nicht mehr Bruderstaaten, sondern Nachbarn genannt wurden, zum Staatsziel Sachsens erklärt. Darauf bin ich stolz. Aber es braucht in der Tat eine ganze Generation und vielleicht noch mehr, bis dieses Staatsziel auch tatsächlich die Köpfe der Menschen erreicht.

Ich komme aus der Europastadt Görlitz/Zgorzelec, gelegen unmittelbar auf der Grenze, in der wir selbstverständlich in der Grundschule Polnischunterricht bekommen haben. Zwar war dies fakultativ, aber viele haben es in Anspruch genommen. Selbstverständlich gibt es bei uns Schulen, in denen mit einer polnischen Partnerschulen zusammen unterrichtet wird und in denen die Kinder aus beiden Ländern sich regelmäßig sehen. Wir haben das Augustum-Annen-Gymnasium, das tatsächlich gemischt ist. Die Hälfte der Schüler kommt aus Polen, die andere Hälfte kommt aus Görlitz, dem deutschen Teil. Es hat aber fast bis 2014 gedauert, bis wir auf der Regierungsebene – und deshalb differenziere ich zwischen Politik, Köpfen und zwischen Verwaltung – die Anerkennung dieses auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Abiturs auch in Polen erreicht haben und vice versa. Es war ein unendlicher Marsch durch die politischen Instanzen.

Wir haben das Gleiche für die tschechische Sprache mit dem Friedrich-Schiller-Gymnasium in Pirna. Insgesamt muss man aber sagen, wir haben in den Köpfen eine Art Atlantikorientierung. Das heißt, es ist im Prinzip so, wie wenn ich mir in Warschau oder Breslau oder auch in Prag die Reisebüros anschau. Dort wird immer ganz groß

London und New York ausgeschrieben, etwas kleiner schon Paris, und die anderen Länder treten oft gar nicht mehr in Erscheinung. Diese Reisebürokappen spiegeln das wider, was in den Köpfen der Menschen stattfindet. Deshalb ist solch ein Polenmobil so wichtig, damit die Sprachverständigung in einer modernen Form auf Köpfe zugeht.

Es ist ein wichtiger Schritt, schließlich haben wir gegenwärtig keinen Anlass, 25 Jahre „Friede, Freude, Eierkuchen“ in Mitteleuropa zu feiern. Wir stehen am Anfang eines langen Strahls, von dem wir alle gehofft hatten, dass er uns weiterführen würde. Wie die Ereignisse der letzten Monate jedoch gezeigt haben, ist genau das, was hier als Kontinuität zu erhoffen gewesen war, ins Schlingern geraten. Umso mehr müssen wir daran arbeiten.

→ **Tomasz Kycia:**

Vielen Dank. Da möchte ich eine Frage an Frau Dr. Boysen anknüpfen: Wie tickt der andere hinter der Grenze? Glauben Sie, dass die aktuelle Politik in Europa – wenn wir sie jetzt als Journalisten betrachten – in allen europäischen Ländern gleichermaßen verstanden wird, dass wir sozusagen alle in dieselbe Richtung blicken? EU-Kommissar Dr. Hahn hat es ja erwähnt. Wir wünschen uns hier alle Solidarität und das gemeinsame Ziehen an einem Strang. Glauben Sie, dass die Journalisten es schaffen, diese Perspektive in allen europäischen Ländern, vor allem jetzt in Mitteleuropa, den Menschen zu vermitteln? In Polen merke ich, dass die Menschen doch einen anderen Blick auf die Frage der Solidarität in Europa haben. Sie stemmen sich dagegen, sie sagen, das ist nicht unser Problem.



→ **Dr. Jacqueline Boysen:**

Sicherlich ist Berichterstattung national geprägt. Wir haben binationale Versuche, beispielsweise den deutsch-französischen Fernsehsender ARTE, aber in der deutsch-französischen Verständigung sind wir – horribile dictu – auch weiter als in der Verständigung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands. Ich fürchte, dies gilt für Sachsen genauso, obwohl es so löbliche Institutionen gibt wie dieses Forum Mitteleuropa, das uns dankenswerterweise zusammengebracht hat. Ein Journalist

ist in erster Linie natürlich Angehöriger seiner Nation, und er ist zwar nicht käuflich, aber er arbeitet natürlich für ein nationales Medium. Es gibt dabei durchaus Grenzgänger. Wir haben in Deutschland eine ganze Reihe von Journalisten, die eine andere Abstammung haben als eine rein deutsche in 27. Generation. Das zeigt, wie sich die Gesellschaft wandelt und sich damit auch der Blick modernisiert und öffnet.

Aber wenn wir die Berichterstattung über die EU-Politik betrachten, dann sehe ich eine große Gefahr und ein Kommunikationsdefizit. Nicht jeder in der EU spricht so klar, wie soeben der EU-Kommissar Hahn zu uns gesprochen hat. Nicht jeder traut sich in jedem Fall die Probleme klar zu benennen, oft geht es sogar in Richtung Schönfärberei. Dann haben wir diese Worte, die wir gern als Sonntagsreden bezeichnen, auch in der Presse. Das trägt nicht dazu bei, dass das Verständnis für Europa größer wird, denn jeder weiß von sich selber: Natürlich redet man ungern über seine Probleme, aber wenn man es tut, hilft es unmittelbar. Das ist leider in der Berichterstattung vielfach durcheinander gekommen. Außerdem haben wir etwas, wenn wir die Berichterstattung innerhalb Europas vergleichen, woran man sehen kann, welchen Werten wir zuneigen oder welcher Tradition wir entstammen. Wir haben nicht überall eine klare Trennung von Kommentar und Bericht, wie es das ordentliche journalistische Handwerk verlangt. Das ist ein ganz erhebliches Problem.

In Deutschland haben wir uns lange Zeit über die Bild-Zeitung lustig gemacht und geglaubt, die sei die einzige, die skandalträchtig bestimmte Dinge hochziehen und in

Schlagzeilen mit maximal fünf Worten packen kann. Aber nein, das geht viel tiefer. Da ist sicherlich der Berufszweig der Journalisten gefordert, eben weil der Einfluss so groß ist, einen Schritt vom eigenen Tun zurückzutreten und sich noch einmal zu überprüfen, ob wir denn immer und in jedem Fall wirklich diese Trennung von Kommentar und Bericht einhalten. Es ist die alte Frage: Wie neutral kann man denn überhaupt berichten? Natürlich setzt man gewissermaßen schon in der Auswahl des Themas einen Akzent. Da würde ich immer noch sagen: Das ist gut so. Aber dann muss man eben doch aufpassen, dass man sich nicht für die eine oder andere Seite zu stark in die Presche legt. Oder man arbeitet für ein Medium, das sich ausdrücklich dazu bekennt. Dann ist man Blogger und ist nur für sich selbst und seine Leser verantwortlich. Dann darf man schreiben in einem Ton und mit einer Akzentuierung, wie man sie möchte. Oder man schreibt für ein politisch gebundenes Magazin oder eine Zeitung. Dann wird das auch gewünscht und gefordert, aber das hat natürlich mit dem Informationsauftrag von Medien nichts zu tun. Dies alles, das möchte ich abschließend sagen, hat sehr viel mit den heute schon oft beschworenen europäischen Werten zu tun. Wir haben den Luxus, diese Unterscheidungen überhaupt machen zu dürfen. Das unterscheidet uns von den Menschen auf anderen Kontinenten, denn bei uns ist die Pressefreiheit gesetzlich geschützt.

→ Tomasz Kycia:

Vielen Dank. Wir werden das gleich noch vertiefen. Ich denke, die gemeinsame Thematik der Berichterstattung in Europa ist wichtig, weil wir ohne Medien nicht auskommen und uns die Flüchtlingskrise vor allem auch me-

dial beschäftigt. Der Dreiklang Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur hat natürlich auch einen implizierten Imperativ, wenn ich die Frage lese: Was hält Europa zusammen? Wenn wir es finden, was Europa zusammenhält, dann wollen wir es natürlich auch bewahren. Meine nächste Frage zielt auf die Infrastruktur und geht an Herrn Prof. Breinbauer. Weshalb haben wir fast 25 Jahre nach Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags keine direkten Zugverbindungen zwischen Dresden und Breslau sowie zwischen Breslau und Berlin? Woran liegt das?



→ **Prof. Dr. Andreas Breinbauer:**

Ich glaube, Infrastruktur, was EU-Kommissar Hahn angesprochen hat, und was hier auch schon diskutiert wurde, findet im Endeffekt vorwiegend im Kopf statt. Das heißt, wenn ich im Kopf nicht bereit bin, Verbindungen herzustellen, dann werden in der Realität auch keine entstehen. Sie haben diese Verbindungen zwischen Polen und Deutschland genannt. Es gäbe auch viele österreichische Beispiele: die Verbindung von Österreich in Richtung Osten, jetzt erst die in Richtung Norden, oder zum Beispiel zwischen Slowenien und Kroatien, wo man an der slowenischen Grenze die Autobahn verlassen muss und dann 20 bis 30 Kilometer auf der Landstraße fährt. Das ist natürlich kein Zufall, sondern Absicht.

Übrigens herrscht zurzeit die große Befürchtung, wenn wir die Konnektivität herstellen, werden wir überschwemmt – von was auch immer. Das heißt: Diese Thematik beginnt im Kopf. Die Infrastruktur ist nur der harte Ausdruck dessen, wie weit der Kopf oder die Verbindung im Kopf schon vorangeschritten ist. Es gibt einen Index für Infrastruktur, den Logistics Performance Index, der die Wettbewerbsfähigkeit der Infrastruktur misst. Und da sind an sich die mitteleuropäischen Länder weltweit topp. Am stärksten ausgebaut wird die Infrastruktur derzeit übrigens in China. Da könnte man sagen, gut, wenn es um den raschen Infrastrukturausbau geht, dann hat vielleicht ein Modell, das nicht basisdemokratisch ist, kurzfristig oder mittelfristig Vorteile. Ich glaube, dass der Ausbau der Infrastruktur auch ein bisschen damit zusammenhängt, welches demokratische Modell wir haben. Vielleicht schürt der Ausbau der Infrastruktur auch Zweifel: Ist unser gegenwärtiges Modell der Demokratie über-

haupt erfolgsversprechend? Ich glaube, dies ist etwas, was wir vielleicht später diskutieren können. Es brennt momentan etwas unter den Nägeln.

Das wird sich auch bei der Asylfrage zeigen. Nur ein Beispiel: Als die erste große Flüchtlingswelle nach Nickelsdorf kam – das ist der österreichische Grenzort zu Ungarn –, da fuhr ich gerade in Richtung Osten. Ich wollte eigentlich mit meiner Tochter einkaufen gehen. Als wir dann am Mittag über das österreichische Radio erfahren haben, dass in Nickelsdorf 10.000 Menschen ankommen werden, sind wir – und da waren meine Tochter und meine Nichte sofort dafür – weitergefahren an die Grenze nach Nickelsdorf und haben dort den Tag über Lebensmittel an die Flüchtlinge verteilt. Für uns war das sehr eindrucksvoll. Aber auch in Nickelsdorf hat es zu diesem Zeitpunkt keine Organisation der Zivilgesellschaft gegeben. Ich denke mir, was die Zivilgesellschaft derzeit tut, ist fantastisch, aber es fehlt der Link zu den staatlichen oder halbstaatlichen Organisationen. Ich glaube, es gibt ein Unbehagen, ob unser demokratisches Modell und die damit verbundenen Werte tatsächlich erfolgreicher sind als alle anderen. Die Leute zweifeln inzwischen in hohem Maße daran.

→ **Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt:**

Wenn ich vielleicht kurz ergänzen darf. Ihre Wendung „Infrastrukturen fangen in den Köpfen an“ ist genau der entscheidende Punkt. Ich möchte dies noch um ein Bild ergänzen, das der Stiftungsfachmann Rupert Graf Strachwitz entwickelt hat. Er sprach von einer Schüssel. Wenn Sie in die Schüssel einen Ball hineinwerfen, dann rollt dieser automatisch in die Mitte. Ähnlich müssen wir



uns das auch mit den Kräften zwischen Zentrum und Peripherie vorstellen. Also in Sachsen rollt logischerweise mehr oder minder das Gewicht nach Dresden – mit dem Landtag als dem Zentrum unserer sächsischen Demokratie und der schönen Mikroindustrie, die außen herum gebaut wurde. Es kommt indes nichts an in Görlitz. Der Görlitzer Bahnhof befindet sich nur 500 Meter von der polnischen Grenze entfernt. Eigentlich müssten dort polnische Züge ankommen. Aber für diese 500 Meter gelten die deutschen Rechtsvorschriften. Das heißt, die Leute steigen aus, laufen zur Grenze – ein Taxi darf von Polen

nicht herüberkommen –, laufen zum Bahnhof in Zgorzelec, und dann erst können die Leute weiterfahren. Denken Sie an das Bild der Schüssel. Wenn wir von diesen regionalen, nationalen Egoismen beherrscht werden, dann brauchen wir ein Gegengewicht. Deshalb möchte ich Ihren Satz zur Demokratie weiterführen. Wir brauchen in Ergänzung zur regionalen Demokratie, und da gehe ich vollständig mit Ihren vorherigen Ausführungen mit, natürlich etwas, was auch für das Verbindende, für das die Egoismen Konnektivierende sorgt. Das ist eine Aufgabe, die noch nicht hinreichend geleistet wurde.

→ **Tomasz Kycia:**

Vielen Dank. Es braucht also ein Langzeitdenken, ein Vorausdenken in der europäischen Politik. Dazu möchte ich Herrn Prof. Felbermayr fragen, inwieweit dieses Langzeitdenken auch damit zu tun hat. Jetzt öffne ich immer stärker die Problematik der Flüchtlingskrise. Inwieweit darf man schon die These wagen, dass auf lange Sicht der große Strom der Flüchtlinge die europäische Wirtschaftsnetzwerk stärken wird? Oder ist das naiv gedacht?

→ **Prof. Dr. Gabriel Felbermayr:**

Das kommt ganz darauf an, welche Weichen in den nächsten Monaten in Europa gestellt werden. Es tut einem weh, wenn man sich an die Szenen 1989 an der ungarischen Grenze erinnert, wenn jetzt wieder Grenzzäune entstehen, durchaus auch an europäischen Binnengrenzen wie etwa von Ungarn nach Kroatien oder von Ungarn nach Rumänien, obwohl sich Kroatien und Rumänien noch nicht im Schengen-Raum befinden. Sollte die Flüchtlingskrise dazu führen, dass der Schengen-Raum nicht weiter wachsen kann oder vielleicht sogar parzel-

liert wird, und wir haben das österreichische Bundesheer ja wieder an der Grenze, wie es schon einmal der Fall war, dann erfüllt mich das schon mit der Sorge, dass das Zusammenwachsen Europas durch den Einfluss dieser externen Schocks gefährdet ist.

Das ist etwas, was wir auch auf anderen Politikfeldern beobachten können. Wenn Sie an die Finanzmarktkrise denken, die in Europa in der weiteren Folge zur Schuldenkrise geführt hat, dann hat diese Krise nicht zu einer Bankenunion, sondern faktisch zu einer stärkeren Fragmentierung der europäischen Finanzmärkte geführt. Die Sorge nun ist, dass wir als eine Konsequenz der Flüchtlingskrise mehr Fragmentierung in den europäischen Arbeitsmärkten bekommen. Und das wäre schlecht. Wir haben in den letzten 25 Jahren gesehen, wie viele Möglichkeiten beim Zusammenwachsen dieser Märkte bestehen, wie viele gegenseitige Vorteile vorhanden sind. Wir hatten in den letzten Jahren in Deutschland eine massive Zuwanderung von Menschen zum Beispiel aus Polen, aber auch aus den südlichen Peripheriestaaten der EU, bevor die Flüchtlingskrise begonnen hat. Es ist ziemlich klar belegbar, dass Deutschland davon profitiert hat. Es muss jetzt politisch so gehandelt werden, dass diese Krise, die wir heute haben und die eine Krise des Schengen-Raums ist, nicht dazu führt, dass wir den europäischen Arbeitsmarkt wieder parzellieren. Das wäre verheerend.

→ **Tomasz Kycia:**

Da muss ich nachhaken. Ich als Journalist muss den Menschen sowohl in Deutschland als auch in Polen erklären können, wie konkret die europäischen oder in unserem

Fall mitteleuropäischen Länder wirtschaftlich aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind. Inwiefern wird der Flüchtlingsstrom Europa so verändern, dass die Ökonomie stärker und nicht schwächer wird? Also, anders gedacht: Wenn wir jetzt die Wirtschaftszusammenhänge beenden würden, was würde sich für die Menschen in Mitteleuropa verändern? Um wie viel ärmer würden wir sein?

→ **Prof. Dr. Gabriel Felbermayr:**

Das ist eine Zahl, die man so nicht aus dem Boden stampfen kann. Aber wir haben natürlich ganz unterschiedliche Untersuchungen von ganz unterschiedlichen Autoren mit unterschiedlichen Methoden und unterschiedlichen Hintergründen, die uns zeigen, dass die Erweiterungsphasen der EU in ganz erheblichem Ausmaß Wertschöpfung und Beschäftigung gesichert haben. Wenn wir hier also Teile der europäischen Integration rückabwickeln, indem wir zum Beispiel die Arbeitskräftemobilität einschränken, dann werden wir auf diese Gewinne, die mühselig erstanden sind, wieder verzichten müssen.

Übrigens sind solche Gewinne nicht von einem Tag auf den anderen manifest geworden, sondern die bauen sich über Jahrzehnte auf, wobei die Menschen hierbei die zentralen Triebkräfte sind. Der Aufbau von Vertrauen, der Aufbau von Netzwerken ist ganz entscheidend, und wir wissen, dass dieses Vertrauen und diese Netzwerke sehr schnell zerstört werden können. Die Zerstörung geht schnell, aber der Aufbau braucht seine Zeit. Deswegen kann es sein, dass eine kurzfristige problematische Handhabung zum Beispiel von Grenzen innerhalb Europas langfristige Wirkungen haben kann.

Sehr gut sehen Sie das in der Logistik-Branche. Wir haben dort das Just-in-time-Prinzip, alles dreht sich um die Geschwindigkeit. Die mitteleuropäischen Länder, zum Beispiel die Slowakei, sind stark eingebunden in die Wertschöpfungsketten der deutschen Automobilindustrie. Wenn man jetzt am Grenzübergang Verzögerungen hat – da reden wir vielleicht nur von ein paar Stunden –, dann wird das langfristig Folgen haben und es könnte zu einer Verschiebung dieser Wertschöpfungsketten zum Nachteil der mitteleuropäischen Länder kommen. Im konkreten Fall wäre das die Slowakei. Da sind natürlich auch die Nachbarn wie Österreich oder Deutschland, und vor allem ist Europa gefragt, dass hier schnell Lösungen gefunden werden. Denn am Ende liegt die Lösung der Frage, wie man den Schengen-Raum insgesamt und ohne Friktionen beibehalten kann, in der Wahrung der EU-Außengrenzen und der Sicherung des Schengen-Raums nach außen hin.

→ Dr. Jacqueline Boysen:

Ich würde gern daran anknüpfen, dass sich die Wirtschaft sicherlich nicht aus sich heraus entwickelt, sondern die Wirtschaft sind letztendlich auch wir alle. Die Frage ist also nicht nur, wie stabil und instabil eine Volkswirtschaft in der Krise ist, sondern auch, wie sie sich langfristig entwickelt. Das wiederum hängt entscheidend mit der Bevölkerungsentwicklung zusammen. Nun haben wir in vielen europäischen Ländern eine Alterungsentwicklung, bei der die Zahl jüngerer Menschen kontinuierlich sinkt. Unter Umständen brauchen wir auf den Arbeitsmärkten künftig auch gar nicht mehr so viele Erwerbstätige. Da gibt es sehr viele volkswirtschaftliche Berechnungen, und mitunter sind die einzelnen Volkswirtschaften in die-



sem Punkt auch sehr unterschiedlich gestrickt. Tenor der Studien ist jedoch meist, dass sehr viel vom Bildungsniveau abhängt.

Am Beispiel Tschechiens etwa zeigt sich, dass ein Land, das in den ersten PISA-Studien sehr schlecht abgeschnitten hat, durch Bildungsreformen viel erreichen konnte. Ich bin nicht sehr statistikgläubig, aber wir haben nichts Besseres, das uns einen Querschnitt aller Fünfzehnjährigen zeigt, als eben die PISA-Studien. Die Tschechen schneiden jetzt besser ab. Und obwohl die Jugendarbeitslosigkeit noch immer bei hohen 20 Prozent liegt, zeigt sich doch eine sinkende Tendenz. Ich glaube, man braucht nicht so sehr viel Phantasie, darin auch eine Ver-



bindung zur Entwicklung dieser Zahlen zu sehen. Einerseits steigt das Bildungsniveau und andererseits sinkt die Jugendarbeitslosigkeit.

→ **Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt:**

In der niederösterreichischen Mathematik, übrigens auch in der sächsischen und in der syrischen, lernen wir, es gibt ein Plus, es gibt ein Minus und es gibt die doppelte Verneinung. Und so sollten wir uns vielleicht etwas dem nähern, was Sie vorhin ansprachen. Wenn wir heute über die ökonomische Vernetzung in Mitteleuropa diskutieren, dann müssen wir ein Paradigma feststellen, auf dem alle Länder gleichermaßen basieren, das Wachstumsparadigma. Ein Schrumpfen ist nicht vorgesehen,

wir brauchen Wachstum, damit wir verteilen können – fifty-fifty –, die eine Hälfte in neue Investitionen, die andere Hälfte in individuelle oder soziale Verteilungsmechanismen.

Erster Punkt: Der „Fetisch“ Auto, der in Deutschland 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts generiert, ist eine reine Schimäre. Mercedes-Benz etwa hatte für die Einführung der A-Serie Theaterleute engagiert, die damals quer durch Europa irgendwelche komischen Theaterstücke rund um das A-Modell aufgeführt haben. Von A nach B bringt mich aber auch ein Toyota oder ein anderes Auto in dieser Preisklasse. Das heißt, der spezifische Mehrwert eines Mercedes, eines Audi oder eines BMW, der findet ausschließlich im Kopf statt. Wenn sich die jungen Menschen, die in den Großstädten wohnen, die über eine Bahncard 100 verfügen, die maximal noch Carsharing betreiben und die den Besitz von Autos mittlerweile als ihren Status erniedrigend empfinden, wenn sich diese jungen Leute durchsetzen, dann klappt das künftig nicht mehr mit dem Verkauf von Autos. Das heißt, wir haben hier ein Wachstumsparadigma, das auf einer Schimäre basiert. Und die gerade genannte Slowakei ist hierbei das prekärste Beispiel, hat sie doch über Jahre hinweg ein Wirtschaftsmodell ausgebildet, das beinahe ausschließlich auf dieser Schimäre Auto aufbaut.

Zweiter Punkt: Wir haben innerhalb von Deutschland junge Menschen, wie mein hier anwesender Student oder meine Kinder, die überhaupt keine Chance haben, dass die dann kommende Generation für sie ebenso viele Rentenpunkte sammelt, wie diejenigen, die jetzt hier im

Raum sitzen, das für ihre Elterngeneration tun. Das heißt, der Generationenvertrag ist aufgekündigt durch den reinen Fakt, dass wir derzeit durchschnittlich 1,2 bis 1,4 Kinder statt 2,2 Kinder haben – je nachdem, wo wir herkommen. Wenn Sie nach Heidelberg gehen, in die – von der Einwohnerdichte her – Hauptstadt der deutschen Buchhandlung, dann sind Sie auch in der Hauptstadt der Kinderlosigkeit mit 0,8 Kindern pro Frau. Und dann können Sie sich ungefähr ausrechnen, dass zwei Drittel der Rentenpunkte für die nachfolgende Generation fehlen. Deutschland und Österreich basieren im gesamten Sozialbereich auf einem Wachstumsparadigma, das künftig nicht mehr aufgeht.

Und ich komme jetzt zum dritten, mich am meisten empörenden Punkt, dem mittlerweile viele Forschungen gelten. Dazu ersetzen Sie bitte im Bild der Schüssel, das ich vorhin nannte, das Zentrum durch jede Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern. Wir haben 69 Prozent der sächsischen und der deutschen Bevölkerung, die in Städten und Gemeinden mit weniger als 500.000 Einwohnern leben. Dem gegenüber verlassen bis zu 90 Prozent unserer Abiturientinnen diese Räume. Wenn nahezu die gesamte weibliche Funktionselite den Raum jenseits der Großstädte verlässt, wo bitte sollen denn dann die Leute noch herkommen, die dort für Wachstum sorgen? In dieser Situation Flüchtlinge hochzudramatisieren, sämtliche historischen Erfahrungen zu vergessen, ist ein typisches Beispiel der mediengelenkten Scheindemokratie, die den entscheidenden Unterschied zwischen Realität und virtueller Realität vollständig vergessen hat. Bei der Realität gibt es keinen Ausschaltknopf, am Fernseher schon.

→ Prof. Dr. Andreas Breinbauer:

In Mittel- und Osteuropa ist die Autodichte niedriger als bei uns. Vor 1989 war die Bahn das Hauptverkehrsmittel. Das Bahnnetz war gut ausgebaut, später wurde dann aber nichts mehr oder nur noch wenig investiert, was ein Problem ist. Stattdessen geht alles Geld in den Straßenbau. Heute ist es ein Bedürfnis, hier in der Entwicklung



aufzuholen. Und ich denke mir, es ist ein Problem, wenn die Supply-Chain, wenn die Wertschöpfungskette jetzt unterbrochen wird, zumal ja der weltweite Trend wieder in Richtung regionaler Supply-Chains geht, um möglichst nahe beim Kunden sein. Wenn jetzt viele Lastkraftwagen

an der Grenze stehen bleiben müssen, dann ist das natürlich ein gewaltiger Rückschritt.

Allerdings sehe ich das Hauptproblem in der Kommunikation. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung Angst hat, dass wir quasi überrannt werden und womöglich diese Zugewanderten Arbeitsplätze wegnehmen, dann zählt das Argument „wir haben lediglich einen Rückgang von ein bis zwei Prozent“ in den Augen der Bevölkerung größtenteils nicht. Ich glaube, man muss die Ängste der Bevölkerung aufgreifen und diese entsprechend realistisch kommunizieren. Bei der Asylfrage sehe ich, dass derzeit wieder die gleichen Fehler passieren, wie wir sie in der Migrationsdebatte vor 30 Jahren hatten. Wir haben eine extreme Polarisierung auf der einen Seite, nämlich, dass quasi alle Flüchtlinge nach Europa kommen sollen – auch nach Österreich und Deutschland –, und auf der anderen Seite, dass keine Flüchtlinge kommen sollen. Eine pragmatisch-realistische Vorgehensweise ist dann für Realpolitiker schwer umzusetzen, weil sie von beiden Seiten extrem unter Druck geraten, vor allem in Vorwahlzeiten, wie man gerade in Österreich sieht.

→ **Tomasz Kycia:**

Auch in Polen ist gerade Wahlkampf, und es ist dort momentan unglaublich schwer, das Thema Flüchtlinge zu vermitteln, weil sich natürlich die Parteien damit profilieren möchten. Herr Prof. Felbermayr, Sie wollten zu der Aussage von Prof. Vogt noch etwas hinzufügen.

→ **Prof. Dr. Gabriel Felbermayr:**

Die Wachstumskritik, die wir gehört haben, die muss man schon qualifizieren. Denn die Frage ist ja: Welches

Wachstum ist gemeint? Das Wachstum des Konsums ist die eine Sache. Aber viel zentraler für die Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen in den Regionen Europas und der Welt ist im Grunde genommen das Produktivitätswachstum. Wie können wir Wertschöpfung erzielen, so wie wir sie heute haben, wenn die Ressourcen weniger werden? Oder wie können wir aus der gleichen Anzahl an Ressourcen eine höhere Wertschöpfung erzielen? Wie die dann verwendet wird, ob die verkonsumiert wird oder in den Freizeitkonsum geht, das ist eine Frage, die sich im gesellschaftlichen Konsens finden muss.

Deswegen finde ich es immer etwas befremdlich, wenn man Industrien herausnimmt und sagt: Die Automobilindustrie ist eine Schimäre und die Slowakei baut hier auf Sand. Ich denke, wenn die globale Nachfrage nach Automobilen so groß ist wie in den letzten Jahren, dann hat die Slowakei, dann hat Deutschland – und übrigens auch Österreich – sehr gut daran getan, sich in diesen Wachstumsbranchen zu positionieren. Sie haben sehr gut daran getan, nicht für die Geringverdienenden dieser Welt billige Autos herzustellen, sondern für die wachsende Mittelschicht zu produzieren. Das hat sich bislang ausgezahlt, und wenn sich das am Markt ändert, etwa weil andere Trends auftauchen, weil man mehr Carsharing betreibt, dann ist es das Risiko der Konzerne und es liegt dann in ihrer Verantwortung, darauf zu reagieren. Da brauchen wir keinen, der über Entwicklungsmodelle, wie sie auf den Markt kommen, zu Gericht sitzt.

Dasselbe gilt für das Pensionssystem. Wir brauchen ja nicht unbedingt mehr Beitragszahler, wir brauchen Beitragszahler, die in der Lage sind, die zunehmenden Las-

ten aus dem Pensionssystem zu tragen. Auch da ist wieder das Produktivitätswachstum die zentrale Triebkraft. Wenn wir Wachstum haben, sodass die Einkommen der arbeitenden Personen steigen, dann können wir auch die künftigen Pensionslasten zahlen. Das heißt nicht, dass wir keine Einwanderer benötigen, dass sie nicht die Sozialsysteme abfedern könnten, aber auch da ist Produktivitätswachstum ein zentraler Bestandteil der Lösung.

→ **Tomasz Kycia:**

Vielen Dank. Verehrtes Publikum, auch Sie sind gefragt, sie können sich gern mit in die Diskussion einschalten. Solange ich noch keine Meldungen sehe, würde ich gern noch eine eigene Frage einwerfen. Als ich gestern vom Flughafen kam, habe ich ein Plakat gesehen, das mich verduzte: „Gehen Sie zur Wiener Wahl.“ Vor 25 Jahren haben die Menschen in weiten Teilen Mitteleuropas dafür gekämpft, wählen gehen zu können, mitbestimmen zu dürfen. Und jetzt sehe ich dieses Plakat, mit dem wir versuchen, die Menschen zu erreichen, damit sie ihre Stimme abgeben. Da ist meiner Ansicht nach etwas in Europa schiefgelaufen, irgendetwas, was vielleicht auch mit Wissensvermittlung zu tun hat. Frau Dr. Boysen, wie kann man heute in Europa Menschen vermitteln, dass sie tatsächlich etwas zu sagen haben, sie die Chance haben, Europa politisch zu verändern? Sind das die Medien, die das zerstören, oder sind es die Politiker, die sich immer mehr von den Menschen entfernen?

→ **Dr. Jacqueline Boysen:**

In die Medienschelte werden Sie mich nicht einstimmen hören, das wäre Nestbeschmutzung. Natürlich sehe ich unser Handwerk, unseren Berufszweig kritisch. Aber ich

halte es für gänzlich abwegig, immer nur zu sagen, die Medien sind schuld und skandalisieren. Das passiert zuweilen, aber das ist natürlich nur ein Teil der Wahrheit. Ich glaube, die Thematik, wer beteiligt sich und warum beteiligen wir uns an Wahlen sowie an den vielen anderen Möglichkeiten, die es im Gemeinwesen gibt, die Ärmel hochzukrempeln, das ist eine Thematik, bei der gegenwärtig gesellschaftlich etwas aufbricht. Der erwähnte Rupert Graf Strachwitz untersucht diese Phänomene und er kreist immer wieder um einen Begriff, nämlich den der Selbstwirksamkeit. In dem Moment, in dem ich merke, ich tue etwas und bewirke damit etwas, in diesem Moment beginnt es mir Spaß zu machen, in diesem Moment gibt es mir etwas zurück. Ich glaube, da sind wir auch insofern bei europäischen Werten, dass wir nicht als Messlatte für unser persönliches Wohlergehen nur das Bankkonto sehen. Das muss auch irgendwie stimmen, aber seien wir ehrlich, Mitteleuropa ist wohlhabend. Die Flüchtlinge zeigen es uns ja. Sie würden nicht kommen, wenn sie nicht an diesem Wohlstand irgendwie teilhaben wollten. Das heißt, wir haben gewissermaßen zur Selbstbefriedigung noch andere Dinge in uns, die wir lange Zeit vernachlässigt haben. Ein bloßes „Kauf dich glücklich!“ funktioniert da so nicht mehr.

Herr Prof. Breinbauer, Sie haben mit der Erfahrung, die Sie mit Ihrer Tochter gemacht haben, dass Sie statt zum Shoppen nach Nickelsdorf gefahren sind und Essenspakete verteilt haben, das beste Beispiel dafür gegeben. Diese Erfahrung, glaube ich, machen jetzt viele Menschen auf ganz unterschiedlichen Ebenen, einmal im Zusammenhang mit den Flüchtlingen, aber auch sicherlich auf kommunaler Ebene noch in ganz anderen Feldern.



Das ist etwas, was Europa – glaube ich – viel stärker nutzen muss, zu sagen: Das ist unser Wert! Ihr habt die Möglichkeit mitzutun. Das ist sicherlich ein großer Unterschied zu den Gesellschaften, aus denen die Flüchtlinge kommen. Es geht nicht nur um das Wohlergehen der eigenen Familie, sondern es geht um das Wohlergehen eines kleinen Sozialraums, den ich mitgestalten kann. Wenn wir das vernünftig verkaufen, könnten wir als Europa sehr stolz sein.

→ **Tomasz Kycia:**

Es wäre natürlich sehr schön, wenn wir diese Problematik auch als Chance für einen Neustart der Bürgerverantwortung in Europa vermitteln könnten. Zurzeit sehe ich zumindest in meinem Land, in Polen, dass viel Angst herrscht und dass die Medien vieles falsch machen, weil sie den Menschen die Angst nicht nehmen. Natürlich hat es etwas damit zu tun, dass wir auf unseren Wohlstand schauen, den wir nicht abgeben wollen. Aber es gibt jetzt die erste Frage aus dem Publikum. Bitteschön.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Wir sprechen immer von den Politikern. Ich kenne nicht allzu viele Politiker persönlich. Ich kenne einige, und die ich kenne, die sind mir persönlich nicht unsympathisch. Sie haben eine Meinung, mit der ich mich einmal von der Seite und einmal von der anderen Seite durchaus zu-rechtfinde. Was ich sagen und Frau Dr. Boysen fragen will: Es entsteht doch in unseren Köpfen überwiegend das Bild der Politiker, das uns die Medien vermitteln und kein anderes. Wenn ich Fernsehen schaue, dann sehe ich Politiker, wenn ich die Zeitung lese, dann lese ich über Politiker. Wie und woher kommt ein anderes Bild als das aus den Medien? Vor diesem Hintergrund sollten die Medien bewusst damit umgehen und sagen: Wir haben in dieser Demokratie eine Machtposition inne und wir müssen mit dieser Machtposition sehr verantwortungsvoll umgehen. Das ist nicht immer der Fall.

→ **Dr. Jacqueline Boysen:**

Ich glaube, es gibt einen Generationenwechsel bei den Medien. Ich spreche jetzt über bundesrepublikanische Medien und möchte das auch nicht zu sehr ausweiten.

Aber sicherlich fällt von demjenigen, der lange über den Bundeskanzler berichtet, ein klein bisschen des Ruhms und der Gloriole, die der Politiker von sich zeichnet, ab. Und es gibt Menschen, deren persönliche Integrität vielleicht nicht groß genug ist, sich davon zu distanzieren, sondern die sich davon einfangen lassen. Das ist sicherlich ein Risiko des Geschäfts der Politikberichterstattung. Früher war es gang und gäbe, dass man die Redakteure, die zu Korrespondenten werden und die einem Bundeskanzler in der Berichterstattung folgen, nach einer bestimmten Zeit auswechselte, damit immer mal wieder neue Redakteure einen neuen Blick in das Politikgeschehen bringen und die Bindung nicht zu eng werden kann.

Natürlich sind Politiker wie auch Journalisten nur Menschen. Gehen Sie in die Bürgersprechstunden von Politikern. Da wird keiner sagen: Ich will nicht mit den Bürgern reden. Im Gegenteil, Politiker sind auf das Gespräch mit den Bürgern angewiesen. Auch das ist wieder etwas, was am Ende in die Selbstwirksamkeit münden kann, wenn man merkt, derjenige hat von mir etwas gehört und nutzt es. Dadurch werden politische Entscheidungen nicht unbedingt andere, weil der Politiker gemeinwohlorientiert entscheiden muss. Dafür ist er da. Er sollte nicht Einzelinteressen folgen, also nicht käuflich sein.

Aber auch Bürger dürfen sich nicht einbilden, dass wenn sie mit ihren Anliegen irgendwo hin gehen, dann der Politiker sofort sagt: Klasse, super, so machen wir es! Das wird nicht passieren. Aber der Politiker hat Ihre Meinung in dem Töpfchen mit den vielen anderen Meinungen. Das ist etwas, was viele – so glaube ich – unterschätzen. Es hängt eben auch davon ab, ob man irgendwann einmal

Auge in Auge dem Abgeordneten – sei es auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene – gegenüber saß. Das sollte man nicht unterschätzen.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Sie beantworteten meine Frage nur teilweise. Wir haben vorhin gehört, es gibt Staatenlenker und es gibt Politiker. Diese Unterscheidung hat mir gut gefallen. Ich komme bestenfalls zu Politikern durch, und zwar zu Schmalpolitikern und es geht aus meiner Sicht um Schrebergartenprobleme. Diese Probleme meine ich aber nicht. Ich meine das, was die Staatenlenker tun, und an die komme ich nicht heran, und die kenne ich nur aus den Medien.

→ **Tomasz Kycia:**

Natürlich ist es heutzutage schwierig, die Politiker „aus der ersten Reihe“ persönlich zu treffen. Das ist eine Frage an die Politiker hier im Raum: Inwieweit ist es überhaupt noch zeitlich und technisch möglich, wirklich menschen-nah Politik zu betreiben? Ich als Journalist kann nur bestätigen, dass die Medien schon versuchen, zu relativieren. Natürlich gibt es Dinge wie Pressebälle, wo Politiker mit Journalisten in sehr engem Kontakt stehen, wo sie dann merken, der Fluss zwischen Politik und Journalismus ist sehr leicht und vor Vereinnahmung nicht gefeit. Im Großen und Ganzen sehe ich jedoch in den mitteleuropäischen Ländern – um auf das Forum zurückzukommen –, dass die Journalisten versuchen, Politik und Politiker sehr breitfächerig zu zeigen.

→ **Prof. Dr. Andreas Breinbauer:**

Ich glaube, dass das öffentliche Bild von dem, was ein Politiker können soll, vollkommen überzogen ist. Es

gleich dem Bild eines Lehrers vor 30 Jahren oder dem eines Pfarrers vor 100 Jahren. Dieses Anspruchsniveau, das an Politiker gestellt wird, das ist aus meiner Sicht völlig überzogen, und daran haben die Medien mit Schuld. Ich habe mit dem Bürgermeister von Nickelsdorf gesprochen, der gegenwärtig die Flüchtlingssituation managen muss. Es sind so viele externe Einflussfaktoren, bei denen ein Politiker einfach ein Getriebener ist, der keine Zeit mehr zum Reflektieren hat. Im Bereich der Flüchtlingspolitik etwa kann eine Organisation für Menschenrechte sagen: Ja, man muss die Flüchtlinge aufnehmen. Alles andere ist dann nicht ihr Bier. Aber das Ganze so zu organisieren und zusammenzuführen, dass man medial nicht „abgeschossen“ wird, das ist ein absolutes Kunststück, das dann bei den Politikern liegt.

Sie haben die Selbstwirksamkeit erwähnt, ich finde, das ist ein sehr wichtiger Begriff. Ich fürchte nur, dass der mit dem Label EU in keiner Weise in Verbindung steht. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Am Wochenende hatten wir Klassentreffen in Oberösterreich. Dort befindet sich ein wunderbarer, von der EU gesponserter Waldwanderweg. Diese Verbindung zur EU ist dort jedoch niemandem im Bewusstsein. Nur ein Schild weist darauf hin. Joschka Fischer sagte einmal: Es braucht eine brutale Ideologisierung von Kindesbeinen an, dass man diese europäischen Werte wirklich den Kindern – den Babys möchte ich schon fast sagen – eintrichtert. Es sollte nicht diese gespaltene Persönlichkeit entstehen, wie wir sie jetzt oft vorfinden. Die EU, das sind immer die anderen. Wie das EU-Kommissar Hahn hier dargestellt hat, war das ja eine Form von Selbstkritik, wohlwissend, dass er nicht dafür verantwortlich ist.



→ **Tomasz Kycia:**

Vielen Dank. Sie werden es kaum glauben, aber die Zeit vergeht so schnell, dass ich jetzt alle verträsten muss, die noch eine Frage stellen wollten. Man hat mich ausdrücklich gebeten, dass wir pünktlich enden. Ich möchte daher nur ein kurzes Schlusswort sprechen: Lassen wir die Grenzen auch in den Köpfen offen, lassen wir unsere Kinder so oft wie möglich zu unseren Nachbarn fahren, sollen sie sich ineinander verlieben. Wenn dann Ehen geschlossen werden, dann ist dies das Beste, in das wir Mitteleuropäer investieren können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.





Podiumsdiskussion II

Was hält Mitteleuropa zusammen?
Kultur und Sprache als
Quellen der Vielfalt!



*Prof. Dr.
Ireneusz Pawel Karolewski*

Michal Hvorecký

*Gerald Schubert
(Moderation)*

Dr. Stefaniya Ptashynk



→ **Gerald Schubert** (Moderation):

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie hatten eine entspannte Mittagspause mit interessanten und anregenden Gesprächen. Mein Name ist Gerald Schubert, ich bin Außenpolitikredakteur der Österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ und ich habe nun die Freude, das zweite Panel des heutigen Tages zu moderieren.

Die Fragestellung – das klang schon am Vormittag an – ist eine sehr interessante, die sich in gewisser Weise von der Fragestellung des Vormittags abhebt. Oh, die Fragestellung ist sogar dieselbe. Die Fragestellung lautet: Was hält Mitteleuropa zusammen? Aber das Antwortangebot

ist ein anderes. Am Vormittag haben wir darüber gesprochen, welche Rolle dabei Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur spielen. Jetzt wollen wir darüber sprechen, welche Rolle die Kultur und die Sprache als Quellen der Vielfalt spielen. Wir werden versuchen, uns an dieses Thema zu halten, aber natürlich schließen wir nicht aus – und planen sogar –, Ausflüge in die aktuelle Situation zu unternehmen. Ich glaube, es gibt einige aktuelle Aspekte, gerade im Zusammenhang mit Kultur und Sprache, die wichtig sind.

Ich darf Ihnen zunächst die Teilnehmer der Diskussion vorstellen. Ich beginne mit der Dame zu meiner Linken,



Dr. Vedran Džihic



das ist Frau Dr. Stefaniya Ptashynk. Sie ist Sprachwissenschaftlerin und stammt aus Lemberg in der Ukraine. Sie arbeitet an der Forschungsstelle Deutsches Rechtswörterbuch an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Lexikologie, Phraseologie, Soziolinguistik. Sie hat jüngst mehrere Monate lang in Wien gearbeitet, am Internationalen Forschungszentrum für Kulturwissenschaften, und zwar an einer Studie über die multilinguale Stadt Lemberg in den Jahren 1884 bis 1918. Neben ihr sitzt Herr Dr. Vedran Džihic, er ist Politikwissenschaftler, stammt aus Bosnien und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter im österreichischen Institut für Internationale Politik. Seine For-

schungsschwerpunkte sind Demokratietheorie, europäische Integration und Konfliktforschung. Sein regionaler Schwerpunkt ist Ost- und Südosteuropa. Zu meiner Rechten sitzt Michal Hvorecký, er ist slowakischer Schriftsteller und lebt in Bratislava. Er hat bisher drei Romane und mehrere Erzählbände bzw. Essays veröffentlicht und schreibt regelmäßig für verschiedene Zeitschriften und Zeitungen. Abgesehen von seiner schriftstellerischen und journalistischen Tätigkeit ist er als Kulturvermittler aktiv, da er auch für das Goethe-Institut in Bratislava arbeitet. Last but not least haben wir mit Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski einen polnischen Politikwissenschaftler zugegen, der in Potsdam studiert hat. Seine Habilitationsschrift hat er über das Thema „Staatsbürgerschaft und kollektive Identitäten in Europa“ verfasst, was für unsere Diskussion sicher sehr befruchtend sein wird. Er ist Professor für Politikwissenschaft am Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Breslau.

Ich würde gern mit Stefaniya Ptashynk beginnen. Unser Thema lautet: „Kultur und Sprache als Quellen der Vielfalt“. Es ist zunächst einmal evident, dass Kultur und Sprache in dem sehr heterogenen mitteleuropäischen Raum auch Quellen der Vielfalt sein können. Dennoch suchen wir aber immer nach mitteleuropäischen Gemeinsamkeiten. Kann also Vielfalt etwas sein, das Mitteleuropa zusammenhält? Wie haben Sie das erlebt, z. B. bei Ihren Forschungen in Lemberg, was die kulturelle und die sprachliche Vielfalt in Ihrer Heimat betrifft?

→ **Dr. Stefaniya Ptashynk:**

Vielen Dank für die Einladung und für die freundliche Vor-

stellung. Bevor ich auf diese Frage eingehe, möchte ich noch eine Impression mit Ihnen teilen. Am Vormittag habe ich verstanden, ich bin Mitteleuropa in Person. Herr Hahn erwähnte in seiner Ansprache diese Zentrum-Europa-Zeichen. Eines steht in Litauen, aber ein weiteres – historisches – steht nur 200 Kilometer von meiner Heimatstadt Lemberg entfernt. Inzwischen hat es mich von diesem geografischen Zentrum Europas nach Heidelberg verschlagen. Heidelberg wiederum liegt nicht weit weg vom Landkreis Aschaffenburg, in dem das erwähnte geografische Zentrum der Europäischen Union liegt. Also zentraler geht es nicht.

Aber das ist jetzt nicht das Thema, worüber wir diskutieren wollen. Ich greife daher das Stichwort „Vielfalt und Zusammenhalt“ auf. Wenn man das aus der sprachlichen Perspektive zu betrachten versucht, dann ist wahrscheinlich das erste Beispiel, das uns dazu einfällt, der Turm zu Babel und die babylonische Sprachverwirrung. Kann denn sprachliche Vielfalt überhaupt zusammenhalten? Also das ist ja in Babel gerade das Hindernis für ein großes Projekt. Diese Sprachenvielfalt macht ein großes Projekt auf einmal unmöglich. Nach dem Verlust des gemeinsamen Kommunikationsmittels hat man eben die Situation, dass ein Weiterbauen nicht möglich ist, ohne dass man sich irgendwie verständigen kann, ohne dass man irgendeinen gemeinsamen Nenner finden oder irgendein gemeinsames Kommunikationsmittel finden kann. Dabei stellt sich die Frage: Was macht man in einer solchen Situation? Wie schafft man den Zusammenhalt?

Hier denke ich, können wir einiges aus der Forschung über die Geschichte lernen. Sie haben mich auf mein Pro-

jekt angesprochen. Es geht darin um die Mehrsprachigkeit in der Habsburger Monarchie, speziell am Beispiel von Lemberg. Das ist eine Stadt, die gerade im 19. Jahrhundert 30 Prozent jüdische Bevölkerung hatte, mit Jiddisch als nicht anerkannte Sprache. Über 50 Prozent der Einwohner Lembergs waren Polen und haben zu Hause polnisch gesprochen. Ukrainer machten etwa 15 Prozent



aus. Wir hatten da aber auch noch das Armenische, das Altkirchenslawische im Schriftverkehr, das Lateinische sowohl im Bildungsbereich als auch im amtlichen Bereich usw. Diese Vielfalt existierte dort lange Zeit miteinander, diese Koexistenz bestand über Jahrhunderte hinweg. Erst im 19. Jahrhundert wurde sie auf einmal zum explosiven Konfliktpotenzial. Nichts änderte sich dabei

an der Situation der Sprachen, aber es änderte sich etwas an der Ideologie, an der Einstellung. Die Herderschen Ideen wurden auf einmal aktuell, die nationalen Vorstellungen wurden anders gewertet und die Sprache verwandelte sich plötzlich in ein gewichtiges Identitätssymbol. Man grenzte sich nicht nach den sozialen Kriterien ab. Auf einmal grenzte man sich anhand dieser ethnischen Kriterien ab. Das war eine Situation, mit der die Verwaltung und die Regierung erst einmal umzugehen lernen musste. Es galt, diese Vielfalt zu meistern, den Umgang miteinander möglichst konfliktfrei zu gestalten.

Aus der Sicht der Historiker hören wir immer wieder die Einschätzung, die Habsburger Monarchie sei zusammengebrochen, weil sie mit ihrer inneren Vielfalt nicht zu Recht gekommen sei. Allerdings, wenn man es sich genauer anschaut, dann war gerade die Gesetzgebung, die Sprachenpolitik, gar nicht so schlecht. Ich erinnere beispielsweise an das Staatsgrundgesetz von 1867. In Art. 19 wurde dort ganz klar definiert: Jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf die Wahrung und Pflege der eigenen Nationalität und der eigenen Sprache. An sich klingt das wunderbar, auf einmal sind alle gleichberechtigt, man hat die Möglichkeit, sich zu entfalten. Dieses Gesetz hatte in gewisser Hinsicht einen Vorbildcharakter. Wie sah es jedoch mit der Auslegung und der Umsetzung dieser politischen Regelung aus? Was verstand man zum Beispiel im 19. Jahrhundert unter einem Volksstamm? Das finden Sie in keinem Gesetzestext. Warum wurde etwa das Jiddische nicht als Sprache anerkannt? Also es wären wiederum weitere politische Entscheidungen nötig gewesen, die aber gefehlt haben, um tatsächlich diese friedliche Koexistenz auch annähernd zu gewährleis-

ten. In der Umsetzung wurde die Verantwortung einfach auf diverse Ebenen weitergeleitet, und keiner war schließlich zuständig. Gerichtsprozesse haben wir ohne Ende im ausgehenden 19. Jahrhundert. Das zeigt, dass diese Vielfalt eine ganz starke Herausforderung darstellte. Diese Herausforderung kann man nicht ohne weiteres meistern. Sie löst sich eben nicht einfach auf dem natürlichen Wege auf, sondern da muss man tatsächlich mit politischen Mitteln eingreifen.

Wir sind heutzutage im 21. Jahrhundert angekommen, wir sind nicht mehr im 19. Jahrhundert verhaftet – zumindest wünschen wir uns manchmal, dass es nicht mehr so wäre. Aber ich denke, zwei wichtige Einsichten haben wir gewonnen. Dass man die Vielfalt der Sprache nicht nur als ein Problem ansieht, sondern sie tatsächlich auch als Bereicherung wertet, diese Erkenntnis ist auf vielen Ebenen da. Was man inzwischen ebenfalls erkannt hat: Im Prinzip ist jeder von uns irgendwie mehrsprachig. Denken Sie auch an sich selbst. Sie sind vielleicht mit einem Dialekt aufgewachsen, dann haben Sie dazu das Hochdeutsche gelernt, in Ihren jungen Jahren haben Sie ferner Jugendjargons gebraucht, um sich von den Erwachsenen abzusetzen. Im Prinzip leben wir als mehrsprachige Wesen, selbst wenn wir keine Fremdsprachen beherrschen. Die Fähigkeit, mit mehreren Sprachen umzugehen und sie gezielt einzusetzen, die haben wir. Man muss diese Fähigkeit nur auf andere Sprachen ausweiten.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Herr Prof. Karolewski, was bedeutet denn die sprachliche Vielfalt für die kulturelle Vielfalt? Einer Ihrer Forschungsschwerpunkte sind kollektiven

Identitäten in Europa. Laufen diese kollektiven Identitäten in Europa entlang der Sprachgrenzen oder gibt es da nicht noch andere Kriterien, die vielleicht viel wichtiger sind?

→ **Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:**

Also Sprache und Vielfalt sind natürlich ein Teil der Politik. Sprache wird als solche relevant, wenn sie politisch wird. Die Frage, ob wir mehrere Sprachen sprechen oder ob die Sprachen vertreten sind, ist zweitrangig im Alltag. Sie wird interessant, wenn sie politisch bearbeitet wird, also Sprachenpolitik wird. Das können wir an der Europäischen Union mit ihren Arbeitssprachen sehen. Aber Sprachen werden oft auch zu einer Ressource der sogenannten „soft power“ der einzelnen Länder. Größere Länder oder Länder, die ihre Kultur attraktiv im Ausland machen wollen, bedienen sich der Sprache und benutzen Sprachkurse und spezifische Sprachpolitik, um eben diese „soft power“ nach außen zu projizieren. Das macht Deutschland so, das macht Polen so, das macht Spanien so.

Das heißt, Sprache ist wichtig für nationale Identitäten. Man kann auch argumentieren, dass sie die Grundlage der Nation ist, das muss aber nicht sein. Das sehen wir zum Beispiel in der Ukraine. Da ist die neue ukrainische Identität nicht gleichbedeutend mit der ukrainischen Sprache. Angeblich spricht der ukrainische Präsident russisch mit seiner Frau. Das heißt, die nationalen oder die politischen Identitäten müssen nicht entlang der sprachlichen Grenzen gebildet werden. Aber die Sprache kann mobilisiert werden als eine politische Ressource. In der Europäischen Union ist es nicht der Fall, weil wir zu viele Sprachen haben. Einerseits agiert die EU als eine

vielfältige Sprachengemeinschaft, in der an sich jede Landessprache anerkannt ist. Es gibt offizielle Unterlagen in jeder Sprache. Die Bürger können in ihrer Muttersprache Petitionen an das Europäische Parlament richten und erhalten eine Antwort in ihrer Sprache. Andererseits versucht die EU, eine kollektive Identität zu bilden oder zu stabilisieren. Es gab mehrere Projekte, die sich damit befasst haben. Es gab etwa den Verfassungskonvent 2003/2004, bei dem man versucht hat, eine europäische politische Identität zu finden, zu entwickeln und eine europäische Verfassung ins Leben zu rufen. Was für einige Beobachter gescheitert ist, war für andere ein Erfolg, weil es im Grunde genommen später als Lissabonner Vertrag verabschiedet worden ist. Das ist dann die Frage, wie man es betrachtet.

Es gibt Länder, die sehr wohl mit Sprachenpluralismus ihre eigene Identität schmieden können. Die Schweiz ist hierfür ein sehr gutes Beispiel. Es gibt aber auch Länder wie Belgien, wo das nicht klappt, in denen die Sprachenvielfalt ein Merkmal der sich trennenden oder sich ausdifferenzierten Identität werden kann. Das ist eine empirische Frage, und es ist eine Frage der politischen Praxis, was wir damit machen.

→ **Gerald Schubert:**

Vielleicht kurz noch eine Frage an Sie als Politikwissenschaftler, wenn Sie schon die politische Praxis ansprechen. Nach den vielen Diskussionen über europäische Identität, über mitteleuropäische Identität, da könnte man doch auf den ketzerischen Gedanken kommen, dass das vielleicht gar nicht so wichtig ist. Vielleicht ist es mehr die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsraums in

der Europäischen Union, das Schaffen von gemeinsamen Regeln, das Durchsetzen der Grundfreiheiten, was wirklich wichtig ist. Wie würden Sie das gewichten? Wie wichtig ist die Schaffung eines Regelwerks? Wie wichtig ist dessen Einhaltung einerseits und wie wichtig ist die kulturelle Identität andererseits?

→ **Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:**

Viele glauben, dass man europäische Identität auf Mobilitätsrechten gründen kann. Das, was man eigentlich in der Europäischen Union versucht hat zu machen, dass es



nicht nur um Wirtschaftswachstum geht, sondern eben um Mobilitätsrechte, um Bewegungsfreiheit. Wir können uns in jedem Land der Europäischen Union niederlassen – mit Beschränkungen natürlich. Wir wissen heute, dass es nicht so einfach ist, weil letzten Endes die Frage der Substanz der europäischen Identität, ob es Recht ist, ob es Freiheit ist oder Mobilität, sich nur in der Krise beweisen kann. Identitäten werden als solche wahrgenommen und bestehen die Prüfung als Identitäten, wenn sie gestärkt aus einer Krise herauskommen. Momentan sind wir nicht nur in einer Krise, sondern in drei Krisen. Die Währungs- und Finanzkrise ist noch nicht vorbei, die Flüchtlingskrise ist aktuell und die außenpolitische Krise, die Fähigkeit der EU, mit außenpolitischen Herausforderungen klarzukommen, offenbart sich. Das heißt, es wird sich in den nächsten fünf Jahren zeigen, ob die Europäische Union fähig ist, diese Krisen zu bewältigen und ob die EU-Länder daraus gemeinsam hervortreten. Es gibt gute Gründe zu glauben, dass es nicht der Fall sein wird. Und ich höre von Kollegen, die Juristen sind, dass die EU momentan ihre institutionelle Identität im Grunde genommen verletzt. Es gibt gegenwärtig keine Vertragsverletzungsverfahren in der EU in Bezug auf die Verletzung des Schengen-Regimes oder anderer Verträge. Wir befinden uns in einer Zwischenzeit, und wir werden erst in ein paar Jahren – in fünf oder zehn Jahren – sehen, was aus der EU geworden ist.

→ **Gerald Schubert:**

Herr Dr. Vedran Dzihic, vor mehr als 20 Jahren haben in Europa die Balkankriege gewütet. Jetzt, anlässlich der aktuellen Flüchtlingskrise, gibt es da wieder Verwerfungen. Aber kommen wir zunächst auf die Geschichte zu

sprechen und erst danach auf die aktuellen Bruchlinien. Wenn Sie zurücksehen auf den Krieg im Balkan: Welche Rolle haben da Sprache und Kultur gespielt? Ich glaube, vielen Westeuropäern ist es bis heute ein Rätsel, wie ein solcher Zündstoff entstehen konnte, bei doch eigentlich sehr großer sprachlicher Nähe und vermutlich auch kultureller Nähe. Vielleicht können Sie das ein bisschen ausführen, wie sich das in Ihrer Erinnerung heute darstellt, 20 Jahre später.

→ Dr. Vedran Džihic:

Danke, das ist eine spannende Frage. Ich muss mich zuerst outen als ein unbewusster postjugoslawischer Mehrsprachler: Ich bin mit einem Schlag – und da komme ich in die Geschichte hinein – zu Beginn der 1990er Jahre jemand geworden, der perfekt und muttersprachlich serbisch, kroatisch und bosnisch sprach, zudem das Montenegrinisch lernte, mazedonisch und slowenisch ganz gut beherrschte und dann noch Fremdsprachen entwickelte. Das war ganz interessant, weil mir das eben nicht bewusst war. Und heute in meiner Ehegemeinschaft – ich bin mit einer serbischen Staatsbürgerin verheiratet, die mit mir serbisch spricht, obgleich ich bosnisch rede – funktioniert es interessanterweise ganz gut.

Sprache und Kultur sind also dehnbare Begriffe, wie man aus dieser persönlichen Skizze sehen kann. Am Balkan wurden sie in den 1990er Jahren zum Politikum. In dem Moment, in dem sie zum Politikum wurden, waren sie an sich sehr diffus gezeichnet. Schließlich war die Sprachenpolitik des jugoslawischen Staates eine konstruierte Sprachenpolitik gewesen, wie auch die Kulturpolitik des Sozialismus mit dem Titel „Brüderlichkeit und Einheit“



auf die künstliche Erzeugung einer Identität gesetzt hat. Aus dieser Künstlichkeit erstand etwas Diffuses, das die Politik dann zu Beginn der 1990er Jahre sehr gut instrumentalisieren konnte. Und ich kann mich gut daran erinnern, wie später, als die Kriege vorbei waren, in Kroatien ein guter, interessanter serbischer Film auf einmal mit kroatischen Untertiteln ausgestrahlt wurde. In der 30. Minute des Films konnte man jedoch sehen, dass dem Übersetzer die Kraft ausgegangen war und er ganz einfach das, was gesagt wurde, ganz normal weiter betitelt. Jenseits dieser anekdotischen Dinge hatte diese politische Verarbeitung von Sprache, von Kultur, von Grenzen und von Geschichte natürlich tragische Folgen. So wurde etwa Geschichte am Balkan zum Selbstbedienungsladen, wo man sich ohne Rücksicht auf Verluste herauspickte, was man begehrte. Das kann man übrigens im

Jahr 2015 in einigen mitteleuropäischen Staaten noch immer beobachten.

Die damalige Zerstörung des jugoslawischen Staates mit etwa 130.000 bis 140.000 Toten und mit einer Fluchtbewegung von zwei bis drei Millionen Menschen war eine wichtige Zäsur für Europa. Heute, im Jahr 2015, sind die Konflikthaftigkeit und das Unvermögen Europas im Umgang mit bestimmten Dingen noch immer sehr sichtbar. Wenn wir jetzt über Vielfalt und Sprache diskutieren, glaube ich, dann müssen wir uns auch des Augenblicks bewusst werden. Das heißt, im Jahr 2015 stehen wir tatsächlich wieder vor der Frage nach der Zukunftsexistenz nicht nur der mitteleuropäischen Idee, sondern auch des europäischen Gedankens insgesamt. Das heißt, da bricht gegenwärtig so vieles auseinander. Schauen Sie sich nur die auf der Ebene der Sprache ausgetragenen Konflikte der letzten Tage an, wenn etwa Zoran Milanović, der kroatische Premierminister, den ungarischen Premierminister Viktor Orbán beschimpft. Dieser beschimpft wiederum den österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann. Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić schenkt ihm nichts und schenkt seinerseits dem kroatischen Premierminister eins ein. Und Robert Fico treibt in der Slowakei sein populistisches Spielchen. Das heißt, es bricht momentan vieles auseinander und die zentrale Frage ist, wie man das künftig wieder kitten kann. Ich glaube, das ist etwas, was uns beschäftigen muss. Wenn hier in den nächsten Wochen und Monaten nicht eine Bewegung zustande kommt, die positiv ist, glaube ich, sind wir im Begriff, Mitteleuropa und Europa zu verlieren. Später werden wir, wenn viel Porzellan zer schlagen worden ist, nur sehr schwer zurückkehren kön-

nen. Das, was wir heute erleben, ist nicht gut. Deswegen bin ich sehr dramatisch, weil ich das spüre, als ein Bosnier der ins Burgenland kam, der in der deutschen Sprache eine zweite Muttersprache gefunden hat, der auch in den USA gelebt hat, der aber dieses Europa liebt und in diesem Mitteleuropa leben will. Das ist die Dramatik des Moments aus meiner Sicht.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Michal Hvorecký, die Slowakei ist eines der Länder, das offensichtlich Angst hat vor den Ängsten in der eigenen Bevölkerung und sich nicht traut, über den Tellerrand hinauszusehen. Wie siehst du das? Wie siehst du zudem die Vielfalt innerhalb der Slowakei? Deine Romane spielen sehr häufig mit diesem Topos der Vielfalt, mit dem Aufeinanderprallen von kulturellen Welten. Wie begreifst du dieses Aufeinanderprallen der Kultur für dich? Und wie schwierig ist es für deine Landsleute, für die Slowaken, mit fremden Kulturen etwas anzufangen, weil sie vielleicht nicht daran gewöhnt sind?

→ **Michal Hvorecký:**

Vielen Dank, vielen Dank auch für die Einladung. Zusammengefasst würde ich sagen, die Slowakei ist wieder einmal ganz spannend zum Schreiben und sehr schwierig zum Leben. Es ist sehr inspirierend, dort zu sein und das alles zu beobachten, aber es kann als Bürger, als Mitmensch auch sehr deprimierend und traumatisierend sein, sich damit auseinanderzusetzen. Es ist ein täglicher Kampf. Es ist, glaube ich, auch eine Generationenfrage. Viele meiner Altersgenossen überlegen: Bleiben wir in diesem Land? Wollen wir da weiterleben? Wollen wir weiter kämpfen, auch wenn wir sehen, dass es fast

nichts oder nur sehr wenig bringt? Ich bin davon überzeugt, dass man nicht deprimiert sein soll, sondern kämpfen muss. Deswegen haben wir zum Beispiel auch diesen Appell für Menschlichkeit geschrieben und 12.000 Unterschriften in der ganzen Slowakei gesammelt. Im Vergleich zu den Millionen, die gegen Flüchtlinge sind, ist es nicht viel. Aber es ist ein Zeichen, dass es auch andere Meinungen gibt.

Ich schäme mich zutiefst für die slowakische Politik. Ich schäme mich zutiefst dafür, dass 95 Prozent unserer Abgeordneten vor kurzem für eine Null-Prozent-Quote für die Slowakei gestimmt haben, dass das Land mehrheitlich alle Immigranten ablehnt, dass Nationalismus und Populismus wieder so heftig zutage treten. Die Politik missbraucht die öffentliche Stimmung für ihre Ergebnisse bei der Wahl im Frühjahr 2016. Damit kann man viele Stimmen gewinnen. Es gibt in der Politik leider sehr wenig Mut und Kraft, um auch unpopuläre Entscheidungen und Äußerungen zu tätigen. In diesem Sinne ist dieser neue Konformismus eine große Enttäuschung für mich.

Wir waren bislang nicht bereit, eine offene Zivilgesellschaft zu kreieren. Heute Vormittag hat es viele überrascht, dass der Wirtschaftserfolg keine positive Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Slowakei nach sich zieht. Da sind wir klar gescheitert, das muss man zugeben. Man hat das einfach unglaublich unterschätzt. Man hat uns in den letzten 25 Jahren immer wieder belogen, uns wurde erzählt, Kultur und Bildung müssten abwarten. Erst werden wir reich, dann wird alles besser, dann kommt alles automatisch. Selbstverständlich wird die Demokratie dann populärer, auch die Zivilgesellschaft. Aber das

funktioniert eben nur ein Stück weit. Ich glaube, das ist ein Fehler aller Bürger in der Slowakei. Ich fühle mich wieder wie am Anfang der 1990er Jahre, als die Slowakei in der Krise steckte und nicht weit von einem Bürgerkrieg entfernt war. Der damalige Premierminister Vladimír Mečiar war ein großer Anhänger von Slobodan Milošević und seiner Methoden. In dem Sinne war der EU-Beitritt der Slowakei ein Riesenerfolg. Aber das alles nehmen wir heute als etwas Selbstverständliches hin. Wir kämpfen überhaupt nicht um die Weiterentwicklung dessen. Wir haben uns in der Konsumgesellschaft eingerichtet, es uns in ihr bequem und angenehm gemacht. Aber hinter diesem Hyper-Konsum und dieser neuen Art, wie die Gesellschaft funktioniert, verstecken sich ganz alte Ängste.

Man hat sich mit der eigenen Vergangenheit überhaupt nicht auseinandergesetzt. Man spricht nicht über die Rol-



le des Landes in unterschiedlichen totalitären Systemen. Stattdessen inszeniert man sich als Opfer. Das ist in vielen osteuropäischen Ländern der Fall. Jetzt in der Flüchtlingskrise führt es zu völlig absurden Situationen. Etwa wenn die Slowaken fordern, die ganze Hilfe solle an sie gehen, nicht an die Flüchtlinge. Wir brauchen viel mehr Geld. Wir wollen noch mehr Produkte haben. Die Fremden verdienen es nicht, wir sind die Ärmsten hier. Man inszeniert sich als Opfer dieser Situation und nicht als Mittäter. Und da stellt sich die Frage: Wie soll Europa auf diese Tendenzen reagieren? Es ist ehrlich gesagt schade, dass ich so etwas sagen muss, aber ich freue mich, dass endlich auch im Europaparlament davon gesprochen wird, dass unsere sogenannte Sozialdemokratie, die überhaupt nicht sozialdemokratisch ist, dass diese Sozialdemokratie aus der Fraktion der Sozialisten ausgeschlossen werden soll.

→ **Gerald Schubert:**

Das war sie schon einmal. Sie wurde dann aber wieder aufgenommen.

→ **Michal Hvorecký:**

Genau, das war schon einmal so, als sie 2006 eine Koalition mit den extremen Nationalisten geschlossen hat. Inzwischen gibt es wieder Aussagen in diese Richtung. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass das bei uns zu Hause sehr wenig ändert. Im Gegenteil, man fühlt sich bestärkt. Schau, wir sind doch anders, wir sind doch sehr eigenständig. Wir stehen nicht unter dem Druck von Europa. Wir machen alles selbstständig. In dem Sinne ist es schon sehr schwierig. Aber ich glaube, man sollte sich damit auseinandersetzen und neue Wege aufzeigen.

Man sollte die Menschen ermutigen und ihnen erklären, wir haben kein Problem mit der Migration, wir haben hingegen ein riesiges Problem mit der Emigration. Es ist grotesk, dass zehntausende Slowaken das Land verlassen, weil sie für sich keine Perspektive sehen, währenddessen sich die Regierung über die Flüchtlingskrise freut. Verdeckt diese doch sehr gut die eigene Korruption und die Emigration der eigenen Bevölkerung.

→ **Gerald Schubert:**

In meinem Bemühen, die Länder Mittel- und Osteuropas zu verstehen, kommt es mir manchmal so vor, als greife es zu kurz, wenn man die Abschottung und den Nationalismus, der hier und da zu beobachten ist, nur auf die Zeit der kommunistischen Diktatur und auf die schwierige Nachwendezeit abzuwälzen versucht. Es kommt mir so vor, als lägen die Wurzeln dieser Phänomene tiefer in der Geschichte, etwa in der aufstrebenden Nationalbewegung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dieses „Los von Habsburg“, ist das etwas, was du auch als mögliche Ursache für ein starkes Nationalbewusstsein anerkennen würdest?

→ **Michal Hvorecký:**

Ich glaube schon. Geschichte an sich spielt da eine sehr wichtige Rolle. Wir haben in der Slowakei wie in vielen anderen kleineren osteuropäischen Ländern damit zu kämpfen, dass man in den letzten Jahren intensiver die eigene Geschichte mythologisiert. In der Slowakei ist oft die Rede von den sogenannten „alten Slowaken“ oder sogar von den „alten Slowenen“. Man behauptet, wir hatten schon einen eigenen Staat im 9. Jahrhundert. Es gibt sogar Akademiker, die das auf pseudowissenschaft-

lichen Konferenzen bestätigen, die derlei Erfindungen und Lügen publizieren und behauptet, sie seien wahr. Der Premierminister macht da mit. Ich glaube, da spielen viele Minderwertigkeitskomplexe eine Rolle. Man denkt: Wir sind nur 4,5 Millionen, deshalb müssen wir uns jetzt behaupten, müssen wir uns selbst inszenieren, müssen wir zeigen, dass wir wichtiger und älter sind als andere. Man muss nicht so tief ins 19. Jahrhundert zurückgehen. Man kann einfach daran denken, wie sich die Slowakei zum Beispiel mit dem slowakischen Faschismus im Zweiten Weltkrieg nicht auseinandergesetzt hat. Das Land hat sich in der kommunistischen Zeit als antifaschistische Nation stilisiert, und das wurde danach automatisch übernommen. Das ist nicht nur in meinem Land der Fall.

In jeder Hinsicht ist dies aber etwas, bei dem uns noch sehr viel Arbeit erwartet. Diese Arbeit muss endlich starten, weil es sonst dazu kommt, dass die geschlossenen Gesellschaften nicht bereit sind, irgendetwas Fremdes anzunehmen und zu integrieren. In jedem Ort, in dem der Staat oder die Gemeinde ein Heim für die Flüchtlinge bauen will, lehnen 95 Prozent der Menschen dies am nächsten Tag in einer Volksabstimmung ab. Man sagt, das ist die Demokratie, wir dürfen nicht gegen den Willen der Menschen sein, also entsteht kein Heim. So wird die Demokratie missbraucht, die Politik versagt an ihren Entscheidungsmöglichkeiten. Die direkte Demokratie wird in vielen osteuropäischen Ländern für xenophobe Wahrnehmungen der Welt missbraucht. Ich bin sehr gespannt, wie das weitergeht, weil es in der Slowakei noch sechs Monate bis zur Wahl sind. Bis dahin spitzt sich die Lage sicherlich weiter zu. Ich bekomme eine Gänsehaut, wenn ich an die nähere Zukunft denke.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Herr Karolewski, ich sehe, Sie haben sich einige Notizen gemacht, vielleicht wollen Sie gleich an die Vorredner anschließen. Ich habe auch noch eine Frage. Manchmal kommt mir der Gedanke, dass die Europäische Union auf externe Krisen relativ schlecht vorbereitet ist, weil, und das ist das Schöne an der EU, weil sie es nicht gewohnt ist, gegen jemanden zu agieren. Die Europäische Union ist wohl auch deshalb in der Geschichte ein einzigartiges Projekt, weil sie nicht gegen jemand anderen gegründet wurde, sondern eigentlich gegen die eigene Vergangenheit, dagegen, was europäische Länder einander angetan haben. Ist das vielleicht ein Grund, warum es die EU jetzt so auf dem falschen Fuß erwischt hat, weil das gar nicht ihre Denkweise ist, sich gegen jemanden abzuschotten?

→ **Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:**

Ich möchte noch einmal betonen, dass es im Grunde genommen egal ist, wie die Identität gebildet wird – sei es die Sprache, die Wirtschaftslage, politische Schwäche, Migration oder etwas anderes. Denn es wird auch viel konstruiert. Die Frage ist lediglich, wie überzeugend man das macht. Es gibt das bekannte Konzept von Sigmund Freud, den „Narzissmus der kleinen Differenzen“, den man natürlich auch konstruieren kann. Die Gemeinsamkeiten oder Unterschiede müssen nicht immer groß oder klein sein, damit wir zueinanderfinden oder auseinandergehen. Oft werden diese jedoch politisch konstruiert. Man kann eine identische Sprache zu zwei Sprachen erklären, man kann eine gemeinsame Identität – wie in Europa – auch zu einer erklären. Aber ob diese Identität in Europa Unterstützung findet, ist dann eine ganz andere



Frage. Denn Europa hat zuvor schon eigene Mythen entwickelt, den Mythos des Friedensprojekts, des Wirtschaftswachstums, des christlichen Europas, was empirisch offenbar nicht stimmt. Egal welche Mythen und Projekte entwickelt werden, entscheidend bleibt, wie viele Leute diese unterstützen und wie viele Leute sich dafür mobilisieren lassen.

Für die EU war die Frage des anderen durchaus wichtig. Sie war es nie offiziell, aber die EU hat sich zu einem politischen und wirtschaftlichen Gegenprojekt entwickelt. Und das war ein Gegenprojekt zur Sowjetunion. Es gibt auch Thesen, die besagen, dass es mit der Europäischen Union als politischem und wirtschaftlichem Raum problemlos funktioniert hat, solange es ein Gegenprojekt ge-

geben hat. Das ist eine These, die wir nicht so einfach beweisen können. Ich glaube allerdings, dass das Hauptproblem der heutigen EU darin besteht, dass ihre meisten Krisen asymmetrisch sind, das heißt, sie betreffen die Mitglieder der EU auf unterschiedlichste Art und Weise. Das war schon mit der Finanz- und Währungskrise so, von der einige Länder verschont geblieben sind, wie etwa Polen. Polen war kein Mitglied der Eurozone und hatte ordentliche Staatsfinanzen. Es war weder 2008 noch 2014 in der Krise. Andere EU-Länder von Irland bis Griechenland haben das anders erlebt. Auch die Ukraine-Krise ist asymmetrisch. Es gibt Länder, etwa Irland oder Großbritannien, die davon gar nicht betroffen sind. Und es gibt Länder, die das natürlich im Kontext der eigenen geostrategischen oder sicherheitspolitischen Interessen sehr ernst wahrnehmen, wie eben Polen. Zudem gibt es Länder, auch in Mitteleuropa, für die das eher nur wirtschaftliche Dimensionen hat, Beispiele sind Österreich, die Slowakei oder Ungarn. Die Herausforderungen für die EU insgesamt wie für ihre Teile sind halt asymmetrisch. Die Frage lautet daher, wie man mit dieser Asymmetrie zurechtkommt. Man kann nicht davon ausgehen, dass es natürliche Gemeinsamkeiten oder Interessen gibt. Die müssen politisch bearbeitet werden. Dafür braucht man wiederum Gremien, die das politisch bearbeiten und die helfen, die Probleme zu lösen.

→ **Gerald Schubert:**

Frau Ptashynk, es ist jetzt schon mehrfach das Wort „Ukraine-Krise“ gefallen. Vielleicht versuchen wir anhand dieses Beispiels, bei unserem Thema zu bleiben und über die Rolle der Sprache zu sprechen. Welche Rolle spielt denn die Sprache in dem russisch-ukrainischen

Konflikt nun wirklich? Wie weit sind die kulturelle und die sprachliche Grenze voneinander entfernt?

→ **Dr. Stefaniya Ptashynk:**

Das ist ein sehr komplexes Thema, ich will versuchen, mich kurz zu halten. Erst seit 1991 ist die Ukraine in den Grenzen, wie wir sie kennen, überhaupt denkbar und beschreibbar. Die Halbinsel Krim kam 1954 dazu, die West- und Ostukraine gehören seit 1939 zusammen, 1918 war ein Schnittjahr in der Ausbildung der geografischen Grenzen. Das heißt, alle diese Teile haben unterschiedliche Vorgeschichten. Die einen hängen stärker mit der Kosakenrepublik zusammen, die anderen Teile gehen stärker auf die Identität der Kiewer Rus zurück, dann ist da die Zugehörigkeit zum polnisch-litauischen Reich, es gibt Habsburger Einflüsse und nicht zuletzt den Zusammenhang mit dem russischen Imperium. All das sind Faktoren, die natürlich nicht nur die Sprache prägen, sondern die ausschlaggebend sind für so etwas wie Identität. Inwiefern fühlt man sich einem Staat zugehörig? Was bedingt das alles? Seit wann gibt es das alles? Sie sehen, wie schwierig dies zu fassen ist, da es von Region zu Region sehr unterschiedlich ausfällt.

Seit 1991 existiert der unabhängige Staat Ukraine. Alle separatistischen Tendenzen, die es wohlgerne schon in den 1990er Jahren gab, vor allem in Galizien, die haben sich nicht durchgesetzt. Das waren eher Gespräche bei Wein und Bier. Also ist es mit der Frage der Identität abermals schwierig. Stärker aus meiner galizischen Perspektive heraus kann ich sagen, man fühlt schon eine enorme Verbundenheit zu Polen. Obwohl meine Großeltern wegen der auf die Massaker von Wolhynien folgen-

den Massaker gegen Ukrainer geflüchtet sind, bin ich überhaupt nicht mit diesem Hass groß geworden. Ganz im Gegenteil, für mich war das Polnische ein wichtiger Kanal für die Wahrnehmung von Kultur, die in der sowjetischen Kultur verboten war. Das war so etwas wie Rockmusik oder Tendenzen zur modernen Szene. Viele literarische und philosophische Werke hat man durch die polnische Sprache wahrgenommen. Es war schon ein wichtiger Faktor, der diese Zusammengehörigkeit stützte. Trotz der schwierigen Vergangenheit hat man vielleicht mit jemandem aus der Ostukraine viel weniger gemeinsam gefühlt und gemacht. Diese Diskurse mussten in der weiteren Masse erst entstehen und sich etablieren. Majdan hat jetzt ganz stark gezeigt, dass dieser Zusammenhalt da ist. Das kann man nicht leugnen. Charkow war in Kiew genauso vertreten wie Lemberg oder Tschernihiw. Für den elitären und intellektuellen Diskurs war diese Zusammengehörigkeit ganz stark im 19. Jahrhundert, als in Russland die ukrainische Sprache für den Druck von wissenschaftlichen Werken verboten war. Deshalb sind damals die Wissenschaftler und Schriftsteller nach Galizien gereist und haben im Habsburger Reich ihre Werke drucken lassen. Die Vorstellung, dass uns die Sprache verbindet, unabhängig von Staatsgrenzen, die war durchaus im 19. Jahrhundert schon vertreten, aber nur als elitärer Diskurs.

So viel zur Klärung der Vorbedingungen, die ukrainische oder die russische Sprache oder das Verhältnis von Sprachen im heutigen Konflikt betreffend. Im derzeitigen Krieg, um es beim Namen zu nennen, ist nicht die Sprache das Problem. Sie ist es nie gewesen. 1992 wurde das Gesetz verabschiedet, dass das Ukrainische zur Staats-

sprache und einzigen Amtssprache erklärte. Man könnte darüber diskutieren, ob das jetzt menschen- oder völkerrechtlich alles gerecht ist oder nicht. Ich persönlich finde es ganz gut, weil man einiges zu kompensieren, einiges wiedergutzumachen hatte. Die vielen Jahrzehnte der sowjetischen Vergangenheit haben das ukrainische Element in der Ukraine sehr stark reduziert. Neben polnischen und jüdischen waren auch ukrainische Eliten ausgerottet worden. Es war ein Akt der Wiedergutmachung, und ich würde es auch heute noch als gut bewerten. Das schöne und beruhigende ist, man konnte nach 1992 als russischsprachiger Ukrainer ohne weitere Einschränkung seine Identität ausleben. Die Krim hatte sowieso eine autonome Regelung der Sprachenfrage. Die Mehrheit der allgemeinbildenden Schulen bis zum Abitur in der Ostukraine blieb nach wie vor russischsprachig, weil die Bevölkerung das so wollte. Das war möglich, das war nicht verboten. Das einzige, was sich änderte, war

die vorgeschriebene Amtssprache. Aber auch das wurde nie vollständig umgesetzt. Da haben wir wieder das Auseinanderdriften von Gesetz und Realität. Im Grunde genommen war es eine konfliktfreie Abwicklung dieses Verhältnisses. Und dass wir jetzt seit 2013/2014 die Sprache auf einmal als Zentrum des Konflikts benannt bekommen, ist für mich nichts anderes als die Verschleierung der wahren Ursachen.

→ **Gerald Schubert:**

Herr Džihic, sie haben ein paar Mal genickt. Wie sehen Sie das Verhältnis von Sprachen? Wir haben vorher schon über die Vergangenheit der Balkankriege gesprochen. Jetzt brechen wieder Differenzen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise auf. Sie wollten auch näher auf die Gegenwart Bezug nehmen. Sie können das jetzt gerne tun.

→ **Dr. Vedran Džihic:**

Ich glaube, es sind zwei Dinge, die hier wichtig sind. Bei der ersten Sache handelt es sich um ein Märchen, mit dem wir endlich aufräumen müssen. Es ist der behauptete direkte Zusammenhang zwischen Kapitalismus respektive Marktwirtschaft und Demokratie. Das war eine der zentralen Annahmen zu Beginn der 1990er Jahre, aber es ist ganz einfach etwas, von dem wir heute nicht mehr ausgehen können. Das heißt, Kapitalismus oder Marktwirtschaft hat gewisse Promiskuitätstendenzen und legt sich mit autoritären Regimen schlicht und einfach gerne ins Bett. In der Konsequenz haben wir dann einen neuen Autoritarismus, und dieser blüht gerade jetzt in Mitteleuropa. Er bedient sich der Sprache des globalen wirtschaftlichen Diskurses. Das ist etwas, was wir in der Slowakei und in Ungarn erleben, aber auch – ver-



deckt durch eine andere Rhetorik – in Serbien und Mazedonien. Das ist teilweise auch etwas, was wir unter Victor Ponta in Rumänien gesehen haben.

Wir haben es hier mit einer Demokratie-Mimikry auf der rhetorischen Ebene zu tun. Es reden alle ununterbrochen von Demokratie. Ich habe ein Forschungsprojekt gemacht, bei dem ich gezählt habe, wie oft die bosnischen Politiker im Verlauf eines Monats das Wort Demokratie in offiziellen Reden und Ansprachen verwendet haben. Sie können es nicht glauben, es ist unvorstellbar, die bosnischen Politiker reden hunderte bis tausende Male von Demokratie. Und in diesem Land gibt es nirgends Demokratie. Das ist Demokratie-Mimikry, wobei unter diesem Deckmantel ganz Unterschiedliches geschieht. Wir haben da die sanfte oder direkte Repression. Wir haben aber auch eine Eskalation der Rhetorik und der Sprache, das heißt, wir haben den Verlust der Empathie und des Einfühlungsvermögens, den wir heute tagtäglich erleben. Hinzu kommt die Kontrolle der Medien, wenn die Diskurse vorgegeben werden und die Menschen dies partiell abkaufen. Wir haben ferner teilweise auch die Umkehrung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit. Aus der rule-of-law wird dann die rule-by-law, in der man das Recht und die Justiz gezielt einsetzt und sie politisch kontrolliert. Das ist das eine Märchen, mit dem wir brechen müssen.

Das andere Märchen, mit dem wir uns heute auseinandersetzen müssen, ist das Märchen vom EU-Beitritt als Allheilmittel. Der EU-Beitritt als Allheilmittel ist passé. Was gerade in Ungarn geschieht, zeigt uns dies deutlich. Hier sieht man, dass der EU-Beitritt nichts löst oder nichts lösen muss. Das, was wie im Falle Ungarns innerhalb der



EU geschieht, das ist ein ganz klares Beispiel für die Übertretung so vieler Grenzen der Demokratie, der offenen Gesellschaft und der Rechtsstaatlichkeit. Und hier komme ich nochmal zum Kern: Die EU als Wirtschaftsgemeinschaft, 1990 angetreten als Friedensprojekt, als Erweiterungsprojekt, hat eine starke Daseinsberechtigung gehabt und hat daraus auch Kraft geschöpft. In dem Moment, in dem die Marktwirtschaft im globalen Kontext auch mit geschlossenen Gesellschaften einhergehen kann, in dem Moment haben wir es in der Tat mit einer Schicksalsfrage zu tun. Bleibt die EU nur eine Wirtschafts-

gemeinschaft? Versteckt man sich hinter nationalen Egoismen und versucht man, eine sichere Insel der Seligen zu bauen, wie das in der Slowakei geschieht? Ich glaube, wenn es hier in den nächsten Monaten, vielleicht auch in einem Jahr, nicht zu einem entscheidenden Schritt in Richtung einer politischen Gemeinschaft kommt, wird die EU mit diesen Problemen allein nicht fertig werden. Nicht wenige reden davon, dass es in der Europäischen Union eine historische Zäsur gibt. Schließlich ist das, was jetzt sichtbar wird, nämlich eine Orgie der nationalstaatlichen Egoismen, vor allem eine direkte Folge des Mangels an einer politischen Gemeinschaft.

Auf dem Weg hierher habe ich noch einmal das Buch „Europa und die Nationalstaaten“ von György Konrád gelesen. Das, was er zu Beginn sagt, ist eigentlich das, was wir heute erleben. Ich zitiere nur wenige Sätze: „Nationale Politiker gibt es viele, europäische wenige. Die tonangebenden Regierungen und Staatsoberhäupter vertreten am Runden Tisch in der Union meist nationale Interessen. Ihre Worte sind an die eigenen Wähler gerichtet. Davon erhoffen sie sich die Zustimmung ihrer Landsleute. Zur Vertretung ihrer von den heimischen Populisten vorgegebenen nationalen Zielen müssen sie in der Eskalation der Auseinandersetzungen ausdauernd sein.“ György Konrád bringt es auf den Punkt. Menschen wie Fico, Orbán und die anderen, die jetzt glauben, dass sie festhalten und weiter eskalieren müssen, sie versetzen Europa mit ihrem Tun den Todesstoß.

→ **Gerald Schubert:**

Vielen Dank Herr Dzihic; eine Zäsur in der europäischen Politik, eine Zäsur in der europäischen Gegenwart und

eine Zäsur in unserer Diskussion. Wir haben noch 20 Minuten Zeit, bis wir zum Schluss kommen müssen. Bevor wir dann eine Schlussrunde machen, würde ich jetzt gern die Gelegenheit nutzen, um dem Publikum das Wort zu erteilen.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Grenzt Sprache aus oder stiftet Sprache Gemeinschaft?

→ **Dr. Stefaniya Ptashynk:**

Ich finde sowohl als auch.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Ich möchte im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise noch einmal auf die Schengen-Außengrenzen und die EU-Binnengrenzen zurückkommen. Was können wir hier im Stift Klosterneuburg davon lernen? Dieses Kloster ist durch viele Krisen gekommen, es besteht seit Jahrhunderten. Es muss doch irgendetwas an sich haben, dass es so lange hat bestehen lassen. Als wir hierhergekommen sind, da haben wir als erstes die beiden Türme der Stiftskirche gesehen. Sie stehen symbolisch für Werte, die dahinter stehen, für menschliche Arbeit. Sie haben uns angezogen, wir wollten heran an dieses Kloster. Als wir davor waren, sahen wir eine große Mauer, die nicht zu überwinden war. Wir sind zum Rathausplatz gefahren und kamen von unserem hohen Ross des Busses herunter, liefen zu Fuß weiter und fanden ein offenes Tor. Wir kamen durch dieses offene Tor hinein und wurden vom Abtprimas herzlich empfangen, denn er wusste, wir kommen mit friedlichen Absichten, wir kommen und gehen auch wieder. Als die Klöster gebaut wurden, da brauchte man die Mauern zum Schutz. Man hat die Tore geöffnet

und kontrolliert, um den Ein- und Auslass zu regeln. Wovon der Abtprimas nicht sprach, war, dass die 56 Augustiner, die hier leben, auch Flüchtlinge betreuen, nicht hinter den Klostermauern, aber wohl in einer Kaserne außerhalb des Klosters. Er hat sich nicht damit gebrüstet, was hier für tolle Dinge getan werden. Ich denke, dass wir in der Europäischen Union verbindliche Regeln brauchen, genau wie es (viel härter) hier im Kloster der Fall ist. Wer früher dauerhaft ins Kloster wollte, musste drei Mal an die Pforte klopfen, wurde jedes Mal abgewiesen und sollte gehen. Kam er weiterhin, dann begann eine mehrjährige Prüfung, ob er in der Lage und ob er Willens ist, und auch fähig ist, die Regeln des Klosters dauerhaft einzuhalten. Als die Zeit der Prüfung vorbei war, wurde das Willkommensfest mit einer feierlichen

Aufnahme beschlossen. Ich denke, wir brauchen sichere EU-Außengrenzen oder sichere Grenzen im Schengen-Raum, wir brauchen eine kontrollierte Kommunikation mit Ein- und Auslass.

→ **Gerald Schubert:**

Vielen Dank. Wenn es darum geht, Menschen, die in einer Notsituation sind, hier bei uns in Europa aufzunehmen und sie vielleicht auch dauerhaft zu integrieren, dann ist einer der wichtigsten Punkte wahrscheinlich die sprachliche Integration. Die Tatsache, dass viele der Menschen, die hier bei uns Schutz suchen, dauerhaft bei uns bleiben, die ist nicht einfach wegzudiskutieren. Die Frage ist, wie gehen wir damit um. Frau Ptashynk, eventuell können Sie uns als Sprachwissenschaftlerin zumindest eine wichtige Integrationsvoraussetzung beschreiben, den Erwerb der Sprache. Wie beurteilen Sie das?

→ **Dr. Stefaniya Ptashynk:**

Ich finde den eben angesprochenen Punkt sehr wichtig. Wenn man ins Kloster kommt und dort das Regelwerk vorgesetzt bekommt, muss man diese Regeln erst einmal rezipieren, sprich lesen können. Ich halte deshalb die Sprache für ein wichtiges Element der Begegnung und der Integration. Mit der Sprache eröffnet man den fremden Menschen überhaupt erst eine Möglichkeit, sich mit den Regeln und ihrem Gegenüber auseinanderzusetzen. Das ist der Aspekt, den man vielleicht in der Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland massiv versäumt hat. Wir haben hoffentlich daraus gelernt, denn die Erkenntnis ist ganz klar: Sprachkenntnisse sind die allererste Voraussetzung für jedwede Integration. Wer da spart, spart an der falschen Stelle. Natürlich kosten diese Kurse



jede Menge Einsatz und jede Menge Geld. Aber alles andere kostet noch mehr Geld. Mit der Sprache gebe ich den Menschen wenigstens ein Mittel an die Hand, sich eigenständig fortzubewegen, sich eigenständig zu orientieren und sich mit dem auseinanderzusetzen, was sie umgibt. Deshalb finde ich die sprachliche Integration, auf welcher Ebene auch immer, sehr wichtig. Ich denke, es wird da sicherlich verschiedene Schwierigkeiten geben, etwa geschlechtsspezifische oder altersspezifische. Die junge Generation hat vielleicht mehr Erfolg mit der Integration, bei der älteren Generation muss man vielleicht damit leben, dass da nur ein Teil erfolgreich integriert sein wird. Aber nicht bei der Sprache anzusetzen, das halte ich für einen großen Fehler.

→ **Gerald Schubert:**

Dankeschön, es gab noch eine Wortmeldung.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Stichwort Asymmetrie und Identität in der Europäischen Union: Die EU hat in Gestalt ihres Parlaments einmal den „Großversuch“ unternommen, europäische Identität zu stiften – und zwar basierend auf Geschichte. Das hatte ursächlich mit dem Beitritt von acht ostmitteleuropäischen Staaten zur EU im Jahr 2004 zu tun. Dem schloss sich eine fünfjährige intensive Phase an, in der das Parlament darüber diskutiert hat, wie man mit geschichtspolitischen Mitteln eine europäische Identität „herbeiadministrieren“ kann. Das war eine sehr spannende Diskussion. Die meisten EU-Bürger haben die nicht wahrgenommen. Sie können die aber auf der Webseite des Parlaments in den 23 Sprachen nachlesen. Das Ergebnis war, ich würde sagen, ein bisschen mickrig. Der kleinste

gemeinsame Nenner, den Abgeordnete aus allen Teilen Europas mit Blick auf die Geschichte finden konnten, war: Totalitarismus ist schlecht. Diese etwas bescheidene Erkenntnis hat man dann in einen europäischen Gedenktag an die Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus umgegossen. Ausgewählt wurde dafür der 23. August. Man wählte also den Tag, an dem 1939 der Hitler-Stalin-Pakt oder wie Sie ihn genannt haben, Ribbentrop-Molotow-Pakt, unterzeichnet wurde. Ich weiß nicht, wer von Ihnen in diesem Jahr oder in den Jahren davor diesen Gedenktag begangen hat, vielleicht ein Prozent. Mit anderen Worten, diese groß angelegte Initiative ist verpufft. Ich will jetzt nicht Pessimismus schüren und sagen, das ist bezeichnend für die EU. Gleichwohl funktioniert es nicht, so etwas von oben nach unten durchstellen zu wollen, auch wenn es in einem sehr langen Diskussionsprozess erarbeitet wurde.

Eine Bemerkung noch zum Thema Sprache. Sprache kommt in zwei Aggregatzuständen daher, akustisch und visuell. Beim Visuellen wird häufig übersehen, dass auch das Alphabet eine ganz wichtige Rolle spielt, vor allem als Barriere. In Mitteleuropa nicht, hier schreiben alle mit lateinischen Buchstaben. Aber in anderen Teilen Europas ist dies eben nicht der Fall. Ich erinnere mich an einen österreichischen Kollegen, einen Slawisten, der hat 2003 der bulgarischen Öffentlichkeit vorgeschlagen, sie möge doch das Alphabet wechseln, vom kyrillischen Alphabet zum lateinischen Alphabet, weil das integrationsfördernd ist. Als Beispiel hat er den Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkei genannt, der mit einem Wechsel vom arabischen zum lateinischen Alphabet einherging und so eine Art Europäisierungsschub auslöste. Die Reaktion in

Bulgarien auf seinen Vorschlag war, dass ihm die Universität in Weliko Tarnowo umgehend den Ehrendoktorhut aberkannt hat.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank, wir haben noch Zeit für eine Wortmeldung. Hier vorne hat sich die Dame gemeldet. Und dann müssen wir zur Schlussrunde kommen. Vielleicht können die Kollegen im Podium dann noch mit dem einen oder anderen Satz auf die letzten beiden Fragen eingehen.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Sehr kompakt und kurz, zwei Dinge: Ein herzliches Dankeschön an dieses Podium, aber auch an alle Akteure des Vormittags für die große Offenheit in den Wortmeldungen. Das ist für mich auch ein Gradmesser dafür, dass das Problembewusstsein in Europa auf allen Ebenen steigt, weil in diesen Gesprächsrunden auf den sonst üblichen „Schönsprech“ doch zum größten Teil verzichtet wurde. Dafür bedanke ich mich ganz persönlich.

Wir haben uns jetzt über mehrere Stunden Gedanken über das gemacht, was Mitteleuropa, was Europa zusammenhält. Dabei ist ausschließlich in dem Halbsatz von Ihnen, Stefaniya Ptashynk, gefallen, es gibt die Spange, die Europa zusammenhalten sollte, die Europäische Menschenrechtskonvention. Und das Bewusstsein, was Menschenrechte für Europa bedeuten, ist meines Erachtens ein sehr geringes. Menschenrechte sind etwas, was man meistens in anderen Teilen der Welt als nicht eingehalten beachtet. Sie kommen – und das war eben heute wieder ein Beweis, der erbracht worden ist – in Diskussionen, in denen wir von Gemeinsamkeiten sprechen, in

denen wir erörtern, was Europa zusammenhält, eigentlich nie zur Sprache. Das wundert mich. Vielleicht kann darauf irgendwer von Ihnen noch eine Antwort geben.

→ **Gerald Schubert:**

Vielen herzlichen Dank, wir sollten nun zur Schlussrunde kommen. Ich würde mit Herrn Karolewski beginnen, wenn Sie noch einige Gedanken gesammelt haben im Laufe der Diskussion. Vor allem würde mich noch eines interessieren: Vielleicht kann man die Möglichkeit nutzen – wir haben hier Vertreter aus mehreren Ländern, aus Polen, aus der Slowakei, aus der Ukraine und aus Bosnien – und die Frage erörtern, wie Sie die kulturelle Nähe der jungen Menschen zur Europäischen Union sehen, ungeachtet der Tatsache, ob das Land jetzt Mitglied der Europäischen Union ist oder nicht.

→ **Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:**

Zuerst würde ich gern auf die Frage eingehen, was können wir hier heute lernen im hiesigen Kloster. Ich würde die Frage jedoch gern umdrehen: Was kann die EU lernen von dem Stift Klosterneuburg? Es gibt mindestens zwei Aspekte, die mir wichtig erscheinen. Erstens steckt hinter dem Kloster eine stabile Institution, die 2000 Jahre alt ist, die Katholische Kirche. Ich will die Europäische Union natürlich nicht katholisch auslegen. Vielmehr geht es mir um die Dauer einer Institution, die stabil ist. Vermutlich erwarten wir in dieser Hinsicht zu viel von der EU. Die Europäische Union ist 60 Jahre alt. Das entspricht keinen historischen Dimensionen. Selbst wenn die EU morgen aufhören würde zu existieren, würden sich unsere Nachkommen vielleicht in 50 Jahren an sie nur als ein kurzes Ereignis der Geschichte erinnern. Das heißt, vielleicht

sind unsere Erwartungen an die junge Europäische Union zu hoch, verglichen mit einer langhin stabilen Institution wie der Katholischen Kirche, die natürlich auch ihre Höhen und Tiefen hatte. Der zweite Aspekt, den die Europäische Union vom Stift Klosterneuburg lernen könnte, ist die Kirchensteuer. Und ich finde, dass dies genauso



wichtig ist, wie institutionelle Aspekte es sind, denn sie müssen Politik, egal wie sie organisiert ist, auch finanzieren können. Und der jetzige Haushalt der Europäischen Union beträgt nur ein Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der EU. Das heißt, vielleicht erwarten wir ob ihrer beschränkten Mittel auch zu viel von der Europäischen Union. Sie ist nicht wirklich eine Institution, die mit dem Nationalstaat zu vergleichen wäre. Denn sie hat nicht die Instrumente und die Finanzen, um große

Krisen zu bewältigen. Das Problem der Europäischen Union ist zudem, dass man ob der Vielfalt von 28 Mitgliedsstaaten nur sehr langsam und problematisch Entscheidungen trifft. Wir haben im Grunde keine Mechanismen, um schnell und effektiv zu entscheiden.

→ Frage (Publikumsbeitrag):

Stichwort Polen und die Europäische Union: In wenigen Wochen gibt es Wahlen in Polen. Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die seit kurzem den Präsidenten stellt, liegt jetzt auch in den Umfragen zur Parlamentswahl vorn. Die PiS galt immer als extrem EU-skeptisch. Wir wollen von Ihnen wissen, wie die Wahl ausgeht, und ob die PiS noch immer dieselbe PiS ist, die sie noch vor ein paar Jahren war?

→ Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:

Ich weiß natürlich nicht, wie die Wahlen ausgehen. Wenn ich das wüsste, würde ich darauf wetten und viel Geld verdienen. In den Umfragen führt die PiS, die seit acht Jahren nicht mehr regiert hat. Es gibt ein sehr großes Protestwählerpotenzial in Polen. Das sind junge Leute, die erst vor kurzem Wähler geworden sind. Die wählen oft Protestparteien. Es gibt ein großes Potenzial, das man abschöpfen kann, das aber prinzipiell destruktiv ist. Und es gibt Parteien, die dieses Potenzial zu bearbeiten wissen. Es gibt da die Partei Ruch Kukiza des ehemaligen Punkrock-Musikers Pawel Kukiz, die unter den jungen Menschen sehr populär geworden ist. Die Partei ist stolz darauf, dass sie kein Programm hat. Das ist die Hauptcharakteristik der Partei, und das wird von ihr auch entsprechend vollstreckt. Wir haben keine Programme, weil politische Programme lügen, wir jedoch authentisch

sind. Das heißt, es sind viele junge Leute, die keine Erfahrung mit dem Kommunismus haben, und die auch nur wenig Erfahrung mit der Transformation in den 1990er Jahren haben. Stattdessen handelt es sich teilweise um kulturelle Verlierer der europäischen Integration. Sie wählen solche Parteien. Das halte ich für gefährlich.

→ **Gerald Schubert:**

In der Tschechischen Republik ist die zweitstärkste Partei momentan die Partei ANO des aus der Slowakei stammenden Milliardärs Andrej Babiš. Man kann nicht sagen, dass die Partei kein Programm hat, aber Babiš präsentiert sich als Politiker, der gar kein Politiker sein will. Und er glaubt, dass man einen Staat wie ein Unternehmen führen kann. Ich glaube, das geht ein bisschen in diese Richtung, selbst wenn er kein Ex-Punkmusiker ist. Michal Hvorecký, auch in der Slowakei gibt es bald Wahlen. Ist die Situation ähnlich wie in Polen, oder gibt es in der Slowakei doch ein anderes Potenzial an jungen Wählerinnen und Wählern, die sich als junge Europäerinnen und Europäer fühlen?

→ **Michal Hvorecký:**

Ich habe Angst, dass Robert Fico weiter Premierminister sein wird, in seiner dritten Amtszeit. Er hat dank der Flüchtlingskrise deutlich an Popularität gewonnen, seine Umfragewerte steigen seit Wochen. Ich war 13 Jahre alt, als die Wende kam. Für meine Generation war es ein Wunder und zugleich eine unglaubliche Veränderung. Es war etwas, an das ich mich immer mit Begeisterung erinnere. Man hat meiner Generation immer erzählt, ihr seid ja die Glücklichen, ihr habt ja alles Mögliche bekommen, die offenen Grenzen und dann später den Euro. Ihr habt

alles geschenkt bekommen und nichts dafür gemacht. Das ist teilweise vielleicht richtig. Nur zeigen uns die letzten Monate und Jahre, dass auch meine Generation beweisen muss, dass wir uns überhaupt Menschen nennen können. Ich glaube, wir stehen vor großen Herausforderungen. Ich weiß nicht, ob die EU in einem Monat oder in einem Jahr kaputt geht, wie es der liebe Kollege prophezeit hat. Ich hoffe nicht. Eher habe ich die Sorge, dass sich jetzt eine Art stiller Faschismus verbreitet, wie ich es nenne. Der Faschismus, der eher hinter den Einkaufszentren passiert, der sehr gut mit der Konsumgesellschaft parallel weiterleben kann und der sich sehr still verbreitet. Der bereitet mir größte Sorgen. Ich glaube, wir müssen einfach beweisen, dass wir mutig sind, dass wir etwas anderes schaffen können. Ich bleibe weiter ein stolzer wie kritischer Europäer. Das ist vielleicht die Hoffnung, die noch bleibt.

→ **Dr. Stefaniya Ptashynk:**

Ganz kurz zu zwei Stichwörtern, die vorhin im Publikum gefallen sind. Menschenrechte empfinde auch ich als sehr zentral für die Frage der Identität. Ein Rechtsrahmen und das Wertesystem bedingen sich gegenseitig, denn schließlich finden sich in unserer Verfassung, wenn man genauer hinschaut, teilweise die Zehn Gebote wieder. Dieses Wertesystem impliziert schließlich auch die Frage, was wir eigentlich wollen. Und damit kommen wir wieder bei der Identität an, denn die Identität ist nicht nur die Selbstzuschreibung oder die Außenzuschreibung. Sie ist vielmehr die Frage, was will ich, was wollen wir, wo wollen wir uns hinbewegen, was ist dieses Bauprojekt. Und zu dem zweiten Stichwort, dem Alphabet: Ich glaube nicht, dass das lateinische Alphabet die Men-

schen zu besseren Europäern machen wird, als es das kyrillische zu tun vermag.

→ **Dr. Vedran Džihic:**

Ich prophezeie keinesfalls den Untergang der Europäischen Union. Das habe ich ganz entschieden nicht gesagt. Was ich stattdessen sagen will ist, wir stehen vor einer Zäsur. Und die Zäsur der Krise ist immer ein Scheideweg, das heißt, man geht in die eine oder in die andere Richtung. Im Kern glaube ich, gibt es eine zentrale Frage: Was bewegt den Menschen in Mitteleuropa? Man kann sagen, den Menschen bewegt die Sehnsucht nach einem inneren Frieden. Der ist vielleicht hier in Klosterneuburg am besten zu erreichen, weil es so abgeschieden ist, aber das ist nicht die Welt des 21. Jahrhunderts. Dann bewegt den Menschen die Suche nach Wohlstand. Man will sicher leben. Klar, das bieten auch autokratische Regime. In Singapur haben die Menschen einen Mercedes, mit dem sie herumfahren, und das passt, selbst wenn sie keine freien Medien haben. Und der dritte Punkt ist die Freiheit. Gerade die letzten Wochen zeigen deutlich, dass die Freiheit in dieser Quelle der Vielfalt, in Mitteleuropa, weiterhin eine Rolle spielt. In Bosnien, in Mazedonien, in Bulgarien gehen wieder Menschen auf die Straßen, um gegen die Regierung und die Korruption in diesen Ländern zu protestieren. In Ungarn gehen die Menschen immer wieder gegen das Orbán-Regime auf die Straße. Und ich glaube, in diesen Graswurzel-Bewegungen der heutigen Zeit steckt der Nukleus eines neuen mitteleuropäischen Begriffs, ebenso wie darin eine Quelle der Emanzipation liegt. Und wer heute den Orbán hört, den Vučić oder den Fico hört, der muss sich bewusst sein, dass dies nur ein Ungarn, ein Serbien, eine

Slowakei ausdrückt, und dass es eben auch noch andere Seiten dieser Länder gibt. Bei diesen unterscheiden sich die Stichworte. Da stehen Solidarität, Menschlichkeit, Empathie, Einfühlungsvermögen und letztendlich Menschenrechte als Grundquelle und Fundament Mitteleuropas im Zentrum. Hinter diesen Begriffen verbirgt sich ein Mitteleuropa, ein Europa, das riskiert, das keine Angst hat, das sich nicht vor Konflikten scheut und das die Vielfalt tagtäglich demonstriert. Das schönste, das ich in den letzten Tagen gesehen habe, war ein junger Mann, der mit kleinen Zetteln, auf denen Minenfelder eingezeichnet waren, zur kroatischen Grenze ging und dort den Menschen die Zettel austeilte. Und als ihn ein ungarischer Ordnungsmann zur Räson bringen wollte, da sagte er: „Bringt mich ins Gefängnis, aber ich werde das hier durchziehen“. Vielleicht ist genau diese Krise, um noch einmal mit György Konrád zu sprechen, der Beginn einer Neugeburt Mitteleuropas und damit Europas. Und da bin ich wieder ein Optimist, und dafür kämpfe ich auch.

→ **Gerald Schubert:**

Vielen herzlichen Dank für den gelungenen Schluss. Das war das Ende unseres Podiums. Wir räumen jetzt das Feld für die beiden Schlussworte, für die ich zunächst den ehemaligen österreichischen Vizekanzler, Herrn Dr. Erhard Busek, der einer der wichtigsten Impulsgeber des Forum Mitteleuropa ist, nach vorn bitte. Ihnen allen danke ich herzlich fürs Zuhören.





Ausblick



Wir haben noch sehr viel vor uns

Dr. Erhard Busek

» Ich möchte ein herzliches Dankeschön sagen, dem Herrn Präsidenten, dem Sächsischen Landtag und Ihnen, für Ihre Teilnahme an diesem Forum Mitteleuropa sowie für die Auseinandersetzung mit dem diesjährigen Thema. Gern möchte ich zudem allen Organisatoren danken.

Gestatten Sie mir, noch einige Bemerkungen zu machen. Wundern Sie sich jetzt nicht, aber manchmal bin ich froh, dass ich schon ein bisschen älter bin, und zwar, weil dies mir die Chance einräumt, die Dinge gelassener zu sehen. Ich bin Ihnen daher dankbar, dass es kaum oder nur in wenigen Tönen hochkam, wie schrecklich gegenwärtig alles ist und in welcher unangenehmen Situation wir uns befinden. Warum sage ich das? Zum einen, weil ich immer schon die These vertrete, dass Krisen an sich etwas sehr Notwendiges

und Heilsames sind. Ich beziehe mich, und das habe ich schon mehrfach gesagt, auf den Wortsinn von Krise. Es kommt aus dem Altgriechischen und meint dort so viel wie Beurteilung oder Entscheidung, und in diesem Sinne ist eine Krise ein sehr guter Zwang.

Zum anderen sage ich das mit Blick auf den historischen Ablauf des europäischen Prozesses. Geschichtlich gesehen sind wir bislang erst wenige Schritte gegangen. Hier komme ich zurück auf mein Alter. Wer im Zweiten Weltkrieg geboren ist und einen ganz komischen Staatsbürgerschaftsnachweis hat, in dem § 1 Abs. 2 besagt, dass er aus der Staatsexistenz Österreichs vor 1938 abgeleitet die österreichische Bürgerschaft nach 1945 hat, der sieht die Dinge gelassener. So jemand kennt die Entwicklungen und weiß, irgendwie

werden die Dinge schon vernünftiger. Ich bin in einem Österreich groß geworden, das sehr auf sich selbst beschränkt war, das am Eisernen Vorhang landete, das in europäischer Hinsicht nicht sehr überzeugt war, der EU beizutreten. Das alles sehe ich aber weniger kritisch, denn insgesamt war es bislang eine ausgezeichnete Entwicklung, die mein Land genommen hat. Wir haben inzwischen schon etwas zu verlieren, zumal wenn ich auf die Generation meiner Eltern und Großeltern schaue, die einst alles verloren hat. Vor diesem Hintergrund müssen wir das Erreichte sehr positiv sehen. Zugleich verbindet sich damit für uns die Herausforderung, sich mit den Dingen positiv auseinanderzusetzen.

Es gibt eine gewisse Neigung in Wien und Umgebung, mit Weltuntergängen zu kokettieren. Karl Kraus hat einmal gesagt, Österreich ist eine Versuchsstation für Weltuntergänge. Ich darf Sie beruhigen, wir versuchen es schon lange, aber bislang wenig erfolgreich. Im Gegenteil, wir sollten vielmehr ein Laboratorium für die Zukunft darstellen, was uns aber auch nicht immer so gelingt. Ich halte Mitteleuropa in diesem Zusammenhang für wichtig, weniger in seiner staatsrechtlichen oder politischen Verfasstheit, sondern eher von dem Gedanken her, dass die Mitte immer verbindet. Hier ist eine spezifisch europäische Aufgabe vorhanden, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Wir sind mehr denn je gefragt, welche Beiträge wir leisten können und wollen, um mit der gegebenen Situation fertigzuwerden.

Ich bin tief davon überzeugt, dass die gegenwärtige Flüchtlingsfrage, die uns alle beschäftigt, und die eine ungeheure Nervosität vor allem bei den Regierenden erzeugt, erst der Beginn eines Prozesses ist. Wenn Sie sich anschauen, was die Flüchtlingsbewegung ausgelöst hat, dann ist es eine

verrückte Landkarte im Nahen Osten mitsamt den noch verrückteren politischen Interventionen in diesem Gebiet. Hier kann ich die von mir sonst sehr geschätzten Amerikaner nicht ganz ausnehmen. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass seinerzeit die Briten und Franzosen mit dem Lineal und nicht mit Vernunft die Grenzen im Nahen Osten gezogen haben. Ich behaupte immer, wenn sie Karl May gelesen hätten, dann hätten sie wenigstens gewusst, wer dort überhaupt wohnt, und dann hätten sie nicht so einfach künstliche Staaten zusammengewürfelt. In seinem Roman „Von Bagdad nach Stambul“ erfahren sie mehr über diese Region, als bislang in Paris, London und streckenweise auch in Washington gewusst wurde. Da sehen Sie schon eine Mangelercheinung. In Afrika sind wir mit einer ähnlich problematischen Situation konfrontiert, da zeichnet sich nicht nur in Libyen eine ähnliche Entwicklung ab. Und wir können damit rechnen, dass auch von dort die Flüchtlingsbewegung zu einem allgemeinen Zustand werden wird. Dabei sollten wir uns, so glaube ich, deswegen nicht besonders leidtun, weil es ja auch signalisiert, dass wir als ein Ort angesehen werden, der es bislang besser geschafft hat. Nur wie geht es weiter?

Ich möchte Ihnen keine generelle Perspektive zur Heilung dieser Welt von allen Schwierigkeiten vorstellen, sondern Anregungen geben, welche Themen wir gegenwärtig und künftig im Forum Mitteleuropa behandeln sollten. Das sind natürlich nur Ausschnitte, aber es sind Beobachtungen, die es wert sind, dass wir uns mit ihnen mitteleuropäisch auseinandersetzen. Die erste ist, dass ich als Alt-Mitteleuropäer mit einigem Entsetzen erleben muss, wie Aggressionen zwischen mitteleuropäischen Nachbarn wieder in hohem Maße steigen. Zwar beschränken sich die Aggressionen auf

den Austausch zwischen Regierenden, aber immerhin, so etwas bleibt schließlich nicht ohne Wirkung. Wobei ich – das ist die positive Seite – sagen möchte, dass sich die Zivilgesellschaften hier streckenweise wesentlich besser präsentieren. Ich bin da auch kritisch mit Österreich. Ich persönlich habe damit gerechnet – offensichtlich aus einer gewissen Voreingenommenheit gegenüber der eigenen Bevölkerung –, wir werden genauso reagieren wie andere Staaten und werden sagen: „Alle die da kommen sollen wieder dort hingehen, wo sie hergekommen sind.“

Ich bin angenehm überrascht worden. Die zivile Gesellschaft hat hier eine ungeheure Hilfsbereitschaft gezeigt. Sie hat die Politik gezwungen, etwas positiver zu sein, als sie das überhaupt wollte. Ich glaube, dass die österreichische Politik sehr gern der Orban-Methode gefolgt wäre, aber das ist nicht ganz gegangen. Als ich jüngst las, dass der österreichischen Innenministerin angesichts der Flüchtlinge ihr Herz zerrissen sei, war ich tief gerührt, weil ich mich bislang immer gefragt habe, ob sie überhaupt eines hat. Menschen können etwas zum Positiven verändern. Natürlich haben wir bei unserer Flüchtlingspolitik auch gemacht, was wir jetzt anderen übel nehmen. Wir haben freie Fahrt nach Deutschland gegeben. Das funktioniert nicht mehr ganz, einige bleiben jetzt da. Noch geht es gut. Wir werden sehen, wie die Entwicklung verläuft und ob die zivile Gesellschaft ihre positive Einstellung hier weiter aufrechterhält. Es ist eine entscheidende Frage, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben.

Im Forum Mitteleuropa sollten wir vor diesem Hintergrund das wechselseitige Verhältnis von Nachbarn, die in Mitteleuropa zusammengeschlossen sind, etwas genauer unter-

suchen. Das gilt sowohl für die momentane Politik, die mit Aggressionen arbeitet, das gilt aber auch für die tiefere Analyse.

Wie stark ist das wechselseitige Verständnis überhaupt ausgeprägt? Welche gegenseitigen Urteile, besser gesagt, welche Vorurteile existieren?

Hier können wir – so glaube ich – noch einiges hinzulernen, etwa am Beispiel Jugoslawiens. Was mich in meiner Tätigkeit in der South-East Europe Cooperative Initiative (SECI) im negativen Sinne tief beeindruckt hat, das waren neu- oder wiederentstandene Staaten, die in Jugoslawien, in der Habsburger Monarchie und/oder im Osmanischen Reich über viele Jahrzehnte beieinander waren, und die noch heute von ihren gegenseitigen Vorurteilen leben. Auf unserer Konferenz haben wir solche Beispiele gehört, denken Sie etwa an die nicht gebauten Autobahnkilometer in Grenznähe. Ich empfehle Ihnen, einmal hinter einem slowenischen Auto zur kroatischen Grenze oder hinter einem kroatischen Auto zur slowenischen Grenze zu fahren. Da müssen Sie länger warten, weil die vor Ihnen fahrenden Fahrzeuge von den jeweils anderen genauer untersucht werden, obwohl in den Fahrzeugen genauso viel oder genauso wenig drin ist, wie in allen anderen Autos. Dieses Misstrauen, diese Vorurteile dokumentieren sich hier und ich glaube, es ist eine mitteleuropäische Aufgabe, sich damit auseinanderzusetzen.

Man wird die Unterschiede nicht beseitigen können. Im Gegenteil, sie sind sogar produktiv. Aber die Frage der Vorur-

teile kann man angehen, ebenso wie die unterschiedlichen Geschichtsauffassungen, die im mitteleuropäischen Raum existieren. Ich habe das Vergnügen, das Center for Democracy and Reconciliation in Southeast Europe (CDRSEE) zu leiten. Dort haben wir einmal die Geschichtsbücher der Region Südosteuropa untersucht. Was wir da vorfanden, war eine historische Grottenbahn, wo es Großkroatien, Großserbien, Großgriechenland oder „Großirgendetwas“ gibt. Aber als einer, der in Großdeutschland geboren ist, weiß ich ganz genau, was bei so etwas am Ende herauskommt – nämlich Großgefährliches. Ich glaube, wir sollten uns diesem Thema zuwenden. Freilich bleiben uns da manche Wahrheiten, auch die unangenehmen, nicht erspart. Aber das ist notwendig, denn wir sind gegenwärtig nicht in einer Schönwetterperiode, sondern müssen einiges leisten, um Wolken und Niederschläge in Mitteleuropa zu vertreiben.

Die zweite Frage, die schon in der Diskussion auftauchte, ist die der auf eine ganz eigenartige Weise wieder wachsenden Bedeutung von Religionen.

Ich gestehe Ihnen offen, ich bin gegenwärtig tief davon beeindruckt, wie viele Politiker in meinem Land und in den Nachbarländern plötzlich wieder christlich sind. Ich kenne einige der handelnden Personen, möchte sie aber nicht über die Zehn Gebote befragen, weil sie diese wahrscheinlich nur zum Teil zustande brächten. Das Christliche wird eben auch verwendet, um uns gegen andere abzuschirmen. Es heißt, unser Land verträge keine Muslime und ähnliches mehr. Verträgt es Ungläubige? Da sind einige Dinge zu untersuchen.



Gestatten Sie mir eine Nebenbemerkung. Wenn immer wir nach den Werten Europas gefragt werden, dann sagen wir Menschenrechte. Die seien quasi ein Exportartikel. Ich frage mich, ob wir aufgrund der aktuellen Situation, das überhaupt noch sagen dürfen. Es ist eine ganz ernste Frage: Was ist der Inhalt von Europa? Religion hat hier ganz sicher eine Bedeutung, ob jemand nun gläubig ist oder nicht. Die Frage der Bindung, das ist der Sinn des Wortes Religion, ist von großer Bedeutung. Es wäre sehr spannend, das näher zu untersuchen.

Ein weiteres, ergänzendes Programm, das ebenfalls mit Mitteleuropa zu tun hat, ist die Thematik der Regionalpolitik.

Ich meine, wir sollten beim Forum Mitteleuropa einmal Revue passieren lassen, was es im Bereich der Regionalpolitik in Mitteleuropa für Zusammenschlüsse gibt, welche Leistungen sie erbringen und wo die Defizite liegen.

Lassen Sie mich Ihnen ein paar Beispiele nennen. Ich bewundere immer die Kooperation der Visegrád-Staaten, also Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn, die besonders auf dem Kulturgebiet vieles gemacht haben. Ich sage Ihnen aber auch meinen Schmerz, und das ist nicht nur mein Schmerz, dass Österreich und Slowenien nicht dabei sind. Wir haben nie ganz verstanden warum nicht, aber offensichtlich haben wir nicht zu Matthias Corvinus gehört, was historisch falsch ist, hat er doch einst Wien erobert. Es hat also alles seinen historischen Hintergrund.

Es gibt einen anderen Zusammenschluss, die Central European Initiative (CEI), die noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs gegründet wurde. Sie war die erste Kooperation vor der Neudimensionierung der Europäischen Union. Heute besteht sie aus 18 Staaten, wobei ich mir nicht sicher bin, ob das sehr gescheit ist. Sie heißt noch immer Central European Initiative, obwohl auch Weißrussland und die Ukraine dazugehören. Ich meine, wir sollten diese Kooperationen auf ihre Wirksamkeit hin untersuchen, und daraufhin, wie hier mehr geschehen kann.

Eine weitere Initiative, in die ich involviert bin, ist die EU Strategy for the Danube Region (EUSDR). Bei ihr geht es schlicht und einfach um die zwischenstaatliche und regionale Zusammenarbeit entlang der Donau, schließlich hat die Donau eine bestimmte Schicksalhaftigkeit für die Region. Heute zum Beispiel ist im Rahmen dieser Initiative durch die zuständige Kommissarin Corina Crețu hier in Österreich eine Wissenschaftsstation eingeweiht worden, die sich mit der Wasserqualität in der Donau beschäftigt. Die Partnerstation soll in Rumänien stehen. Darüber hinaus gibt es weitere praktische Kooperationen, die unterschiedlich stark akzeptiert werden. Unsere ungarischen Freunde machen nicht gern mit, weil sie der Meinung sind, dass alles Wasser, das in Ungarn in die Donau fließt, eigentlich aus dem großen ungarischen Reich kommt, das aber in Folge des Vertrages von Trianon nicht mehr existiert. Zuerst müsse es wiederhergestellt werden, dann würden sie kooperieren. Sehr zukunftsorientiert ist eine solche Haltung nicht. Ich meine, dass man in Folge dieser praktischen Notwendigkeiten auf manche Missverständnisse hinweisen sollte. Vor allem ist es wichtig, dass wir konstruktive Wege finden, zueinander zu kommen.

Ich möchte damit die Notwendigkeit ausdrücken, dass sich dieses Forum Mitteleuropa ganz praktischen Fragen widmet. Ich bin sehr froh, dass die heutige Veranstaltung nicht eine Art Sonntagsfest war, sondern dass wir uns sehr mit den bestehenden Fragen und Problemen in Mitteleuropa auseinandergesetzt haben. Vor denen dürfen wir nicht davonlaufen. Im Gegenteil, wir müssen uns fest engagieren. Für dieses Engagement, für Ihr Interesse, hoffentlich auch in alle Zukunft, dafür danke ich Ihnen. Wir haben noch sehr viel vor uns. Dankeschön. «

A photograph of Dr. Matthias Rößler, a man with short brown hair and glasses on his head, wearing a dark suit, white shirt, and patterned tie. He is smiling and gesturing with his right hand while speaking at a wooden podium. A lanyard with a badge is around his neck. The background is a plain, light-colored wall.

Wir haben gemeinsame Interessen und Werte

Dr. Matthias Rößler

» Am heutigen Vormittag haben der Präsident Hans Penz und der EU-Kommissar Johannes Hahn gesagt, wir kennen uns in Europa zu wenig und wir wissen zu wenig über unsere Geschichte, speziell über unsere geschichtlichen Zusammenhänge in Mitteleuropa. Das heutige Forum Mitteleuropa beweist mit seinem persönlichen Austausch das Gegenteil. Und ich wünschte mir manchmal, dass es in Brüssel und im Westen unseres Kontinents viel mehr Menschen gäbe, die sich einmal mit der Geschichte, den Erfahrungen und der Kultur hier in Mitteleuropa und weiter im Osten Europas auseinandersetzen. Menschen, die sich mit dem auseinandersetzen, was wir hier gemeinsam erlebt haben – mit dem Eisernen Vorhang, mit der Zeit danach, mit der schmerzhaften Transformationserfahrung. Nicht nur wir müssen uns darüber verstärkt austauschen, dieser Aus-

tausch muss auch stärker in Europas Westen getragen werden. Denn wie wir alle sehen können, tritt jetzt in der Europäischen Union der „Mitteleuropäer“ dem „Westeuropäer“ gegenüber. Es kommt zu einer spürbaren Veränderung, ohne dass ausreichend Verständnis für den jeweils anderen und für ein Miteinander existiert.

Mir hat besonders gefallen, Herr Karolewski, dass Sie sinngemäß gesagt haben: Identitäten bewähren sich in der Krise. Als wir heute unser Thema „Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ erörtert haben, da habe ich folgendes für mich gelernt. Die Stabilität kommt von innen, ob aus unserer gemeinsamen Kultur oder aus unserer gemeinsamen Geschichte. Die Krisen hingegen kommen von außen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise kommt aus Amerika, die

Flüchtlingskrise kommt aus dem destabilisierten Nahen Osten oder aus Nordafrika. Und da stellen sich mir schon unmittelbar die Fragen: Warum haben wir Europäer das nicht eher bemerkt? Warum haben wir nicht eher auf die Probleme reagiert? Aus Schaden wird man klug, aber nicht reich, das sagte meine Urgroßmutter immer. Ich denke, wir müssen überlegen, wie wir an der Peripherie, dort wo die Probleme entstehen, im Nahen Osten, in Nordafrika und anderswo, Stabilität generieren und unterstützen können. Da kommen auf die Europäische Union sicherlich auch neue Aufgaben zu.

Es kam heute mehrfach die Unterscheidung zwischen Politikern und Staatenlenkern auf. Mir fiel in diesem Kontext das Zitat eines Staatenlenkers ein, dessen 200. Geburtsjahr wir 2015 begangen haben. Otto von Bismarck – ich weiß gar nicht, ob ich den in Österreich zitieren darf – hat einmal gesagt: „Staaten haben keine Freunde, nur Interessen.“ Nur Interessen, vor allem gegenläufige Interessen, das war zur damaligen Zeit so.

Aber wir Mitteleuropäer haben doch, wie unsere heutigen Diskussionen gezeigt haben, jede Menge gemeinsame Interessen. Und wir haben vor allem zahlreiche gemeinsame Werte. Wir haben gemeinsame Interessen und Werte, die uns zusammenhalten. Ich meine, darauf sollten wir aufbauen.

Heute wurde zudem viel über die Katholische Kirche gesprochen, sodass ich diese Gelegenheit hier in Klosterneuburg nutzen möchte, um noch ein Zitat von Martin Luther anzu-

bringen – in guter ökumenischer Verbundenheit. „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge“, so soll Luther einmal gesagt haben, dann „würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Wir haben heute mit unserer Veranstaltung ein Apfelbäumchen gepflanzt, und die Welt wird morgen nicht untergehen. Stattdessen werden wir zukünftig gemeinsam daran arbeiten, die Probleme zu lösen. Und wenn wir heute über die Flüchtlingskrise gesprochen haben, dann wissen wir auch, was die Menschen in unseren jeweiligen Ländern von uns verlangen. Wir müssen dieses Problem lösen, und zwar nach außen hin wie nach innen.

Das ist es, was die Menschen von der Politik erwarten, das Lösen von Problemen. Und wenn uns das gelingt, dann sind wir, die hier auch als Politiker versammelt sind, irgendwann kleine Staatenlenker.

In diesem Sinnen danke ich Ihnen, dass Sie heute mit dabei waren. Und ich hoffe, Sie werden unserem Forum Mitteleuropa auch künftig treu bleiben. Unsere Konferenzen fanden schon in Dresden statt, wir waren in Prag, wir waren in Breslau, wir sind heute in Klosterneuburg und im nächsten Jahr werden wir in Budapest sein. Das ist eine gute Station für uns. Ich lade Sie hierzu herzlich ein. Ich lade Sie ein, dass wir beim nächsten Mal wieder diskutieren, was Mitteleuropa zusammenhält und was uns voranbringt.

Vielen Dank.◀







Vitae

Dr. Jacqueline Boysen

*(*1965 in Hamburg)*

studierte Geschichte und Russisch. Im Anschluss an ihr Volontariat war sie Deutschlandradio-Landeskorrespondentin in Mecklenburg-Vorpommern, arbeitete danach als Kulturkorrespondentin des Deutschlandradios. 2010 wurde sie an der Universität Rostock mit einer Arbeit über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin promoviert. Von 2011 bis 2014 war sie an der Evangelischen Akademie zu Berlin Studienleiterin für Zeitgeschichte und Politik. Jacqueline Boysen arbeitet als Journalistin und Autorin in Berlin.

Prof. Dr. Andreas Breinbauer

*(*1962 in Passau)*

ist seit Juni 2012 Rektor der Fachhochschule des bfi Wien. Er leitet ferner den Bachelor- und Masterstudiengang „Logistik und Transportmanagement“ an der FH des bfi Wien. Seine Forschungsschwerpunkte bewegen sich in den Bereichen Logistik, Infrastruktur, Interventionsbedingungen und Standortforschung. Südosteuropa

und der Donauraum sind dabei für ihn als Regionen ökonomischer Kooperation von besonderem Interesse.

Dr. Erhard Busek

*(*1941 in Wien)*

erlangte 1963 an der Juridischen Fakultät der Universität Wien das Doktorat. 1989 wurde er als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung berufen. Von 1991 bis 1995 war der ÖVP-Politiker Vizekanzler der Republik Österreich. Nach 1995 widmete er sich verstärkt seinen mitteleuropäischen Interessen und übernahm den Vorsitz des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM). Von 2004 bis 2011 war Erhard Busek Rektor der Fachhochschule Salzburg. Zu seinen wichtigsten Publikationen zählen „Die unvollendete Republik“ (1968), „Mut zum aufrechten Gang“ (1983), „Projekt Mitteleuropa“ (1986), „Der Grenzgänger“ (2000), „Die Europäische Union auf dem Weg nach Osten“ (2003).

Dr. Vedran Dzihic

*(*1976 in Prijedor)*

ist seit 2012 Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Zudem ist er non-resident Senior Fellow am Center for Transatlantic Relations an der John Hopkins University. Zu seinen Forschungsfeldern gehören u. a. Demokratietheorie und Demokratisierungsprozesse sowie Europäische Integration. Sein Schwerpunkt liegt auf den mittel- und südosteuropäischen Staaten. Er wurde zum Thema „Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina – Staat und Gesellschaft in Krise“ promoviert. 2012 erschien von ihm „Unfinished Business. The Western Balkans and the International Community“.

Prof. Dr. Gabriel Felbermayr

*(*1976 in Steyr)*

studierte Volkswirtschaftslehre und Handelswissenschaften in Linz. Den Dokortitel erwarb er am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, die Habilitation erfolgte 2008 an der Universität Tübingen. Seit 2010 ist er Leiter des ifo Zentrums für Außenwirt-

schaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), und seit 2011 lehrt er als CESifo-Stiftungsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der LMU. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Bestimmungsfaktoren und Wirkungen der internationalen Integration von Märkten.

Dr. Johannes Hahn (*1957 in Wien)

ist seit 2014 EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften schloss er ein Studium der Philosophie, Publizistik und Germanistik an und wurde 1987 mit einer Arbeit über die „Perspektiven der Philosophie“ promoviert. Von 2007 bis 2010 war der ÖVP-Politiker österreichischer Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, von 2010 bis 2014 wirkte er als EU-Kommissar für Regionalpolitik.

Michal Hvorecký (*1976 in Bratislava)

studierte Kunstgeschichte und arbeitet heute in der Slowakei als Schrift-

steller, Übersetzer und Journalist. Er ist Leiter der Bibliothek im Goethe-Institut Bratislava. Seine Essays und Geschichten erschienen unter anderem in der FAZ sowie in der ZEIT. Der Stipendiat des Literarischen Colloquiums Berlin, der Stiftung Brandenburger Tor und der Robert Bosch Stiftung wurde mehrfach mit Literaturpreisen ausgezeichnet. Im November 2009 erhielt er in Berlin den Internationalen Journalistenpreis.

Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski (*1971 in Warszawa)

ist Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft am Willy-Brandt-Zentrum Breslau. Nach dem Studium der Politikwissenschaft an der Universität Potsdam arbeitete er dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie. 2008 legte er eine Habilitationsschrift mit dem Titel „Citizenship and collective Identity in Europe“ vor. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Europäische Integration, Deutschland und Polen in der EU, Konstitutionalisierung der EU, Nationalismus in Europa.

Tomasz Kycia (*1974 in Gliwice)

studierte Katholische Theologie und Kommunikationswissenschaften. Er war im römischen ZDF-Studio tätig und als Journalist am Heiligen Stuhl akkreditiert. Er ist Autor zahlreicher Radio- und Fernsehsendungen zu religiösen Themen. Ferner widmet er sich den deutsch-polnischen Beziehungen, etwa als Koautor des in Polen und Deutschland erschienenen Buchs „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Mit Robert Żurek hat er den Dokumentarfilm „Leise gegen den Strom“ über die Pioniere der deutsch-polnischen Versöhnung gedreht. Kycia arbeitet als freie Mitarbeiter u.a. beim Rundfunk Berlin-Brandenburg.

Ing. Hans Penz (*1950 in Maierhöfen)

ist seit 2008 Präsident des Niederösterreichischen Landtags. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien arbeitete er zunächst beim Niederösterreichischen Bauernbund, dessen Direktor er von 1983 bis 2010 war. Von 1987 bis 1998 zunächst Mitglied des Bun-

desrats, wo er u.a. den EU-Ausschuss leitete, ist der ÖVP-Politiker seit 1998 Abgeordneter im Niederösterreichischen Landtag. Hier wirkte er bis 2008 im Amt des dritten Präsidenten und ist seitdem Präsident des Hohen Hauses.

Dr. Stefaniya Ptashnyk

*(*1974 in Lwiw)*

ist Sprachwissenschaftlerin und arbeitet seit November 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsstelle „Deutsches Rechtswörterbuch“ an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Nach ihrem Studium der deutschen und englischen Philologie in Lemberg studierte sie in Heidelberg Germanistik und Slawistik. Ihre Promotion folgte im Jahr 2003 im thematischen Bereich der Phraseologie. Ihre Forschungsinteressen liegen vor allem in der Sprachgeschichte des 19. Jahrhunderts, der Mehrsprachigkeit und der Lexikografie. So beschäftigt sie sich in ihrer Habilitationsschrift mit der Mehrsprachigkeit in Lemberg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Dr. Matthias Rößler

*(*1955 in Dresden)*

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte von 1975 bis 1979 Maschinenbau an der TU Dresden und arbeitete anschließend als Assistent an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen, ist Matthias Rößler seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war im Freistaat Sachsen von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst.

Gerald Schubert

*(*1968 in Wien)*

studierte Kommunikations- und Theaterwissenschaften. 2001 zog er nach Prag und arbeitete ab 2002 in der deutschen Redaktion von Radio Prag, deren Chefredakteur er von 2006 an war. 2015 wechselte er als Außenpolitikredakteur und Korrespondent für die Tschechische Republik zur österreichischen Tageszeitung „Der Standard“. Seine journalistischen Arbeits-

schwerpunkte sind die Außenpolitik und die bilateralen Beziehungen Deutschlands, Österreichs, Tschechiens und der EU.

Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt

*(*1959 in Rom)*

studierte Theaterwissenschaften, Philosophie, Germanistik und Musikwissenschaften. Seit 1994 ist er Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen und seit 1998 Professor für Kulturpolitik und Kulturgeschichte an der Hochschule Zittau/Görlitz. Die Universität Pécs ernannte ihn 2012 zum Professor honoris causa. Er war u. a. Gastprofessor an der Karls-Universität Prag und der Jagiellonen-Universität Krakau. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Kulturgeschichte Europas, insbesondere die kulturellen Transformationsprozesse, sowie die Praxis der Idee Europas.



In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Jiří Gruša †, Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik
Magdaléna Vášáryová, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrum für Europäische Integra-
tionsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ryszard Król, Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag die
Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forum Mitteleuropa (Stand September 2015) sind:

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Prof. Dr. Jan Sokol, Professor für Philosophie an der Karls-Universität Prag
Magdaléna Vášáryová, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrum für Europäische Integra-
tionsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ulf Großmann, Präsident der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen
Dr. Rafal Dutkiewicz, Stadtpräsident von Breslau
Dr. Jarmila Krejčíková, Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.

